Miteinander reden!
Bürgerwerkstatt

Vorschläge und Ideen
aus 13 Bürgerwerkstätten 2019

Inhalt

Vorwort der Experten 5
1. Vorstellungen und Ideen aus den Bürgerwerkstätten 2019 7
1.1. Landkreis Mittelsachsen – 8. Januar 2019 7
1.2. Landkreis Bautzen – 31. Januar 2019 10
1.3. Stadt Leipzig – 12. Februar 2019 13
1.4. Erzgebirgskreis – 13. Februar 2019 17
1.5. Landkreis Nordsachsen – 6. März 2019 21
1.6. Landkreis Görlitz – 7. März 2019 25
1.7. Stadt Dresden – 25. März 2019 29
1.8. Stadt Chemnitz – 16. April 2019 33
1.9. Landkreis Zwickau – 7. Mai 2019 37
1.10. Landkreis Leipzig – 8. Mai 2019 41
1.11. Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge – 16. Mai 2019 44
1.12. Vogtlandkreis – 4. Juni 2019 48
1.13. Landkreis Meißen – 5. Juni 2019 51
2. Mitwirkende der Bürgerwerkstatt 54
2.1. Experten 54
2.2. Funktionssachverständige 54
2.3. Moderatorinnen und Moderatoren 55
2.4. Dokumentation 55
2.5. Evaluation 55
2.6. Team Sächsische Staatskanzlei 55
2.7. Partner 55

Vorwort der Experten

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Broschüre enthält Einschätzungen, Vorschläge und Ideen von rund 1.000 Bürgerinnen und Bürgern, sie sich 2019 an den 13 regionalen Bürgerwerkstätten „Miteinander reden!“ beteiligt haben. Ihnen allen danken wir herzlich für ihr Engagement und ihre Zeit. Die Veranstaltungen drehten sich um die Frage, **was geschehen muss, damit wir bis 2030 noch lieber in der Region und in Sachsen leben**. In mehreren Stunden intensiver Gespräche brachten die Teilnehmer hierzu an verschiedenen Tischen jeweils zahlreiche Themen und Vorstellungen ein.

Die Broschüre informiert über wichtige Anregungen aus den Bürgerwerkstätten. Nicht immer waren die Teilnehmer einer Meinung. Teilweise unterschieden sich die Diskussionsverläufe und Vorschläge selbst von Tisch zu Tisch recht deutlich, so dass sich nicht ohne Weiteres jeweils typische regionale Problemstellungen und Wünsche ergaben. Allerdings zeigen sich durchaus einige übergreifende Aufgaben, die künftig noch stärker in Politik und Gesellschaft angepackt werden müssen. Da die Werkstätten als Auftakt für ein intensiveres Miteinander konzipiert waren, wurden die Vorschläge zunächst gesammelt; vertiefende Beratungen von Lösungskonzepten müssten in Nachfolgeveranstaltungen erfolgen.

An den Bürgerwerkstätten nahmen weit überwiegend Personen teil, die sich ehren- oder hauptamtlich für die Gesellschaft einsetzen und aus dieser oft sehr zeitintensiven Tätigkeit mit den Menschen vor Ort wissen, wie die Stimmung ist und wo der Schuh drückt. Als Informationsgeber standen ihnen Vertreter der Staatsregierung, der Polizei, der lokalen Verwaltung und die Spitzen der Landkreise und kreisfreien Städte zur Verfügung. Wir wählten ein zurückhaltend moderiertes und nicht presseoffenes Diskussionsformat, das umfassend wissenschaftlich evaluiert wird.

Anlass für die Bürgerwerkstätten waren die Ereignisse in Chemnitz im August 2018. In seiner Regierungserklärung am 5. September 2018 kündigte der Sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer im Sächsischen Landtag eine Reihe von Maßnahmen der Regierung an. Dazu gehörte neben einer noch deutlicheren Positionierung gegen „Rechts“ unter anderem eine Ausweitung der Dialogangebote, um die demokratische Gesprächskultur und den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Land zu stärken. Nach der Auftaktveranstaltung mit dem Ministerpräsidenten am 23. November 2018 wurde unter dem Namen „Miteinander reden! – Bürgerwerkstatt“ in Sachsen dieses neue konsultative Beteiligungsformat entwickelt und durchgeführt.

Die Bürgerwerkstätten fanden von Januar bis Juni 2019 in allen zehn sächsischen Landkreisen und drei kreisfreien Städten abends statt. Um bei den Landräten und Oberbürgermeistern bzw. der Oberbürgermeisterin für das Format zu werben, fanden mit ihnen Vorgespräche statt. Es ist nicht selbstverständlich, dass sie sich an Projekten der Staatsregierung beteiligen und wir möchten ihnen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ebenso wie den Vertretern von Staatsregierung und Polizei für die konstruktive Zusammenarbeit herzlich danken.

Wir denken, dass es sich gelohnt hat, sich zusammenzusetzen und gemeinsam über Zukunftsperspektiven nachzudenken. Nach unserem Eindruck herrschte oft eine gute Stimmung und es kamen alle zu Wort. Oft wurde auch nach Veranstaltungsende weiter diskutiert. Viele Teilnehmer meldeten ihr Interesse für Nachfolgeveranstaltungen in den Landkreisen und kreisfreien Städten an. Das zeigt, dass Diskussionsveranstaltungen dieser Art im Land positiv aufgenommen werden und auch auf kommunaler Ebene weiter fortgesetzt werden sollten.

Ein wesentliches strategisches Ziel der Bürgerwerkstätten lag in der Aktivierung, Stärkung und besseren Vernetzung der Bürgergesellschaft. Durch die Möglichkeit, über entsprechende Formate gemeinsame Vorschläge zu erarbeiten, lernen sich Akteure über den Bereich

ihres eigenen Engagements hinaus besser kennen, beraten und motivieren sich gegenseitig und bringen ihre Expertise in die Gestaltung von Politik in der parlamentarischen Demokratie ein. Damit würdigt der Staat gleichzeitig das gesellschaftliche Engagement und macht deutlich, wie wichtig aktive Menschen für die freiheitliche Demokratie sind.

Wir hoffen, dass die Bandbreite der Meinungen, Vorschläge und Ideen Ihnen zeigt, wie es möglich ist, innerhalb kürzester Zeit in vernunftbetonten, teilweise kontroversen und zugespitzten Diskussionen zahlreiche praxistaugliche Ideen für die Gestaltung von Politik zusammenzutragen. Sie sind ein wichtiger Beitrag zu den vielfältigen Diskussionen über die aufgeworfenen politischen Themen. Wir nehmen keine Bewertung der Vorschläge vor, denn dies ist Sache der Politik – in einigen Fällen nicht nur auf Landes- und kommunaler Ebene, sondern des Bundes oder der EU. Letztendlich entscheiden über die Umsetzung die gewählten Volksvertreter und die Amtsträger.

Als Vermittler zwischen Staatsregierung und Bürgerinnen und Bürgern würden wir uns freuen, wenn die Ideen von den Landkreisen, kreisfreien Städten und Kommunen aufgenommen würden und in die Überlegungen der zukünftigen Regierung des Freistaates Sachsen eingingen. Dies gilt insbesondere für die Vorschläge zur Stärkung des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements.

Immer wieder stellte sich in Veranstaltungen übrigens heraus, dass Politik und Verwaltung bestimmte Probleme bereits angegangen war, die Bürgerinnen und Bürger aber zu wenig Informationen darüber hatten. Beispiele sind die konkreten Maßnahmen gegen den Lehrermangel, Anstrengungen für Verbesserungen im Öffentlichen Personennahverkehr, der beschlossene frühere Beginn des Fachs Gemeinschaftskunde (ab Klasse 7) oder die neue Gebührenbefreiung für gemeinnützige Vereine für die Eintragung im Vereinsregister. Erweiterte Wege der Kommunikation zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern sind offensichtlich nötig.

Dresden, im Juni 2019

Astrid Lorenz
Heiner Eggert
Sebastian Reißig
Bernd Stracke

1. Vorstellungen und Ideen aus den Bürgerwerkstätten 2019

1.1. Landkreis Mittelsachsen – 8. Januar 2019

Die erste Veranstaltung der Dialogreihe „Miteinander reden! – Bürgerwerkstatt“ fand am 8. Januar 2019 in Freiberg in den Räumlichkeiten der Saxonia GmbH statt. Rund einhundert geladene Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis Mittelsachsen diskutierten über die aktuellen Herausforderungen, die die Menschen in Sachsen bewegen. Fünf Gesprächspartner waren geladen: Der sächsische Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft **Thomas Schmidt**, der Landrat **Matthias Damm**, der 1. Beigeordnete **Dr. Lothar Beier** (Geschäftsfeld Kreisentwicklung Verkehr und Umwelt) sowie der 2. Beigeordnete **Jörg Höllmüller** (Geschäftskreis Ordnung, Soziales und Gesundheit) und die Polizeipräsidentin **Sonja Penzel**. Per Los wurde über die Zusammensetzung der Diskussionsrunden entschieden. Damit alle Teilnehmenden jeweils mit allen fünf Gesprächspartnern in den Austausch kommen konnten, wechselten diese alle 30 Minuten den Tisch.

Bei den Gesprächsrunden mit Staatsminister Thomas Schmidt, der die sächsische Staatsregierung vertrat, wurden Probleme hinsichtlich der Attraktivität des ländlichen Raumes thematisiert. Solange es nicht zu einem weiteren **Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs** (ÖPNV) sowie des **Breitbandinternets** komme, verliere der ländliche Raum in Sachsen, besonders für die Jugend, an Attraktivität. Die Teilnehmenden äußerten den Wunsch nach einer **engeren Taktung des Nahverkehrs** sowie **besseren Anbindungen** an diesen. Als gutes **Beispiel wurde das Konzept der City Bahn** vorgestellt, welches allerdings aktuell noch besser auszubauen sei. Eine weitere Idee, die in den Raum gestellt wurde, sind **Sammeltaxis**, die durch eine App organisiert werden könnten. Auch der **Ausbau eines Schüler- und Auszubildendentickets**, welches über die Verbundgrenzen hinweg genutzt werden kann, wurden thematisiert. Damit die Schüler besser in die Schule kommen können, sei das Koordinieren der Schulzeiten mit den Busverbindungen wichtig.

Deutlich wurde: Ohne einen weiteren **Ausbau der Verkehrsinfrastruktur** haben es ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie Kinder schwer, Einkaufsmöglichkeiten und andere Orte des öffentlichen Alltagslebens aufzusuchen, da diese bereits vermehrt zusammengelegt und zentral angesiedelt werden. Auch fehle es an einem Freizeitangebot für die Jugend. Für eine bessere Wertevermittlung wurde die Position eines **Jugendmanagers** vorgeschlagen.

Auch verwiesen die Teilnehmenden auf die hohen Hürden des Denkmalschutzes. Manchmal seien ganze Straßenzüge verfallen, da sich niemand die unter Denkmalschutz stehenden Häuser leisten könne und die gerichtlichen Verfahren abschrecken, die bei Nichteinhaltung der Vorgaben zur denkmalgerechten Sanierung bevorstünden.

Auch wurde eine Vielzahl von umweltpolitischen Themen angesprochen. Besonders im Hochwasserschutz sei eine Entwicklung nicht überall spürbar, was besonders für die Stadt Braunsdorf problematisch sei. Von den Teilnehmenden wurde die **Möglichkeit einer finanziellen Unterstützung des Wegzugs aus bebauten Flussauen** gefordert. Damit auch in Trockenzeiten Flora und Fauna überleben könnten, wurde eine Rückgewinnung von Feucht- und Nassflächen gewünscht. Auch über den Einsatz und die Nutzung von **Glyphosat** und

Pflanzenschutzmittel wurde diskutiert. Der Umgang mit solchen Mitteln sei generell schwierig und unbedacht, denn weder ein Totalverbot noch eine Komplettfreigabe seien eine Lösung des Problems. Vielmehr könnten die Reduktion der Nutzung und der bewusste Umgang zielführend sein.

Bedingt durch den demografischen Wandel gewinne das Thema der Barrierefreiheit an Bedeutung. Der Ausbau, so Teilnehmer, werde allerdings viel zu selten in die bauliche Planung mit einbezogen. Nach Bauende werde dann eine Nachbesserung nur in Ausnahmefällen genehmigt. Es fehle an staatlichen Institutionen, die entsprechende Baumaßnahmen kontrollieren und genehmigen können.

Bei den Gesprächen mit Frau Penzel ging es hauptsächlich um das Gefühl der subjektiven Sicherheit und die Rolle der Medien bei der öffentlichen Darstellung der Polizei. Vielen Teilnehmenden scheint es, als wäre die Kommunikation zwischen den Medien und der Polizei gestört. Die Berichterstattung sei oft nicht objektiv. Es wurde gefordert, dass die **Erfolge**, wie etwa erfolgreich durchgeführte Verfahren, besser kommuniziert werden, anstatt immer nur auf die fehlende Kontrolle durch den Mangel an Polizeirevieren zu verweisen. Die kaum ausreichende Polizeipräsenz vor Ort, besonders in kleinen Städten und Dörfern, führe zu einem Verlust des Sicherheitsgefühls in der Bevölkerung, auch wenn die Polizeistatistik auf einen Rückgang von Kriminalität verweist. Auf die Frage, ob Bodycams in Zukunft eingesetzt werden sollen, verwies Frau Penzel auf das Polizeigesetz, welches ein Tragen der Kameras nicht vorsah. Der Wunsch nach einer sichtbaren und wieder mehr respektierten Polizei wurde deutlich.

Ein weiteres Thema war die Kriminalprävention. Besonders in Schulen sei die Drogenkriminalität in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Deshalb sei **Präventionsarbeit** essentiell; auch weil die Gewaltschwelle aufgrund des steigenden Drogenkonsums sinke. Damit die Polizei diese Arbeit auch weiterhin in ausreichendem Maße leisten kann, wird häufig auf externe Anbieter zurückgegriffen.

Landrat Matthias Damm wurde mit Fragen zum als häufig sehr schleppend beschriebenen Ausbau der Radwege konfrontiert. Viele Teilnehmende wollen ihre Fahrräder verstärkt nutzen, um unter anderem die Umwelt zu schützen, allerdings lief der Wunsch nach einer besseren **Radinfrastruktur** aus ihrer Sicht bislang ins Leere. Der Bau des Striegistal-Radwegs wurde durch die Grüne Liga Sachsen verzögert, denn der anerkannte Naturschutzverband klagte gegen den Planfeststellungsbeschluss der Landesdirektion Sachsen. Im Hinblick auf dieses Verfahren forderten die Teilnehmenden eine Überarbeitung des Verbandsklagerechts sowie eine Absenkung der ortsbezogenen Standards beim Radwegebau. Besonders Bauvorhaben seien aus Bürgersicht zu unflexibel.

Außerdem wurde mehrfach die Frage gestellt, was in Zukunft mit dem Ehrenamt als wichtigem Element der Gesellschaft passieren solle. Besonders in Sachsen beteiligen sich – verglichen mit anderen Bundesländern – weit weniger Menschen ehrenamtlich, weshalb besonders hier Wenige viel leisten müssen. Die **Akzeptanz des Ehrenamts** sowie das Engagement der jungen Leute seien in den letzten Jahren merklich gesunken. Es fehle an Anreizen, um ehrenamtliche Arbeit zu leisten. Nötig seien daher eine **bessere Finanzierung und Ausstattung**. Besonders das Ehrenamt sei auf Sachmittel angewiesen, denn wie können beispielsweise die Räumlichkeiten für Veranstaltungen ohne ausreichend finanzielle Mittel bezahlt werden? Es wurde der Wunsch nach einer **Entbürokratisierung der Fördermittelvergabe** sowie eine **Vereinfachung der Sprache** geäußert. Auch müssten die **Förderzeiträume** verlängert werden, damit Vereine als Arbeitgeber attraktiv bleiben und überhaupt geeignetes Personal einstellen können. Als Lösungsvorschlag wurde der **Bau eines Fördermittelamts** vorgeschlagen, das bei der Antragstellung unterstütze und so die heute fehlende Bürgernähe der Vergabeträger zu überwinden helfe. Außerdem seien e-Government und die Möglichkeit des digitalen Einreichens von Formularen wichtig. Das Zusammenlegen von Landkreisen sehen viele Bürgerinnen und Bürger problematisch, denn die Behördenwege seien dadurch länger und die Zahl der Anlaufstellen begrenzt worden. Nur durch eine engere Zusammenarbeit könnten Fortschritte, besonders bei der Verteilung von Geldern, erzielt werden.

Der immer weiter schwindende Einzelhandel wurde ebenfalls debattiert. Nötig sei eine **einheitliche Regelung des „verkaufsoffenen Sonntags“** in ganz Sachsen. Solange es keine einheitliche rechtliche Lage gebe, so die Wahrnehmung, schnitten einige Städte besser ab als andere. Warum es bislang keine Einigung geben konnte, verstehen die Teilnehmenden nicht, da sich die Diskussion auf maximal vier bis fünf Sonntage im Jahr beschränke. Außerdem ging es um den Fachkräftemangel. Bedingt durch fehlenden Nachwuchs für Ausbildungsberufe stellte sich die Frage, wie die Fachkräfte rekrutiert werden könnten. Als mögliche Lösung wurden **Sprechstunden** vorgeschlagen, bei denen besonders **handwerkliche Berufe** wieder in den Fokus gestellt werden sollten. Der **Zugang von Menschen mit Asyl- und Migrationshintergrund zur Arbeit** in bestimmten Sektoren, wie beispielsweise der Gastronomie und des Einzelhandels, müsse gesenkt werden, damit der Fachkräftemangel verringert werden könne.

Diesen Fachkräftemangel gibt es laut Teilnehmern auch im medizinischen Bereich. Das Diakoniekrankenhaus in Hartmannsdorf musste seine Entbindungsstation schließen. Hintergrund sind nicht nur sinkende Geburtenzahlen, sondern auch die Bezahlung. Im Bereich der Rettungskräfte, so eine Forderung, müsse es zwischen den Helfern der Feuerwehr/THW und Organisationen wie den Johannitern zu einer Gleichstellung kommen. Außerdem wurde eine verstärkte finanzielle Unterstützung der sogenannten „weißen Einheit“ gewünscht.

Im Beisein von Jörg Höllmüller und Dr. Lothar Beier ging es größtenteils um die Schulbildung. Die Zahlen des demografischen Wandels sind eindeutig. In den kommenden Jahren geht eine Vielzahl der Lehrer in Pension, weshalb der schon heute vorhandene Lehrermangel weiter anzusteigen drohe. Wenn der ländliche Raum in Sachsen nicht endlich attraktiver werde, würden in der Zukunft noch weitere Schulen und Klassen zusammengelegt. Außerdem driften die staatlichen und freien Schulen durch Verbeamtung weiter auseinander. Gefordert werden **Standortförderungen**, die diese Trends aufhalten könnten.

Auch stehen laut Teilnehmenden kaum Gelder in den kleinen Kommunen zur Verfügung, um den Anforderungen von den kommunalen Ämtern bezüglich der Sanierung von Turnhallen oder auch ganzen Schulen gerecht werden zu können. Sie wünschen sich daher weitere **Förderprogramme**, die besonders den kleinen Kommunen zugutekommen sollen, damit der Kindergarten- und Schulhausausbau gestärkt werden kann. Besonders der Kitaneubau in Köthensdorf sei dringend notwendig. Hinsichtlich der steigenden Temperaturen im Sommer müsse es zu „**klimagerechten“ Sanierungen** in den Schulen kommen, damit es in heißen Sommertagen nicht zu Stundenausfall komme. Außerdem wurden **neue Verfahren** bezüglich der Schulbegleitung behinderter Kinder gefordert. Seit 2018 wurde das Verfahren um Anträge und Gutachten deutlich erschwert. Eine Vereinfachung diesbezüglich sowie ein **Abstimmen zwischen Schul- und Förderjahr** seien wünschenswert.

Die genannten Probleme führen dazu, dass sich manche Bürgerinnen und Bürger nicht von der Politik verstanden und gehört fühlen. Schon jetzt fühlen sich einzelne Gemeinden vom Rest des Landes abgehängt und befürchten eine weitere gesellschaftliche Spaltung. Es wurde vielfach hinterfragt, warum die Politik nicht endlich Verantwortung übernehmen und auch unangenehme sowie unbeliebte Entscheidungen treffen. Die Entfernung zwischen Staatsregierung und kommunaler Politik, so die Kritik, wachse stetig.

Zusammenfassend wurde die Bürgerwerkstatt als Bürgersprechstunde in anderem Format positiv bewertet. Die Teilnehmenden konnten ihre Anregungen einbringen und lobten die sachliche und konstruktive Gesprächskultur. Für die Zukunft erhoffen sie sich, dass es weitere Bürgerveranstaltungen dieser Art gibt. Von mancher Seite wurde die Vorformulierung von Themen und/oder mehr Augenmerk auf die Gestaltung in Fragen von landesweiter Bedeutung (anstelle lokaler Themen) gewünscht. Andere hätten sich gewünscht, dass die Teilnehmenden sich weniger an die Funktionssachverständigen wenden, sondern mehr untereinander ins Gespräch kommen.

1.2. Landkreis Bautzen – 31. Januar 2019

Mehr als einhundert geladene Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis Bautzen nutzten in Bautzen die Gelegenheit, um über aktuelle Herausforderungen in und um den Landkreis zu diskutieren. Zusätzlich waren fünf Gesprächspartner in das Philipp-Melanchthon-Gymnasium in Bautzen geladen: Landrat **Michael Harig**, der 1. Beigeordnete des Landkreises Bautzen, **Udo Witschas**, der Amtschef der Sächsischen Staatskanzlei **Thomas Popp**, Polizeipräsident **Torsten Schultze** sowie Kreisbrandmeister **Manfred Pethran**.

Die am ausführlichsten thematisiertesten Punkte waren der Öffentliche Personennahverkehr und die Förderung des Ehrenamts. Weitere Themen, die vermehrt zur Sprache kamen, waren die Gleichstellung von Kommunen im ländlichen Raum, der Lehrkräftemangel, der Wunsch nach Förderung des ehrenamtlichen Engagements und der Schutz der sorbischen Identität. In den Gesprächen mit Polizeipräsident Schultze ging es vor allem um den Wunsch nach einer Aufstockung des Personals und der Implementierung einer Bürgerpolizei.

Bei der Entwicklung und dem **Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs** wurde kritisiert, dass es zu viel Lastenverkehr auf der A4 gebe, weshalb dessen teilweise Verlagerung auf die Schienen notwendig werde. Problematisch sei, dass in der Vergangenheit Bahntrassen zurückgebaut wurden. Jetzt müssten einzelne Regionen wieder stärker ans Bahnnetz angebunden werden. Auch die Taktung und die Fahrpreisgestaltung der Busse und Bahnen seien vielerorts verbesserungsfähig und sollte nicht nur im Wesentlichen an den Schulzeiten ausgerichtet sein. Besonders **kurze Fahrten sollten preiswerter** werden. Häufig hätten ältere Bürger und Bürgerinnen weniger die Möglichkeit, die Freizeitangebote in den größeren Städten wahrzunehmen, da die Fahrzeiten der Busse zu unregelmäßig seien. Auch wurde ein **Seniorenticket** gefordert. Häufig wurde auch der Wunsch geäußert, dass das Tarifsystem des ÖPNV (sachsenweit) vereinheitlicht und gestärkt werden müsse (Übergangstarife zwischen SWON und VVO) und mittels innovativer, gerne auch digital unterstützter Lösungen ein flächendeckendes Angebot geschaffen werden müsste. Weiterhin wurden ein umlagefinanziertes sächsisches System zur Förderung weniger profitabler Strecken sowie das Ersetzen von **ÖPNV-Linien zu Randzeiten** durch Taxi-Verkehr zu gleichen Tarifkonditionen gewünscht. Außerdem wurde auf das Plusbus-Netz verwiesen sowie auf neue Mobilitätsideen nach dem Vorbild der **Mitfahrzentrale.** Damit mehr Bürger auf den ÖPNV umstiegen, seien **mehr Parkplätze um die Bahnhöfe** nötig, damit auch Pendler den ÖPNV besser nutzen könnten.

Weitere wichtige Punkte waren die **Ehrenamtsförderung** und die **Fördermittelvergabe** für Vereine. Die Fördermittelvergabe sei sehr kompliziert, weshalb eine **Entbürokratisierung** wünschenswert sei. Hier bedürfe es einer **Lockerung der Richtlinien auch bei den Eigenanteilen.** Vorgeschlagen wurde, die Fördermittel durch den Landkreis zu bewirtschaften bzw. durch die Gemeindeverwaltungen und Bürgermeister in den Kommunen verteilen zu

lassen. Berücksichtigung finden sollten dabei die Einwohnerzahl, die **Bevölkerungszusammensetzung**, die vorhandenen **Infrastrukturbedingungen und gemeindliche Spezifika.**

Kritisiert wurde, dass es Vereinen für Kinder kaum möglich sei, Fördermittel abzurufen, da diese Angebote zumeist kostenfrei bleiben sollen. Deshalb wurde gefordert, dass die Vereine der frühkindlichen Bildung Eigenmittel für eine Fördermittelzusage durch etwaige abzuleistende **ehrenamtliche Arbeitsstunden**, Spenden oder andere Quellen einbringen dürften. Der „Beitragszwang" müsse beendet werden. Außerdem sei die Ausstattung des Ehrenamts unzureichend. Der Freistaat mustere oft noch brauchbares Material aus – **Fahrzeuge, PCs, Möbel** usw. Diese sollten an Vereine weitergeben werden, damit deren Kassen entlastet würden und es eine sinnvolle Alternative zur Anschaffung von Neuem gäbe. Damit Probleme besser thematisiert und Erfahrungen besser ausgetauscht werden könnten, sei eine **Vernetzung von Ehrenamtlichen** nötig. Trotz Ehrenamtsbeauftragtem im Landkreis Bautzen klappe die Kommunikation untereinander bislang noch unzureichend. Eine eigene regelmäßige Veranstaltung zum Thema Ehrenamt wurde ebenfalls gefordert, damit Probleme, wie beispielsweise bei Antragstellungen, gemeinsam gelöst werden könnten. Einzelne Bürger wiesen darauf hin, dass die Vernetzung auch in Eigeninitiative ohne den Staat in einzelnen Gemeinden erfolgen könne.

Um den **sächsischen Kulturraum** zu stärken, wurde ein sorgsamer Umgang bei der Prüfung des Abrisses von Denkmälern gefordert. Als Negativbeispiel wurde das Flächendenkmal in Niederwartha genannt, dessen Abriss zu Gunsten eines Lebensmittelladenneubaus „ohne große Hürden" genehmigt wurde. Auch stünden noch zu viele Einkaufsmärkte leer, worunter das Stadt-/bzw. Dorfbild leide. Viele Flächen würden einfach nicht schnell genug zum Bebauen freigegeben. Deshalb wurde gefordert, dass **Baugenehmigungen mit einer Abrissverfügung** versehen werden, die den Abriss einer Immobilie nach einem entsprechenden Zeitraum des Leerstandes durch den Bauherrn oder in Ersatzvornahme erlaube. Auch wurde zur Stärkung der ländlichen Regionen ein schneller **Ausbau des Breitbandinternets** gefordert. Zudem müsse auch innerhalb eines Landkreises auf die **Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse** geachtet werden. Einzelne Städte dürften auch im Rahmen von behördlichen Organisationsentscheidungen nicht ohne sachlichen Grund besser bedacht werden als andere.

Damit mehr junge Familien nach Bautzen und in den Landkreis zögen, müsse in Zukunft an Angeboten der **beruflichen Bildung** gearbeitet werden. Wichtig sei, dass die Berufsausbildung nicht nur in den „Leuchttürmen" angesiedelt wird, sondern auch in den Landkreisen. Die hauswirtschaftliche Berufsausbildung solle im Landkreis bleiben. Auf die Frage, ob Bautzen in Zukunft mit einer Universität oder Fachhochschule rechnen kann, antworte der Landrat, dass die Chancen eher gering seien. Was allerdings Zukunft hätte, wäre die **Ansiedlung außeruniversitärer Einrichtungen,** beispielsweise eines Helmholtz-Zentrums.

Bildung und Bildungsgerechtigkeit sollten nach Meinung von Teilnehmenden eine herausragende Priorität genießen. Gewünscht wurde eine Ausweitung der verfassungsrechtlich verbrieften Lernmittelfreiheit. Die Kosten für Bücher und Exkursionen müssten noch immer vom Elternhaus getragen werden. Das Einkommen in Ostsachsen sei gering, sodass die Kosten für einen Großteil der Familien, allen voran für Familien mit mehreren Kindern, ein hoher Posten sei. Deshalb wurde gefordert, dass die Teilhabe aller Schülerinnen und Schüler durch die **Übernahme von Lehrmaterial- und Exkursionskosten** gestärkt werden müsste. Auch sei das Thema **Lehrkräftemangel** noch nicht ausgestanden. Mit Blick auf den ländlichen Raum solle der Freistaat ein besonderes Augenmerk auf die Situationen von Lehrkräften legen. Auch fielen viel zu viele Unterrichtsstunden aus. Die Lehrmaterialien seien teilweise veraltet und Gebäude teilweise sanierungsbedürftig. Nur wenn in die Bildung investiert werde, könnten die Attraktivität des ländlichen Raums gesteigert und der Fortzug von jungen Menschen gestoppt oder verringert werden.

Ein weiteres wichtiges Thema ist der **Fachärzte- und Ärztebedarf** in und um Bautzen. Hinzu kommt der demographische Wandel. Vor allem auf dem Land nehme die **Überalterung der Gesellschaft** rasch zu und führe bis 2030 zu **massivem Fachkräftemangel** (z. B. Dachdecker, Maurer, Fleischer, Bäcker, Ärzte und Pflegekräfte). Gleichzeitig reichten zum Teil die

Löhne nicht aus, um im Landkreis eine Familie gründen zu können. Deshalb sollte **besser entlohnt** und massiv **Werbung** für Fachkräfte gemacht werden.

Der Schutz und die Förderung **der Sorben** sei ein aktuelles Thema. Man mache immer wieder Erfahrungen mit Ressentiments. Hier fehle es teils auch an der Sensibilität bei Polizisten im Landkreis. Es wurde gefordert, dass mehr sorbische bzw. **sorbisch-sprachige Polizisten** im Landkreis eingestellt werden. Das stärke auch die Kultur der Sorben im Landkreis. Dazu wurde auch vorgeschlagen, ab der **5. Klasse Sorbisch als Unterrichtsfach** einführen. Das hätte den Vorteil, dass die Kinder die komplexeste slawische Sprache erlernen würden und somit einen Schlüssel zu den anderen slawischen Sprachen hätten.

Um dem **Insekten- und Bienensterben** entgegen zu wirken, wurde gefordert, auf öffentlichen Flächen den **Rasen nicht mehr zu mähen.** (Ausnahme: Zwingende Unterhaltungsmaßnahmen z.B. zum Wasserabfluss). Es wurde beobachtet, dass am Straßenrand Obstbäume gepflanzt werden, die nicht so blühten, dass sie eine sinnvolle Ergänzung im Kampf gegen das Insektensterben seien. Blühende Bäumen müssten gefördert werden. Außerdem wurde ein Konzept gewünscht, welches den „Speiseplan" der Bienen gezielt ergänze. Durch **Bienenmuseen** sollte auf die Wichtigkeit von Bienen verwiesen werden. Allerdings bekäme ein entsprechendes Projekt keine Förderung für die Renovierung der Räume.

Subjektive und objektive Kriminalität im Landkreis scheinen weit auseinander zu liegen. Statistiken wiesen einen Rückgang der Kriminalität aus, der sich mit dem subjektiven Empfinden und eigenen Erfahrungen der Teilnehmenden schwer decke. Kleinkriminelle würden zu schnell wieder frei gelassen. Hier schwinde dann das Vertrauen in Justiz und Polizei. Der Wunsch nach gut ausgebildeten und verantwortungsbewusst handelnden **Bürgerpolizisten** kam auf. Beim Thema Polizei wünschten sich die Bürgerinnen und Bürger sowohl die Einrichtung neuer als auch den personellen Ausbau bestehender Reviere, damit man sich persönlich sicherer fühle. Das **Image der Polizei** sei durch das Aufkommen rassistischer Unterstellungen beschmutzt und müsse wieder besser werden. Demgegenüber wurde geäußert, dass die Polizei kein Spiegelbild der Gesellschaft sei. Entsprechende Auswahlmechanismen verhindern Extremismus in der Polizei. Beamte, die dennoch nicht auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung stünden, müssten den Dienst auch zwangsweise verlassen. Die wichtige Rolle der Polizei sollte mehr betont werden. Mehr Anerkennung im Landkreis stärke sie und führe auch dazu, mehr Personal zu gewinnen (Polizei bietet auch Jobs im Landkreis). Damit einher gehe das **Kommunizieren der Erfolge** in der Kriminalitätsbekämpfung, beispielsweise durch erfolgreich durchgeführte **Schnellverfahren oder erfolgreiche Strafverfolgung**.

Die **Transparenz von Politik** sei sehr wichtig und sollte durch Kooperationsprojekte der öffentlichen Hand mit der Bürgerschaft gestärkt werden. Informationen müssten besser an die Bürgerinnen und Bürger herangetragen werden, weshalb neue Konzepte entwickelt werden sollten, um die Kommunikation noch erfolgreicher zu gestalten. Es wurden mehr **Bürgerfragestunden** sowie **Gemeinderatsitzungen mit Ansprechpartner/innen aus der Politik** gefordert, wie es z.B. der Landrat mit seinen Besuchen von Gemeinden vorsieht, damit es stärker zum Austausch untereinander kommen kann.

Die Teilnehmenden bewerten die Bürgerwerkstatt als positives Format. In Zukunft sollte es verstärkt zu Bürgergesprächen kommen. Bürgerinnen und Bürgern sei es wichtig, dass sie in den politischen Prozess mit eingebunden würden. Wiederholt wurde gefragt, welche Folgen die Gespräche denn hätten. Eine schnelle Reaktion sei wichtig. Auch für die Vertreter aus Politik und Verwaltung hatten die Gesprächsrunden einen Mehrwert, da konstruktive Veränderungsvorschläge geäußert wurden.

1.3. Stadt Leipzig – 12. Februar 2019

Probleme ansprechen, die Zukunft planen und sich weiter vernetzen – mit diesem Ziel kamen die rund 70 Gäste in die Gerda-Taro-Schule – Gymnasium der Stadt Leipzig zur Bürgerwerkstatt. Sie diskutierten lebhaft, kritisch und in einer konstruktiven Arbeitsatmosphäre, wie Leipzig bis 2030 noch lebenswerter gestaltet werden kann. Neben den Bürgerinnen und Bürgern waren als Gesprächspartner eingeladen: Oberbürgermeister **Burkhard Jung**, der Sächsische Staatsminister der Justiz, **Sebastian Gemkow**, Bürgermeister und Beigeordneter für Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule **Prof. Dr. Thomas Fabian**, sowie Polizeipräsident **Torsten Schultze**. Sie konnten zahlreiche Vorschläge und Hinweise aus dem Kreis der Anwesenden für ihre Arbeit mitnehmen.

In Leipzig wurde zu verschiedenen Themen teilweise sehr kontrovers und emotional diskutiert. Dabei wurde unter anderem die Umsetzung der Europäischen Datenschutzgrundverordnung sowohl als Fluch (Verunsicherung bei Vereinen) als auch als Segen (Zeugenschutz) bezeichnet; es ging um **Digitalisierung** versus **grundständige Ausbildung** an Schulen, um **Bürokratieverdrossenheit** und die **Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern**. Konkreter wurde es beim Wunsch der **Entbürokratisierung von Antragsverfahren für Fördermittel**, der **Anerkennung des Ehrenamts** und der **Umsetzung des Bildungsfreistellungsgesetzes** in Sachsen. Auch der **Verkehr und ÖPNV** sowie **bezahlbarer Wohnraum** wurden thematisiert.

Gegenüber dem Polizeipräsidenten Schultze wurde die Polizei grundsätzlich gelobt. Es ging um das **Sicherheitsgefühl** der Bevölkerung und eine **bessere Öffentlichkeitsarbeit** hinsichtlich der Erfolge. Nachfragen und Vorschläge gab es zum Verhalten von Polizeibeamten im Dienst, dem **Umgang mit Links- und Rechtsextremismus** sowie zur Eisenbahnstraße in Leipzig.

Hohe Gebühren und eine starke **Bürokratisierung** behinderten laut Teilnehmenden die ehrenamtliche Arbeit. Viele Vereine hätten weder Zeit, Ressourcen, noch das Wissen, sich fundiert mit der Antragstellung bei verschiedensten Fördermittelgebern zu befassen. Durch die Datenschutzgrundverordnung werde die Arbeit vor allem bei kleineren Vereinen erschwert.

Ehrenamtliche setzten sich schnell der Gefahr aus, entsprechende Regeln zu verletzen. Es drohe der Verlust der Gemeinnützigkeit und auch die Auflösung von Vereinen. Um vor allem Vereine und ehrenamtliche Strukturen zu entlasten, wurden **einfachere Abläufe** bei der Beantragung von Fördermitteln gefordert. Staatsminister Gemkow verwies hierzu auf eine Gesetzesinitiative im Sächsischen Landtag zur **Kostenfreiheit von Eintragungen** und Änderungseintragungen für gemeinnützige Vereine bei den sächsischen Vereinsregistergerichten. Diese Initiative habe die Koalition von CDU und SPD eingebracht. Es sei davon auszugehen, dass diese Regelung noch im ersten Halbjahr 2019 in Kraft trete. Durch eine **bessere Vernetzung** zwischen den einzelnen Dienststellen und eine bessere **Bündelung von Informationen** und Zuständigkeiten könnten Probleme einfacher aus dem Weg geräumt werden und Wege verkürzt werden. Vorgeschlagen wurde, **zentrale Anlaufstellen** in den Kommunen und Städten zu schaffen, die bei Problemen mit Antragsverfahren helfen. Vielen Teilnehmern machten ehrenamtliche Tätigkeiten kaum noch Spaß, weil die Arbeit teilweise als belastend wahrgenommen werde. Die Ehrenamtliche trügen sehr viel Verantwortung. Im Gegenzug fehle es an der angemessenen Würdigung dieser Arbeit. Man wünsche sich vermehrt Leistungen wie Aufwandsentschädigungen und vor allem Anerkennung.

Die **Kitagebühren** sind laut Teilnehmenden zu hoch. Sie sollten in den kommenden Jahren sinken. Außerdem wurden ein **Ausbau von Schulsportplätze** gefordert sowie die gleichmäßige Ausstattung von Schulen, unabhängig von den Stadtteilen und ihren sozialstrukturellen Gegebenheiten. Leipzig sei eine wachsende Stadt. Schulen müssten insgesamt besser ausgestattet und saniert werden. Prof. Fabian verwies darauf, dass Leipzig schon deutlich mehr Geld für Schulsozialarbeit an Schulen ausgebe als andere deutsche Städte. Das gemeinsame **Lernen in Schulen**, das derzeit von den Klassenstufen 1 bis 4 stattfinde, soll nach Meinung einiger Teilnehmer bis einschließlich Klassenstufe 6 oder 7 ausgedehnt werden.

Eine im Bildungssystem bisher nicht ausreichende Rolle spiele das Thema **Demokratiebildung.** Es sollte einen größeren Raum im Schulalltag erhalten. Die Vermittlung entsprechender Werte im Unterrichtsfach Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft sei hierfür nicht ausreichend. Kindern und Schülern seien das **demokratische Grundverständnis** und die im **Grundgesetz verkörperten Werte** frühzeitig (Kindergarten und Schule) zu vermitteln. Bezüglich Rassismus und „Fake News“ seien sie zu sensibilisieren. Demokratieerziehung sei ein dauerhaftes Thema. Vorgeschlagen wurde eine **sachsenweite Projektwoche** zu Thema mit externen Bildungsträgern.

Das Thema der **Digitalisierung** an Schulen wurde kontrovers diskutiert. So wurde angemerkt, dass der „Digitalisierungszwang“ aus den Schulen „raus“ solle. Die Schüler lernen nicht mehr richtig lesen und schreiben, weil sie nur noch mit ihren Tablets beschäftigt seien. Schon in ihrer Freizeit beschäftigen sich die Jugendlichen ausreichend mit digitalen Geräten, während die ältere Bevölkerung kaum hinterherkomme. Ein Schüler merkte allerdings an, dass Digitalisierung viele Prozesse vereinfache und den Rucksack leichter mache, weil die Bücher nicht mehr mitgeschleppt werden müssten. Schreiben würde er auf dem Tablet genauso wie auf einem Blatt Papier. Es bräuchte also nur die „richtige“ Digitalisierung.

Gefordert wurde, dass das Schulamt die Schulen für die besondere **Situation von Flüchtlingen** sensibilisiere. Diese seien meist schüchtern und trauten sich oft nicht, ihre Probleme in der Schule zu äußern. So bekämen sie kaum Anschluss oder blieben weit hinter den Ansprüchen und ihren Möglichkeiten. Vorgeschlagen wurde, dass **Flüchtlinge, die in ihrem Heimatland Lehrer waren**, auch hier unterrichten dürften.

Einzelne Teilnehmer beklagten, dass Sachsen neben Bayern das einzige Bundesland sei, welches kein **Bildungsfreistellungsgesetz** habe. Dies verwehre Arbeitnehmern die Möglichkeit von Bildungsurlaub zur persönlichen Weiterbildung.

Das **Mindestalter von 18 Jahren** für das aktive **Wahlrecht** soll nach Auffassung von Teilnehmenden für alle politischen Wahlen in Deutschland sinken. Die Teilnahme solle nicht an ein konkretes Alter, sondern an eine gewisse Fähigkeit zur reflektierten Entscheidungsfindung gekoppelt sein.

Der **Individualverkehr** sollte weitestgehend aus der Innenstadt verlagert werden z.B. durch eine Verlegung des Mittleren Rings. Im Fokus sollten der **ÖPNV** (z.B. Verlängerung der Straßenbahnlinie 11, Beachtung auch der Anbindung eingemeindeter Ortschaften, S-Bahn-Tunnels von Ost nach West, Einführung von Elektrobussen, ein preiswertes Seniorenticket, eine stärkere Präsenz von Sicherheitspersonal in den Bahnen, gutes Parkplatzmanagement in der Innenstadt, langfristiges Verkehrskonzept bis 2030) und der Radfahrverkehr stehen. Unterstützung könnte auch durch **alternative Mobilitätskonzepte** kommen. Genannt wurden hier **Carsharing-Modelle**, **Mitfahrgelegenheiten** oder der **Ausbau von Park-and-Ride-Systemen**. Beim Parken am Stadtrand solle das notwenige **Parkticket gleichzeitig als Fahrschein** für den ÖPNV nutzbar sein. Parallel hierzu müssten das **Fahrradnetz** in der Innenstadt ausgeweitet und die **Rechte von Radfahrern** gestärkt werden. Falschparken auf Fahrrad- und Fußgängerwegen sollten mit Hilfe von Bußgeldern vermehrt geahndet werden. Dies würde die **Verkehrssicherheit** erhöhen. Und besonders im Winter bei Schneefall würden im Stadtgebiet Leipzig Radwege als primärer Ablageort für Schneehaufen genutzt. Dies benachteilige den **Radfahrverkehr**. Dabei wurde auf andere Städte (z.B. Kopenhagen) mit besseren Konzepten verwiesen, bei denen Radwege bei Schneefall als erstes geräumt würden. An das Thema der Infrastruktur schloss die **Sicherheit von Schulwegen** an. Es wurde eine **bessere Planung und Kommunikation von Umleitungen** gewünscht, vor allem, wenn es sich um Schulwege handele. Schülern müssten sich frühzeitig auf eine völlig neue Verkehrssituation einstellen können.

Um die Freizeit besser gestalten zu können, wurden vermehrt **Schwimmhallen** gewünscht. Hierzu erläuterte Oberbürgermeister Jung, dass derzeit **drei Projekte** in Planung seien. Der Stadtrat habe zeitnahe und einfachere Umsetzungen verhindert. In den Plänen der Stadt Leipzig sei der Bau neuer Schwimmhallen jedoch präsent und werde verfolgt. Ebenso sollten **Spielplätze** besser durchdacht werden und kindgerechter angelegt sein: klassisch mit Schaukel und Sandkasten, aber ohne matschige Hügel oder nicht bekletterbare Gerüste (Negativ-Bsp.: Spielplatz im Wildpark). Die **Belegung der öffentlichen Fußballplätze** sei verbesserungsbedürftig. Hier müsste die Stadt mit den Vereinen, die Sport machen wollten, besser kommunizieren. Bei den Sportanlagen sollte die **Pflege der Grünanlagen** wie in Dresden durch die Stadt Leipzig erfolgen. Dies würde die ehrenamtlich tätigen Vereine von ihren Verkehrssicherungspflichten entlasten.

Mehr Maßnahmen für eine **bezahlbare Stadt und sozialer Wohnungsbau** wurden ebenfalls gefordert. Die LWB könne hier mehr machen.

Beim Thema Polizei wurde die **Nachwuchsproblematik** thematisiert. 1.000 zusätzliche Stellen seien geschaffen, doch müssten sie besetzt und die Personen erst schrittweise ausgebildet werden. Die Situation ist laut Polizeipräsident Schultze aber zu bewältigen. Des Weiteren wurde gefordert, dass die sächsische Polizei **„rechte Tendenzen“** schnell aufarbeite, denn das **Vertrauen in die Polizei** sinke dadurch. Problematisch sei der **Umgang der Polizei mit Linksextremismus**. Von vielen Teilnehmern wurde der Umgang besonders mit Mitgliedern von „Rotstern“ und anderen linksextremen Gruppen als zu “harmlos“ beschrieben. Auch herrsche eine große Unsicherheit, wie sich Bürger vor allem bei Demonstrationen gegenüber Linksextremen verhalten sollten. Von Störern müsse man sich auf einer Demonstration distanzieren. Für Polizisten sei **Demokratiebildung** sehr wichtig. Regelmäßig sollte auch eine **systemische Supervision** für Polizisten angeboten werden. Für die Polizeischulung wurde ein **Modul „Soziale Kompetenzen“** vorgeschlagen. In einem „Modell-Stadtteil“ sollten neue Wege der Kommunikation ausgetestet werden. Herr Schultze ergänzte, dass Schulungen in interkultureller Kompetenz bereits stattfänden. Gegenüber rechtsextremistischen Tendenzen in der Polizei werde eine Null-Toleranz-Strategie gefahren. Polizisten müssten auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen.

Insbesondere ältere Bürger klagten über ein fehlendes **Sicherheitsgefühl**. Laut Herrn Schultze ist dies paradox, da Jüngere häufiger Opfer von Straftaten seien als Ältere. Allerdings betont er, dass die Polizei ihre **Erfolge** besser darstellen müsse. Als Vorschlag hierfür wurde das **Einrichten eines YouTube-Kanals** diskutiert. Sachlichkeit und unaufgeregtes Auftreten bei der Polizeiarbeit werde sehr geschätzt, auch im Hinblick auf emotional sehr

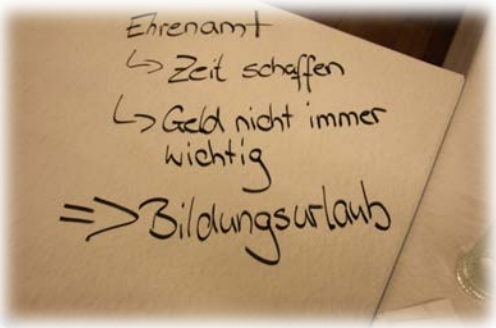
aufgeladene Fälle. Die Teilnehmer bewerten **Bürgerpolizisten** als einen guten Ansatz zur Stärkung des Sicherheitsgefühls, denn sie schafften Vertrauen im Stadtteil. Sie schlugen eine stärkere Präsenz auch durch eine **personelle Verstärkung des Streifendienstes** vor. Einige Teilnehmer kritisierten den Umgang von Polizisten mit den Bürgern. Nach deren Wahrnehmung verhielten sich Polizisten verstärkt im direkten Umgang mit dem „normalen" Bürgern eskalierend und unverschämt, indem sie diese beispielsweise duzten. Deshalb wurde gefordert, in der Polizeiausbildung verstärkt auf eine **Verinnerlichung der „richtigen" Konfliktkultur** zu setzen. Vielfach wurde auch über die **Waffenverbotszone** in der Eisenbahnstraße diskutiert. Ob sie zielführend sei, darüber waren sich die Teilnehmer uneinig, da immer noch offen mit Drogen gedealt werde. Die Kriminalität habe (gefühlt) nicht abgenommen. Dennoch wurde die stärkere Polizeipräsenz vor Ort durchaus wahrgenommen.

Es fehle eine **alternative Moschee** für den arabischen Raum in Leipzig. Menschen wollten nicht mehr in die Moschee des Imams Hassan Dabbagh gehen, weil dieser ideologisches Gedankengut verbreite. Es sollte geregelt werden, dass der Religionsunterricht zweisprachig und auf Basis der freiheitlich demokratischen Grundordnung erfolgt. In der Polizei sollte es **mehr Beamte mit Migrationshintergrund** geben.

Umfassend wurde das Verhältnis zwischen Bürgern und Ämtern diskutiert. Gewünscht wurden eine **transparentere Verwaltung** und eine bessere Kommunikation. Bekanntmachungen und Informationen im Amtsblatt und die LVZ reichten nicht aus, Informationen müssten auch auf anderen Kanälen zu den Leuten kommen. Dabei wurde vorgeschlagen, dass **Werbeflächen** (z. B. an Bushaltestellen, Straßen und leerstehenden Häusern) zur Information über einzelne Stadtviertel genutzt und **Influencer** einsetzen werden sollten. Außerdem wurde Aufklärungsarbeit vor Supermärkten (Bsp. Aldi) gewünscht, um nicht nur das Bildungsbürgertum zu erreichen. Die Einrichtung von **Stadtteilbezirkskonferenzen** wurde gefordert, bei der Themen konkret besprochen werden könnten. Eine **bessere Debattenkultur** und mehr Bürgerbeteiligung sollten eine bessere Vernetzung der Akteure befördern. Auch wurde für die Lösung von komplexen Problemen die Zusammenführung von Polizei, Ordnungsamt und Dezernaten gefordert. **Einmal im Quartal** könnten diese Runden dann ggf. von den entsprechenden zivilgesellschaftlichen Akteuren unterstützt werden. Prof. Fabian ergänzt, dass es schon unterschiedlich geartete Ämterrunden gibt und verwies auf die Wichtigkeit von Stadtbezirksbeiräten.

1.4. Erzgebirgskreis – 13. Februar 2019

Der Einladung zur Bürgerwerkstatt in die Evangelische Schulgemeinschaft in Annaberg-Buchholz waren knapp 60 Bürgerinnen und Bürger gefolgt. Teils hitzig sprachen sie über aktuelle Herausforderungen und Probleme im Landkreis und diskutierten gemeinsam über Zukunftsvorstellungen. Als Sachverständige waren der Landrat des Erzgebirgskreises **Frank Vogel**, die Sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, **Dr. Eva-Maria Stange**, der Beigeordnete des Erzgebirgskreises **Andreas Stark**, der Leiter der Abteilung Umwelt, Verkehr und Sicherheit im Landratsamt, **Rico Ott**, sowie die Chemnitzer Polizeipräsidentin **Sonja Penzel** geladen.



Besonders intensiv wurde über das **Bildungssystem** diskutiert. Dabei ging es um den **Lehrkräftemangel**, eine Stärkung des **werteorientierten und fächerübergreifenden Unterrichts** (gegenüber den PISA-geprüften Fächern), die **Digitalisierung** von Schulen, um die berufliche Bildung und um die Frage, wie Einrichtungen für höhere Bildung in den ländlichen Raum gebracht werden könnten. Beim Thema **Infrastruktur** ging es besonders um die Straßenunterhaltung und die Beseitigung von winterbedingten Straßenschäden sowie um den Öffentlichen Personennahverkehr. Ein weiteres vieldiskutiertes Thema war der **Fachkräfte- und insbesondere der Ärztemangel**. Außerdem wurde mehrfach die Forderung nach der Entbürokratisierung der Fördermittelvergabe erhoben. In Beisein von Frau Polizeipräsidentin Penzel ging es an den Tischen vor allem um die gefühlte (Un-)Sicherheit, den Wunsch nach mehr **Polizeipräsenz** sowie die Forderung, die Polizei möge sich wieder mehr im **präventiven Bereich** engagieren, vor allem bzgl. Drogen- und Betäubungsmittelmissbrauchs.
Institutionen der höheren Bildung seien für den ländlichen Raum eine wichtige Chance auf eine positive demografische sowie wirtschaftliche Entwicklung. Die demografische Entwicklung beispielweise in Annaberg-Buchholz sei zunehmend negativ. Die **Ansiedlung** eines **Hochschulstandortes** oder die dezentrale Einrichtung von Außenstellen in kleineren Kommunen würde dieser Entwicklung spürbar etwas entgegensetzen. Die Teilnehmenden lehnten die Schließung von Berufsschulen im Landkreis ab. Die **Zusammenarbeit und Kooperation** zwischen Berufsschulen und der Wirtschaft müsse gestärkt und intensiviert werden, um einander zu stützen. Abgelegene Berufsschulen seien dann kritisch zu sehen, wenn sie von Auszubildenden mit dem ÖPNV kaum zu erreichen seien. Deshalb wurde gefordert, **Berufsschulen an zentralen Standorten** zu erhalten. Auch müsse die **Ausbildungsvergütung** gerade für soziale Berufe attraktiver werden, auch wenn diese schwer zu erwirtschaften sei. Wichtig sei, dass junge Menschen diese Berufe weiterhin ergriffen, da ein hoher Bedarf bestehe. Frau Staatministerin Dr. Stange verwies hierfür auf das Verfahren der **Schulwegenetzplanung**. Neubauten von Berufsschulen im Landkreis seien aktuell nicht relevant. Vielmehr gehe es gegenwärtig um den **Erhalt bestehender Einrichtungen.** Die in der Vergangenheit etablierte Leuchtturmpolitik der Landesregierung sei im Bereich der Hochschulen und Berufsakademien zurückgenommen worden. Das sei eine wichtige und richtige Entscheidung gewesen.

Der **Lehrerbedarf** wurde kontrovers diskutiert. In den **Freien Schulen** fehle es an Lehrpersonal. Die Einstufung in die Gehaltsklasse E13 und die Verbeamtung in staatlichen Schulen erschwerten freien Trägern die Konkurrenzfähigkeit bei Lehrpersonal. Deshalb wurde gefordert, dass der Freistaat eine **adäquate Bezahlung der Lehrkräfte** in freien Schulen durch

die **Erhöhung der Schülerkostensätze** (vom Freistaat pro Schüler/in) ermögliche. **Schulschließungen** im ländlichen Raum seien zu vermeiden. Vielmehr müsse das Prinzip „Kurze Beine, kurze Wege“ gelten. Ferner sei der **Unterrichtsausfall** in zentralen Fächern ein nicht hinnehmbares Problem. Lehrer müssten angemessen bezahlt werden und mehr gesellschaftliche Wertschätzung erfahren. Kritik erfuhr auch der späte Beginn des **Fachs Gemeinschaftskunde** ab der 9. Klasse. Junge Leute lernen die freiheitlich demokratischen Grundordnung und das System des Staatsaufbaus viel zu spät kennen. Der frühere Beginn des Schulfachs (ab Klasse 7) wurde allerdings landespolitisch bereits beschlossen und wird nun umgesetzt. Nach Meinung von Teilnehmenden können viele Elternhäuser keine angemessene politische Aufklärung leisten. Nur die Bildung helfe gegen die **Polarisierung der Gesellschaft.** Daher solle für Gemeinschaftskunde die Stundenzahl erhöht werden.

Besonders wichtig war den Anwesenden die **Vermittlung von Werten** in der Schule. In Sachsen seien „harte Fächer“ (Naturwissenschaft etc.) weitaus beliebter und würden als „wichtiger“ eingeschätzt. Und auch bei der PISA-Studie würden immer nur „harte Fächer“ geprüft. Für die Schüler sei eine Wertschätzung auch der Sozial- und Geisteswissenschaften notwendig. Vorgeschlagen wurden ein ausgeprägte**r Ethik- und Philosophieunterricht** sowie **alternative Lernformen** („Lernen im Garten“) und fächerübergreifendes Lernen. Positive Lernerlebnisse könnten durch Emotionalität und Wertevermittlung generiert werden und seien für die Schüler sehr wichtig. Kritik wurde an den **Kürzungen des Sportunterrichts** geübt. Eine entsprechende Protest-Unterschriftensammlung sei einfach übergangen worden. Schulen seien besser auszustatten, damit Schüler nach ihren Bedürfnissen lernen könnten. Auch sei es wichtig, die Anzahl der für die DaZ-Kinder zur Verfügung stehenden **Hortplätze zu erhöhen**. Kinder würden „verschickt“, was die Integration erschwere. Man müsse hier langfristiger denken. Täte man bei Kindern mit Migrationshintergrund im Kindesalter heute zu wenig für deren Integration, habe man 2030 mit ihnen als Teenager und junge Erwachsenen die Probleme.

Im **Ehrenamt** gestaltet es sich für Vereine schwierig, Nachwuchs zu finden. Eine Ursache hierfür könnte die fehlende Wertschätzung sein. Daher bedürfe z.B. die Ehrenamtskarte einer größeren **Akzeptanz.** Ihre Anerkennung nur in kulturellen Einrichtungen sei nicht ausreichend. Sie müsste als Zeichen der Wertschätzung auch von der Sozialwirtschaft, Gewerbebetrieben und Händlern vor Ort anerkannt werden. Viele Teilnehmende wollten über die **Fördermittel im Ehrenamt** diskutieren. Dabei ging es besonders um die Förderung für Vereine, die in der Jugendarbeit engagiert sind. Hier wurde eine **Reduzierung des bürokratischen Aufwandes** seitens der Sächsischen Aufbaubank gefordert. Die bürokratischen Anforderungen „kosteten Nerven“, weil viel zu viele Regeln zu beachten seien, was die eigentliche ehrenamtliche Arbeit erschwere und zeitlich belaste. Außerdem fehlt es an **Unterstützung von den Ämtern**. Nur mit ausreichender Hilfe aus der Verwaltung könnten unverständliche Papiere ausgefüllt werden. Deshalb wurde ein **Berater** gefordert, der sich um mehrere Vereine kümmere und das Ausfüllen der Formulare zusammen mit den Ehrenamtlichen erledige. Außerdem wurde sich mehr **Transparenz** gewünscht: Offen gelegt werden solle, wer wieviel Fördermittel von den Dachverbänden weitergeleitet bekäme.

Breitensport sei eine wichtige Grundlage für die Gesundheit von Menschen, weshalb eine **Unterstützung der entsprechenden Vereine** gefordert wurde, um für Menschen weiterhin attraktiv zu sein und zum Sport zu motivieren. Die aktuelle Situation von Sportvereinen sei schwierig, da sich auch hier der demografische Wandel niederschlage. So werde es immer schwieriger, sowohl Mitglieder als auch Übungsleiter/-innen zu finden. Deshalb wurden **Investitionen in die Vereinsstrukturen** gefordert. Vereine sollten besser ausgestattet werden und die Möglichkeiten haben, ihre **Übungsleiter** zu entschädigen. Um weitere Mitglieder für Sportvereine zu gewinnen, könnte die **Subventionierung** von Mitgliedschaften überdacht werden. So könnten beispielsweise Mitgliedsbeiträge bezuschusst werden. Dieses Verfahren sollte allerdings so unbürokratisch wie möglich ablaufen.

Die **medizinische Versorgung und der Ärztebedarf** auf dem Land sei nicht zufriedenstellend. Auch hier gebe es zu viele bürokratische Hürden, die die medizinische Versorgung weiter verkomplizieren. Die aktuelle **Abrechnungspraxis** führe zu einer Benachteiligung des

ländlichen Raums. Es müssten höhere Sätze auch in ländlichen Regionen abgerechnet werden können. Zudem gebe es zu wenige **Kinderärzte** und Hausärzte fühlten sich hier nicht zuständig. Die jungen Menschen zögen verstärkt nach Dresden, Leipzig und Chemnitz. Dadurch fehlten wohnortnahe Ärzte. Auch die Anreize zur Niederlassung müssten verbessert werden. Durch eine **eigene Fachhochschule** in Annaberg und mit einem **angepassten NC** könnte diese Lücke geschlossen werden. Deshalb wurde der Vorschlag geäußert, dass die **Hürden für die Zulassung** von Studierenden zum Medizinstudium, die aus Regionen kommen, in denen Ärztemangel herrsche, gesenkt werden sollten. Diese seien auch eher bereit, wieder in ihre Heimatorte zurückzukehren. Problematisch ist, dass diese Forderung nicht auf Kreis- oder Landesebene entschieden werden könne, weil die Platzvergabe für **Medizinstudienplätze** bundeseinheitlich abgewickelt werde. Schüler sollten über das **freie soziale Jahr** o.ä. für Pflegeberufe bzw. medizinische Berufe begeistert werden. Die „fliegende Gemeindeschwester" solle wieder eingeführt werden. Außerdem wurde der Wunsch nach mehr Prävention und Aufklärung für **gesunde Ernährung** gefordert, damit die Menschen weniger erkrankten.

Wichtig sei, die **Attraktivität der Region** zu steigern, um dem demografischen Wandel entgegen zu wirken. Die jungen Menschen müssten eine Vision entwickeln, allerdings gebe es ein grundlegendes strukturelles Problem. Beim Image der Region werde immer wieder das „Wir hier zusammen im Erzgebirge" betont. Das sei gut, allerdings kämen noch viel zu wenige Menschen von außen, weshalb eine **Mischung von Tradition und Weltoffenheit** mit dem **Ausbau der Verkehrsanbindungen** befördert werden sollte. Damit die jungen Menschen in den Städten im Erzgebirge blieben, brauche es verstärkt Anreize. Es fehlten freien Flächen, die als Wohngebiete ausgewiesen werden könnten. **Leerstehende Häuser** gelte es, sinnvoll zu nutzen. Außerdem wurden der **Ausbau und Erhalt der Infrastruktur** im ländlichen Raum (Gesundheit, Breitbandausbau, Schulen, Straßen, Schiene und Energieversorgung) gefordert. Nur so könne man die Kommunen unterstützen. Eine deutliche Stärkung und Ausweitung der kommunalen Selbstverwaltung (beispielsweise bei der Schulhausförderung, Finanzmittelvergabe und regionale Investitionen) könnte – wenn geschickt genutzt – auch zu einem Zuzug von jungen Leuten beitragen.

Im Bereich der **Kultur müssten für** die Ehrenamtlichen mehr Möglichkeiten zur Förderung von Kleinprojekten bestehen. Betroffen seien kleine Vereine, Museen und kulturelle Projekte, die eher kurzfristig und für kurzzeitige Projekte Gelder benötigten. Durch die große Konkurrenz staatlicher Museen und auch anderer großer Kultureinrichtungen in den Städten könnten sich kleine Verein kaum durchsetzen. Sie seien hauptsächlich auf Touristen angewiesen. Deshalb wurde einen **Ausgleich für kleine kulturelle Vereine** gefordert. Die zweckgebundene **Kulturraumförderung sei zu unflexibel.** Für die Unterstützung von Kulturprojekten bedürfe es spezieller **Klein- oder Mikroprojektefonds**, unabhängig von der Kulturraumförderung. Diese Klein- und Mikroprojekteförderung sollte so unbürokratisch wie möglich zu beantragen sein.

Der **Zustand von Straßen im Landkreis** sei verbesserungsbedürftig. Starke Beschädigungen der Straßen stellten für viele Bürgerinnen und Bürger ein großes Ärgernis dar. Schuld daran sei auch der **Winterdienst**. Vor allem das Salzen von Straßen trage dazu bei, dass gefrierendes Wasser Straßendecken beschädige. Besonders die Lkws, welche die Bundesstraßen für den Transport von Gütern nutzten, brauchten auch im Winter gut geräumte Straßen. Andernfalls könnte der Landkreis Erzgebirge als Wirtschaftsstandort gefährdet werden. Es wurde der Vorschlag geäußert, im **Frühjahr Straßen** im guten Zustand zu kleben. So blieben die Straßen weiterhin gut befahrbar. Außerdem wurde eine **regelmäßige und sinnvolle Instandhaltung** gefordert. Ein derzeitiges Problem seien die langsame Bewilligung von Bescheiden durch das Landesamt für Straßenbau und Verkehr (LASUV). Oftmals würden die Bescheide deutlich zu spät bewilligt, sodass die Auftragsbücher bei Tiefbauunternehmen bereits gefüllt seien. Des Weiteren wurden zu spät angekündigte Infrastruktur- und Straßenbaumaßnahmen kritisiert: In der Gemeinde Gornsdorf wurden Anwohner und Gewerbetreibende erst zwei Wochen vor Beginn einer Straßenbaumaßnahme über selbige informiert. Dies vermindert die Möglichkeit einer **guten Planung** für die betroffenen Anwohner und Gewerbetreibenden. Es wurde gefordert, dass die **Informationspolitik bei anstehen-**

den Straßenbaumaßnahmen verbessert werden sollte. Es sei notwendig, das Kommune und Land beidseitig von angedachten Straßenbaumaßnahmen Kenntnis haben, diese koordinierten und alle Bürger/-innen rechtzeitig informierten. Durch das **Inkrafttreten der Arbeitsstättenregel** ASR A5.2 „Straßenbaustellen" werde sich die Situation bei Straßenbaumaßnahmen weiter verschärfen. Da hierdurch zukünftig halbseitige Sperrungen praktisch nicht mehr möglich seien, werde von allen Beteiligten mehr **Geduld und Nachsicht** erforderlich sein. Vollsperrungen von Straßenbaustellen werden den Straßenverkehr weitaus mehr beeinträchtigen als bisher.

Um die infolge der Kreisreform größer gewordenen Entfernungen im Landkreis besser bewältigen zu können, sei der **Ausbau des Straßennetzes** wünschenswert. Vor allem **Querverbindungen**, um Ortschaften auf einer Ost-West-Trasse schneller zu erreichen, wären von Vorteil. Die aktuelle Situation mit langen Fahrzeiten und engen Landstraßen durch viele Ortschaften sei nicht tragbar. Beim **ÖPNV** wurden eine bessere Schienenanbindung und mehr (Nah-)Verkehrsangebote gefordert**.** Das Erzgebirge sei vom **Fernverkehr auf Schienen** größtenteils abgeschnitten. Durch die fehlende Elektrifizierung zwischen Chemnitz und Leipzig leide auch der ÖPNV. Hauptprobleme des regionalen öffentlichen Personennahverkehrs seien die Organisationsstruktur in unterschiedlichen Verbänden, die gerade verbandsübergreifende Fahrten kompliziert gestalten. Fehler seien beim Rückbau von Schienen gemacht worden, die nunmehr aufgefangen werden müssten. Besonders in Annaberg-Buchholz sei der **Individualverkehr** auf der Straße ein Problem. Ein **effektiverer ÖPNV** könnte notwendige Abhilfe schaffen. Besonders für den **Werksverkehr** wurde gefordert, dass Gewerbegebiete besser angebunden würden und Bushaltestellen statt Parkplätze ausgebaut werden sollten. Unternehmen sollten Monatskarten erwerben, um den Individualverkehr zu verringern.

Im Landkreis wurde eine verstärkte **Präventionsarbeit** gefordert. Der **Revolution Train** (tschechischer Zug zur Drogenprävention) solle wieder fahren und die **Eintrittskosten** für das Präventionsprojekt sollten gefördert werden. Auch solle die Wirksamkeit von Präventionsprojekten überprüft werden. Zusammenfassend wurde nicht nur die Verstärkung der Kriminalprävention, sondern ebenso auch eine Verstärkung der fachübergreifenden Zusammenarbeit von Polizei, Landkreis, Kommunen und sozialen Trägern in der allgemeinen Präventionsarbeit gefordert.

Außerdem wurden praktische Vorschläge und Aufklärung erbeten, wie der doch recht große Unterschied zwischen **objektiver und gefühlter Sicherheit** in der Region verringert werden könne und es wurde die wichtige Rolle der **Bürgerpolizisten** dabei diskutiert. Gefordert wurden **mehr Aufklärung und eine Versachlichung der medialen Berichterstattung** (Beispiel: „früher hieß es noch Sachbeschädigung, jetzt ist es bereits ein Farbanschlag").

Wichtig sei die Bekämpfung des **Rechtsextremismus in der Polizei**. Polizeipräsidentin Penzel sagt, dass hierbei eine Null-Toleranz-Strategie gefahren werde. Polizisten müssten auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen. Um Positives zu unterstreichen, sollten Erfolge bei der Polizeiarbeit wieder verstärkt kommuniziert werden, z.B. die erfolgreich durchgeführten **beschleunigten Verfahren**. Nur so seien die Bürger und Bürgerinnen weiterhin bereit, Anzeigen zu erstatten. Durch viele eingestellte Verfahren nach Einbrüchen etc. sei das Vertrauen in die Polizei gesunken. Die Menschen würden sich auf die örtliche Polizeistruktur verlassen und wollten nicht durch Schließungen das Gefühl bekommen, alleine gelassen zu werden. Gewünscht wurden neue **Polizeidienststellen und ein Ausbau der gemeinsamen Fahndungsgruppe** von Polizei und Bundespolizei. Frau Penzel beschrieb gute Erfahrungen mit der gemeinsamen Fahndungsgruppe. Die Qualität der Strafverfolgung habe sich verbessert, da die Polizei im gesetzlichen Rahmen auch über Zuständigkeitsgrenzen hinaus tätig sein könne.

Die Teilnehmenden bewerteten die Bürgerwerkstatt positiv und betonten die angenehme, sachliche und überparteiliche Atmosphäre des Abends. Besonders zufrieden waren sie über das Gespräch auf Augenhöhe untereinander und mit den Vertretern von Verwaltung, Polizei und Landespolitik.

1.5. Landkreis Nordsachsen – 6. März 2019

Die fünfte Veranstaltung der Dialogreihe „Miteinander Reden! – Bürgerwerkstatt“ fand in Torgau im Schloss Hartenfels statt. Die Teilnehmer tauschten sich über die Herausforderungen im Landkreis Nordsachsen aus und entwickelten Vorstellungen, die das Leben in Sachsen bis ins Jahr 2030 verbessern und für die zukünftigen Generationen lebenswerter machen sollten. Dabei kamen sie mit vier Sachverständigen ins Gespräch: dem Landrat des Landkreises Nordsachsens, **Kai Emanuel**, dem 1. Beigeordneten und Dezernenten für Bau und Umwelt **Dr. Eckhard Rexroth**, dem Staatssekretär im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, **Stefan Brangs** und dem Polizeipräsidenten **Torsten Schultze**.

Herausragendes Thema des Abends war das **Ehrenamt, das stärker wertgeschätzt** und attraktiver gemacht werden sollte. Vor allem wurde ein **Abbau von Bürokratie** bei der Beantragung und Abrechnung von Fördermitteln gefordert. Weitere Themen, die besonders intensiv thematisiert wurden, waren der **Gewässerschutz,** v.a. der Schutz der Torgauer Teiche, die **Verbesserung** der **Infrastruktur** (ÖPNV und Straßen) sowie die **Digitalisierung** an Schulen. In Gesprächen mit der Polizei ging es vielfach um **Fragen der Zuständigkeit**, des **Sicherheitsgefühls** und mögliche **Maßnahmen der Prävention**.

Das **Engagement der Bürgerinnen und Bürger** nehme immer weiter ab. Das sei unter anderem auf eine mangelnde Vereinbarkeit mit Beruf und Familie und fehlendes Interesse besonders unter den Jugendlichen zurückzuführen. Die Förderanträge müssten entbürokratisiert werden. Die Formulare seien **zu komplex** und die **Bearbeitungszeit somit sehr zeitintensiv**. **Dokumentationen von Einsätzen und Erklärungen** könnten reduziert werden. Kleine Fehler führen dazu, dass Ehrenamtspauschalen oder andere Förderungen nicht zugänglich seien. Außerdem sei die monetären Unterstützung der Vereine meist gering. Viele Kosten müssten von den Mitgliedern selbst getragen werden. Auch würden Fördermittel nur für Projekte vergeben, während die **alltägliche Vereinsarbeit nicht gefördert** werde. Um überhaupt Fördermittel zu erhalten, würden Projekte angestoßen, die von den Vereinen meist personell nicht umgesetzt werden könnten. Besonders beim Datenschutz wurden **neue Gesetze** für das Ehrenamt gefordert. Ehrenamtliche seinen keine Verwaltungsangestellten

und müssten ihrer eigentlichen ehrenamtlichen Arbeit wieder verstärkt nachkommen können (**Konzentration auf Kernaufgaben**). Hauptamtliche Strukturen sollten das Ehrenamt unterstützen und als Ansprechpartner in den einzelnen Kommunen bei der Bewältigung der Vereinsarbeit helfen (**Hauptamt hilft Ehrenamt**). So könnte auch verhindert werden, dass FSJler in „sensiblen" Bereichen (Stichworte: Finanzen und Datenschutz) notwendigerweise eingesetzt werden müssten.

Die **Ehrenamtspauschale** sollte so gestaltet werden, dass sie pauschal **dem Vorstand eines Vereins zugewiesen** werden könne, der sie dann vor Ort bedarfsgerecht verteilen dürfe. Dabei solle eine einfache Abrechnung möglich werden. Dieses Verfahren würde die Nützlichkeit der Pauschale für die Vereine erhöhen (Flexbilitätsvorteile, Subsidiaritätsprinzip). Außerdem sollten Vereine eine **finanzielle Grundbasis** (institutionelle Förderung) bekommen, um sich nicht allein über Mitgliedsbeiträge finanzieren zu müssen. Besonders in Zeiten schwindender Mitgliederzahlen ließen sich Vereinsstrukturen sonst kaum langfristig aufrechterhalten. Ehrenamtliche müssten sehr viel Freizeit opfern. Vereine als **Träger der Zivilgesellschaft** würden aber nicht nur finanziell unzureichend unterstützt, sondern ihrer Arbeit werde allgemein zu wenig Respekt gezollt. Auch fehlt es an Möglichkeiten, um als Verein seinen Mithelfern zu danken und zu weiterer ehrenamtlicher Arbeit zu motivieren. Hierbei wurde gewünscht, dass es einen **kleinen Obolus von 100 Euro pro Verein für die Ehrenamtlichen** geben sollte, ohne dass hierfür eine große Anzahl an Formularen notwendig sei. Außerdem wurde **Gleitzeit für das Ehrenamt** gewünscht, damit mehr Zeit für das Ehrenamt verwendet werden könne. Besonders von den Arbeitgebern wünschten sich die Teilnehmenden mehr Verständnis und hoffen, dass Angebote geschaffen werden, um **Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für das Ehrenamt freistellen** zu können. Eine bis zwei Stunden pro Woche würden hierbei reichen. Zudem wurde vorgeschlagen, **Arbeitgeber steuerlich besser zu stellen**, wenn sie Mitglieder der Feuerwehr, des Rettungsdienstes oder des THW anstellen.

Außerdem wurde als Anreiz und Wertschätzung für das Ehrenamt vorgeschlagen, dass z.B. die Zweckverbände **kostenlose Fahrten mit dem ÖPNV** ermöglichten. Vereine sollten **Werbung für das Ehrenamt** machen können. Eine **Ehrenamtsbörse** sollten geschaffen oder ermöglicht werden, damit Ehrenamtlichen sich untereinander besser vernetzen können. Wichtig sei zu erfahren, wer welche Projekte aktuell durchführe. Gesetze sollten so gemacht werden, dass sie das **Ehrenamt mitdächten**, z.B. in Rahmen eines weiteren Checkpunktes in den Regeln zur **Erforderlichkeitsprüfung bei Rechtsvorschriften.**

Die **Stärkung des ländlichen Raums** sei besonders wichtig. Die Menschen im ländlichen Raum sollten stolz darauf sein können, dass sie in ländlicheren Region leben, in den das **Gemeinschaftsgefühl** stark sei und noch weiter gestärkt werden sollte. Damit die Menschen auch zu Hause auf dem Dorf alt werden könnten und nicht zur Pflege in Heime in die Städte verlegt werden müssten, wünschte man sich bessere infrastrukturelle Voraussetzungen. Besonders wichtig dafür seien **z.B. Bürgerbusse und die Förderung und Wertschätzung regionaler Produkte.** Die **Kommunikationspunkte im Dorf** und ein verstärkter **Austausch der Initiativen im Landkreis** seien wichtig. Diese seien nicht mehr so wie früher vorhanden, weil Ärzte jetzt in den Städten praktizierten und Supermärkte preiswerter als „Tante-Emma-Läden" ihre Waren anbieten könnten. Um die Kommunikation zwischen den Generationen zu verstärken, wurden **Mehrgenerationenhäuser** gefordert sowie wieder mehr **kleine Läden**.

Um die Ansiedlung auf dem ländlichen Raum zu fördern, bedürfe es – verglichen mit dem städtischen Raum – eines **erleichtertes Bauverfahrensrechts** und weniger komplexer Vorschriften, damit sich Leute vermehrt ansiedeln und besonders junge Menschen Eigenheime ohne aufwendige Planung bauen könnten. Dies sei ein Beitrag, die Überalterung des ländlichen Raums zu stoppen.

Es müsse darauf geachtet werden, dass **Standorte von Kliniken im Landkreis erhalten** bleiben, die **Telemedizin forciert** sowie der **Breitbandausbau** auch im ländlichen Raum („bis zur letzten Milchkanne") als Maßnahme der Daseinsvorsorge ausgebaut wird.

Taktzeiten von einer bis zu zwei Stunden bei **ÖPNVs** seien üblich und sollten **verringert werden**. Außerdem sollten die **Ticketpreise reduziert werden.** Es bedürfe einer **Jahreskarte von 365 Euro** pro Person. Der **Service** müsse verbessert werden. Nicht alle Busfahrer oder Mitreisenden hülfen, ältere Menschen ihre Fahrräder in den Bus zu heben. Hohe Bordsteinkanten sowie Kopfsteinpflaster in den Städten seien ein Problem für die ältere Bevölkerung. Gewünscht wurde eine **Verbesserung der Barrierefreiheit**, sofern dem nicht das Denkmalschutzrecht widerspreche. Der Charme alter Straßen sei in Sachsen besonders wichtig. Beim **Radverkehrskonzept** des Landkreises wünschten sich die Bürgerinnen und Bürger eine **stärkere Beteiligung**. So bedürfe es eines Radweges an der B2 zwischen Kostitz und Leipzig.

Der **Große Teich in Torgau** solle weiter ein Naturteich bleiben und nicht mit einer Hochwasserschutzanlage ausgebaut werden. Die Vertreter des BUND forderten, dass sie mit diesem Anliegen ernstgenommen werden wollten. Sie schlugen **frühzeitige Informationsveranstaltungen der LTV** und mehr **Beteiligung durch die LTV** vor, damit sie ihren Sachverstand einbringen könnten. Zudem müsste die **Regelungen zum verbesserten Schutz der Bäume** in Naturschutzrecht wieder auf die Agenda.

Die Gewässerbewirtschaftung des **Eilenburger Stadtparkteichs** sei defizitär. Nach Hochwasser fließe das Wasser (die „Brühe“) lange Zeit nicht ab. Siele und Entwässerung fehlten und durch Anstauungen werden Grund und Boden weiter zerstört. Problematisch sei, dass die Stadt das Problem nicht angehe und z.B. keine Messungen durchführen wolle. Hier bedürfe es einer **Studie der Stadt** über die Schadensgeneigtheit der Anlage. Die Teilnehmenden wünschten, dass bis 2030 alle anderen **Dorfteiche entschlammt** würden. Außerdem forderten sie **Bürgersprechstunden mit Verantwortlichen und Experten**. Ihnen reichten die Beteiligungsmöglichkeiten in den Planfeststellungsverfahren nicht aus.

Die Anwesenden diskutierten im Zusammenhang mit den Beschlüssen der **Kohlekommission** über die **künftige Energieversorgung**. Die Thematik war weit gefächert, fokussierte aber die staatlichen Fördermöglichkeiten für die Stromspeicherung bei erneuerbaren Energien. Beklagt wurde die Situation, dass die Menschen einerseits eine umweltfreundliche Energiegewinnung wünschen und erneuerbare Energien prinzipiell gut finden, andererseits konkrete Standorte für die Aufstellung von Windrädern schwer zu finden sind, weil niemand sie vor der eigenen Haustür haben möchte.

Die Teilnehmenden wünschten sich eine **bessere Beratung** durch die **Behörden**, denn von behördlichen Entscheidungen hingen teilweise Existenzen ab. Verwaltungsmitarbeiter müssten dem Bürger **höflich** begegnen. Sie müssten **komplizierte Entscheidungsverfahren besser erklären** und unverständlichen Fachbegriffe vermeiden. Dr. Rexroth bat darum, Vorfälle mit unfreundlichem oder unverschämtem Verhalten der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Verwaltungsspitze zu melden. Als anderer Punkt wurde eingebracht, dass die Verwaltung von **Ausnahmeverfahren Gebrauch machen solle, damit Mähdrescher auf den Straßen zur Erntezeit** fahren dürfen.

Bildung und Ausbildung: Um die **Digitalisierung** in den Schulen und in die Berufsausbildung voranzutreiben, müsse es **verstärkt Schulungen für ältere Lehrkräfte** geben, damit der Umgang mit der Technik funktioniere. Außerdem wurde kontrovers über den **Grad staatlicher Vorgaben zur Standardisierung** der Technik durch die Schulverwaltung diskutiert. Die Digitalisierung wurde aber als positiv bewertet, denn die teils sehr hohe Belastung durch zu viele Schulbücher und Lehrmaterialien führe zu orthopädischen Problemen besonders bei jüngeren Schülerinnen und Schülern. Um mehr Lehrer aufs Land zu bekommen, könnte eine **Wohnungsvermittlungsbörse für Referendare und Referendarinnen** durch das Landratsamt angeboten werden.

Zusammen mit dem Polizeipräsidenten Herrn Schultze wurde über die Differenz zwischen subjektiver und objektiver Sicherheit gesprochen. Besonders die ältere Bevölkerung habe Angst, abends auf die Straßen zu gehen. Deshalb wurde eine verstärkte **Sichtbarkeit der Polizei** vor Ort gewünscht. Während laut Schultze die Statistiken der Polizei und die sinkenden Zahlen von Kriminalität im Landkreis Nordsachsen deutlich für sich sprächen, fühlten

sich doch viele Teilnehmenden in ihrem Umfeld unsicher. Ein Grund für dieses Gefühl wurde in der **reißerischen Berichterstattung der Medien** und besonders der Sozialen Medien gefunden. Es brauche mehr **Medienkompetenz,** um schlechte News und tatsächliche Gefährdung zu entschlüsseln und deutlich voneinander zu trennen. Kritisiert wurde, dass sich die Polizei in den letzten Jahren viel zu sehr aus dem Bereich der (Schul-) **Präventionsarbeit** „herausgezogen" habe. Dieses Phänomen wurde u.a. mit der Stellenreduzierung auf Grund der notwendigen Haushaltskonsolidierung der letzten Jahre begründet. Die **Präventionsarbeit durch die Polizei in den der Schulen** sollte wieder gestärkt werden müssen (z.B. durch Patenschaftsprojekte). Wichtig sei auch, dass die Schulen, Vereine und Polizei von Beginn an zusammenarbeiteten. So könnten **gemeinsame Einsätze** von Polizei, THW und Rettungsdienste geübt werden.

Vorgeschlagen wurde, dass der Landkreis auch den **Kauf einer Drohne** im Rahmen des Katastrophenschutzes fördern könne.

1.6. Landkreis Görlitz – 7. März 2019

Zur Bürgerwerkstatt in Görlitz kamen knapp 100 Bürgerinnen und Bürger in die Kulturbrauerei, um über die Zukunft des Landkreises zu diskutieren und Vorstellungen für das Jahr 2030 zu entwickeln. Es waren fünf Sachverständige eingeladen: der stellvertretende Ministerpräsident und Sächsische Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, **Martin Dulig**, der Landrat des Landkreises Görlitz, **Bernd Lange**, die 2. Beigeordnete (Jugend, Soziales, Gesundheit, Rettungswesen) **Martina Weber**, die Dezernentin für Umwelt, Bauen, Kreisentwicklung, **Heike Zettwitz**, sowie der Vertreter des Polizeipräsidenten der Polizeidirektion Görlitz **Klaus Hecht**.

In Görlitz ging es verstärkt um den gesellschaftlichen **Zusammenhalt und das Miteinander.** Die Teilnehmenden bestärkten sich gegenseitig darin, selbstbewusster zu werden. Oft wurde dem Wunsch Ausdruck verliehen, den **ländlichen Raum** als Ganzes zu stärken, vor Ort Expertise und Lösungen für die eigenen Probleme zu entwickeln, zu fördern und dies in den Ballungszentren auch anzuerkennen. Außerdem ging es um die **Wertschätzung und den Erhalt des Ehrenamts**, zum Beispiel durch eine „strategische Engagement-Förderung". Weitere Themen, die an verschiedenen Stellen angesprochen wurden, waren der **Fachkräftemangel**, der **demografische Wandel**, die **Pflege,** die **wirtschaftliche Entwicklung**, das **Waldsterben** oder der **Ausbau der B178**. In Gesprächen mit Herrn Staatsminister Dulig ging es auch um den **ÖPNV** und den **Abbau von Bürokratie**. Der Polizei gegenüber wurde **Wertschätzung** für ihre Arbeit gezollt, aber auch schnellere Reaktionszeiten gewünscht.

Um der zu **spürenden Politikverdrossenheit** entgegenzuwirken, bedürfe es mehr Sacharbeit und weniger „Kleinkrieg" im Kreistag nach dem Motto: „Gestalten statt verwalten". Man lebe gerne im Landkreis, denn die Probleme, die man habe, seien „eigentlich nur Wohlstandsprobleme". Trotzdem werde verstärkt über die negativen Dinge gesprochen. Dem entgegenstehende Tatsachen, wie beispielsweise die geringen Lebenshaltungskosten, würden kaum thematisiert. Mehr Optimismus täte allen gut. Die Bürgerinnen und Bürger sollten wie-

der Vertrauen in sich sowie ihre Arbeit haben und sich an das zurückerinnern, was bereits erfolgreich geschaffen wurde. Um sich darüber auszutauschen und das Geschaffene zu dokumentieren, wurde eine **Informationsplattform** vorgeschlagen, die wissenswerte Erfolge für das Ehrenamt, den sozialen Bereich sowie das Gewerbe genauer beschreibe und festhalte.

Um die **Attraktivität des Landkreises zu steigern**, sollte die **Hochschule zum Universitätsstandort** mit medizinischer Fakultät ausgebaut werden. Außerdem sollten die Ausbildung und das Handwerk gestärkt werden. Der Landkreis sollte **Innovationen** und Ideen fördern und aktiv unterstützen. Die Chancen der attraktiven Lage des Landkreises im **Drei-Länder-Eck** sollten genutzt und stärker kommuniziert werden. Wichtig seien hierbei besonders der Ausbau der Infrastruktur, die Anschaffung von Regionalbussen und die **Institutionalisierung entsprechender Gremien**. Für Görlitz sei besonders wichtig, dass das Nachbarschaftsverhältnis mit Polen besser gepflegt werde. Es sollte zu einer „Erweiterung der Landkarte im Kopf“ kommen, besonders bei Dialogen sollte die **polnische Seite** mehr Berücksichtigung finden. Wichtig sei, dass nicht nur der Tourismus und die Freizeit gefördert würden, sondern auch das alltägliche Leben. Außerdem müsse die Forschung im ländlichen Raum für den ländlichen Raum belebt werden. Der **Forschungsaustausch mit den Unternehmen** müsse verbessert werden. Dies könnte durch die Ansiedlung von entsprechenden Forschungseinrichtungen und eine Stärkung der Hochschulen vor Ort gelingen. Als Vorschlag wurde die **Gründung eines Instituts für ländlichen Raum im ländlichen Raum** genannt.

Den Teilnehmenden war wichtig, dass Kleinunternehmen und der Mittelstand weiter gefördert werden. Obwohl **Fachkräfte** allerorten gesucht würden, kämen junge Menschen nach ihrer Ausbildung nicht in die Region zurück, weil die Lohnunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland immer noch groß und die **Verkehrsanbindungen** teils nicht ausreichend seien. Oft können Stellen nicht angetreten werden, weil man Wünsche nicht erfüllen könne (Verbeamtung von älteren Bediensteten). Der Landrat sowie die Teilnehmenden wünschen sich hier entsprechende **gesetzliche Anpassungen**, insbesondere mehr regionale Verantwortung.

Besonders im Bereich der **Pflege** und in **Berufen der Kindererziehung** wurde der Fachkräftemangel immer wieder thematisiert. Die Teilnehmenden merken an, dass eine duale Ausbildung das Problem nicht lösen werde, da die Ausgebildeten nicht in Pflegeberufen arbeiten wollen. Vorschlagen wurden **attraktive Karrierechancen** und **positive Presse** über den Pflegeberuf sowie über den Beruf der Erzieherin und des Erziehers. Besonders im Pflegeberuf müssen die **Löhne tariflich** geregelt werden. Auch könnte die schnellere **Anerkennung von ausländischen Abschlüssen** zum Ziel führen. Allerdings sei wichtig, dass die Qualität weder in der Pflege noch in der Erziehung darunter leide.

Intensiv diskutiert wurde das **Thema Strukturwandel**. Die Menschen in der Region sehen den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung als große Herausforderung, die es anzunehmen gelte. Wie gelingt es am besten, die regionale Identität, die eigenen Fähigkeiten sowie die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Potentiale so zu stärken, dass der Strukturwandel geschafft wird? Der **Kohleausstieg** erzeuge Ängste in der Bevölkerung, weshalb eine bessere Vermittlung gewünscht wurde. Strukturwandelprozesse sollten als Motor genutzt werden. Allerdings brauche es mehr Geld und Zeit. Bei der Umsetzung des Konzeptes der Kohlekommission wurde gewünscht, dass sich das **Land beim Bund** für eine rasche Umsetzung stark mache. Ein **Leitbildprozess** wurde vorgeschlagen. An bestehende Strukturen solle angeknüpft werden. Wichtig sei auch, dass die Infrastruktur der Kraftwerkanlagen nicht „platt“ gemacht werde. Kraftwerke könnten zu Wärmekraftwerken umfunktioniert werden. Wärmespeicher könnten bei Spitzenzeiten genutzt werden oder auch zeitverzögernd bei Überkapazität wirken. Eine große Rolle spielte auch das **Image der Region**. Dazu müsse mehr über das Gute und das bereits Erreichte gesprochen werden. Es brauche eine stärkere Vernetzung der Akteure vor Ort und eine gute Willkommenskultur im Landkreis. **Rückkehrwillige** müssten wie bisher weiter angesprochen werden. Es bedürfe aber auch eines geordneten Zuzugs von integrationswilligen und gut ausgebildeten **Fachkräften aus osteuropäi-**

schen Staaten, die die Chancen der Region im Wettbewerb verstärkten. Aufgrund des **demographischen Wandels** müsse ein **besseres Angebot für Familien** geschaffen werden. Verwiesen wurde auf die Gemeinde Rohne; dort würden Zugezogene aktiv unterstützt (Initiative „Bürger helfen Bürgern“) und das Ankommen werde so erleichtert.

In der **medizinischen Versorgung** wurde die Gründung eines **landkreisübergreifenden Verbunds** hinaus bis nach Südbrandenburg gefordert. Das Miteinander müsse weiter gestärkt werden. Nachwuchs müsse gesichert werden; das gelte sowohl für studierte Ärzte als auch für medizinische Fachangestellte. Strukturen müssen ausgebaut werden und zukunftssicher sowie finanzierbar sein. Es wurde gefordert, dass **stationäre Krankenhausplätze beibehalten** werden.

Die Bedingungen für das **Ehrenamt** müssten verändert werden. Die Ehrenamtsbereitschaft nehme ab und dies potenziert sich mit dem Bevölkerungsrückgang. Besonders bei der Feuerwehr sei das Ehrenamt unabdingbar. Wenn keine Ausrüstung, Autos und Häuser bereitgestellt werden, bliebe als einzige Alternative eine hauptamtliche Feuerwehr. Das koste aber Geld. Die sog. „kleine Richtlinie“ müsse ein festes Budget vorsehen. Sie dürfe nicht als Lückenbüßer verstanden werden, denn das füge dem Ehrenamt weiteren Schaden zu.

Außerdem sollten die freiwilligen Feuerwehren **mehr Ausbildungszeiten** und einen besseren Zugang zur Katastrophenschutzschule bekommen. **Brandmeister sollten vor Ort in Dresden ausgebildet** werden. Auch wenn es ausreichend Fördermittel gebe, so können diese von Kommunen nicht abgerufen werden, weil die **Eigenmittel fehlten**. Deshalb wurde gefordert, dass Ausstattung und Ausbildung so funktionieren, dass Kommunen sie sich leisten können. Sehr hilfreich sei auch die neue **Kommunalpauschale**, mit der im Kleinen viel Gutes getan werden könne. Diese möge man verstetigen. Vielleicht könnte (wie früher) **die Feuerwehr in die Schulen** kommen und so Begeisterung bei den Jungen und Mädchen wecken? In den drei großen Städten in Sachsen gebe es **Brandschutzerziehungszentren**. Das seien gute Beispiele, wie man für Nachwuchs werden könne.

Die Teilnehmer der Bürgerwerkstatt wünschen sich, dass das Ehrenamt weiter gestärkt wird. Dabei helfe auch die **Verstetigung der Ehrenamtspauschale** und **jährliche Ehrenamtstage**. Menschen müssten wieder verstärkt begeistert werden für ehrenamtliche Arbeit. Auch wenn Vereine gut ausgestattet seien, so fehle es oft an Personal, weshalb ein **Bildungsurlaub** gefordert wurde, um verstärkt Ehrenamtliche zu akquirieren. Auch wurde gefordert, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leichter freigestellt werden könnten, sowohl für das Ehrenamt als auch für Fortbildungen. Nur durch eine **angemessene Anerkennungskultur** könne das Ehrenamt wieder an Zuwachs gewinnen. „Es wird immer mehr auf das Ehrenamt gesetzt, aber gleichzeitig haben wir das Gefühl, dass unsere Arbeit immer weniger wertgeschätzt wird“.

Durch das **Waldsterben** brauche es mehr Unterstützung für Nadelwälder, da der Borkenkäfer mitunter existenzbedrohend wirke. Gewünscht wurde, auch geschützte Wälder ggf. zum Kahlschlag frei zu geben. Der Landkreis könne selbst Wälder bewirtschaften und somit flexibler auf die Schwankungen beim Holzpreis reagieren.

Auch die **Senioren** wünschten vermehrt Aufmerksamkeit. Durch **Mehrgenerationenhäuser** könnten sich die älteren Leute untereinander helfen. Gewünscht wurde eine Finanzierung von Mehrgenerationenhäusern durch den Freistaat sowie eine regionalspezifische Sensibilisierung. Bisherige Strukturen wie **Altersbegleiter, Nachbarschaftshelfer, Seniorentreffs und Pflege-Mobile müssten gestärkt werden** und sollten in das Interesse der Politik gelangen.

Ein viel diskutiertes Thema war die Verbesserung des **Öffentlichen Personennahverkehrs**. Junge Leute ohne Führerschein müssten ihre Ausbildungsplätze auch ohne Auto erreichen können. Senioren ohne Auto wollen zum Arzt fahren können. Hier wurden allgemein ein **Ausbau der Infrastruktur** und konkret **mehr mobilen Angebote** gefordert. Dabei wurde über **mobile Arztpraxen, mobile „Tante-Emma-Läden“ sowie Sammeltaxis** diskutiert. Außerdem wurde der Wunsch geäußert, dass der Fernverkehr wieder vermehrt auf die Schienen gelegt werden sollte, um dem Stau auf den Hauptverkehrsachsen, vor allem auf

Schienen gelegt werden sollte, um dem Stau auf den Hauptverkehrsachsen, vor allem auf der A4, entgegenzuwirken. Die Region könnte außerdem **Modellregion für autonomes Fahren** werden, allerdings sei dafür eine vernünftige Dateninfrastruktur notwendig. Die Teilnehmenden hegten die Hoffnung, dass durch Streckenelektrifizierung und G5 Geld komme, das genutzt werden könne, um die Mobilität zu steigern. Auch wurde auf die **Fertigstellung der B178** verwiesen. Diese stagniere seit 1989 und müsse alsbald fertig werden, da sie wichtig sei für die wirtschaftliche Entwicklung der Region.

Von der **Verwaltung** wurde mehr Ermessensausübung gefordert. Es sollte mehr Förderung über Pauschalen vergeben werden, was sie attraktiver macht und Prozesse vereinfacht und beschleunigt. Außerdem könnten so mehr Möglichkeiten geschaffen und Vertrauen aufgebaut werden. Hier müsse eine neue Verwaltungskultur entstehen, die zwar Verantwortung sichere, aber auch zulasse, dass „Fehler gemacht werden, aus denen man lernen kann". Besonders wichtig sei die Kultur des Miteinanders. Das „Obrigkeitsdenken" in den Verwaltungen müsse durch mehr Gesprächsbereitschaft abgelöst werden. Alte Strukturen müssten aufgebrochen werden, denn diese hätten sich „festgefahren".

Die **Arbeit der Polizei** erfuhr viel Lob und Dank. Besonders die Einführung der Bürgerpolizei wurde positiv bewertet und sollte laut den Teilnehmenden beibehalten werden. Sie vermittle ein Gefühl von Sicherheit, während Streifenfahrten meist ein Bild der Unsicherheit suggerieren. **Gesellschaftliche und politische Bildung** müssten während der Ausbildung verstärkt werden; besonders Sachsen habe hier Nachholbedarf. Vorgeschlagen wurde, mehr **Zeitzeugen** in die Ausbildung bei der Polizei einzubinden.

Die Teilnehmenden kritisierten, dass die Polizei bei Unfällen häufig nicht schnell genug beim Unfallort erscheine. Dabei verwies Herr Hecht auf den mittlerweile gestoppten Stellenabbau seitens der Polizei. Als problematisch wurde die **Rolle der Medien** bei der Polizeiarbeit bewertet. Es sollten mehr positive Meldungen erfolgen und nicht immer nur Katastrophenmeldungen. Dadurch komme es auch verstärkt zu einem Unsicherheitsgefühl. Kritisch gesehen wurde auch der aus Sicht von Teilnehmer oft geringe Respekt der Bürger gegenüber der Polizei. Mangelnder Respekt sei ein allgemein gesellschaftliches Problem und könne nur in der Prävention bearbeitet werden.

Die **Beteiligung** funktioniere an vielen Stellen schon sehr gut, sei aber noch erweiterbar. Vorgeschlagen wurde, **Bürgerräte** und **Stadtteilplattformen** weiter auszubauen oder zu reaktivieren, denn sie hätten bereits gut funktioniert und seien auch noch in Teilen des Landkreises aktiv. Ein **Runder Tisch mit Bürgermeistern** seit dringend notwendig. Schlechte Erfahrungen in der Kommunalpolitik führten zu extremen Wahlentscheidungen und Politikverdrossenheit.

1.7. Stadt Dresden – 25. März 2019

An der siebten Bürgerwerkstatt in Dresden nahmen mehr als 100 Bürgerinnen und Bürger teil, um über Zukunftsperspektiven für das Jahr 2030 zu diskutieren. Als Sachverständige und Gesprächspartner waren in das Gymnasium Bürgerwiese eingeladen: Oberbürgermeister **Dirk Hilbert**, Bürgermeister (Beigeordneter für Finanzen, Personal und Recht) **Dr. Peter Lames**, Innenstaatssekretär **Prof. Dr. Günther Schneider** und der leitende Dresdner Polizeidirektor **René Demmler**.

Wichtige Themen waren **Wohnen**, **Bildung** und **Verkehr**. Dabei wurde über die Miethöhe, den sozialen Wohnungsbau und altersgerechtes Wohnen ebenso diskutiert wie über gestiegene Anforderungen an die Lehrkräfte und die Vermittlung von **Kompetenzen und Werten.** Im Themenkreis Verkehr wurde über den ÖPNV, die Förderung des Radfahrverkehrs, den Straßenbau und Schwerlastverkehr sowie den Umgang mit Fernbussen debattiert. An allen Tischen wurden außerdem der **gesellschaftliche Zusammenhalt**, die **Debatten- und Gesprächskultur**, der (teils als fehlend empfundene) **Respekt** im gesellschaftlichen Umgang miteinander und eine bürgerfreundliche **Verwaltung** angesprochen**.** Weitere Themen waren die **Anerkennung und Unterstützung des Ehrenamts,** die **Integration von Geflüchteten** und die **Gleichstellung des Katastrophenschutzes mit der Feuerwehr**.

Ein Thema waren die **Mietpreise in Dresden.** Man solle **deutlich mehr Sozialwohnungen** in Dresden bauen, um den bereits einsetzenden Mietpreissteigerungen entgegenzutreten und sozial schwache Menschen zu unterstützen. Dabei solle der soziale Wohnungsbau sich nicht nur auf einzelne Stadtteile oder Häuserzeilen erstrecken, sondern sich **über die ganze Stadt** verteilen. So könne der Bildung von Ghettos entgegengewirkt werden. Die derzeit neu gebauten Wohnungen in der Innenstadt lägen allerdings eher in den hochpreisigen Segmenten. Investoren sollten aufgefordert werden, **25 % der Neubauten für Sozialwohnungen** vorzuhalten. Hierbei wurde auf andere Großstädte wie beispielsweise Berlin mit seiner **kooperativen Baulandentwicklung** verwiesen.

Es wurde mehr Zeit und Geld für Kreativität und Selbstständigkeit in den Schulen gefordert. Zukünftig solle mehr „Herzensbildung statt Wissensbildung“ stattfinden. Schulen und Einrichtungen sollen mehr auf eine solidarische Gesellschaft hin (aus-)bilden und erziehen, denn der **allgemeine Respekt** untereinander fehle und müsse von vielen erst einmal erlernt bzw. wieder neu erlernt werden. Die aktuell hohen Zahlen von **Schulabbrüchen** sei beunruhigend, da müsse man was tun. Klassen müssten kleiner, die Modelle des Klassenverbands überdacht und andere innovative Konzepte in Betracht gezogen werden. Außerdem sollte über einen stärkeren Einsatz von **Sozial- und Verwaltungsmitarbeitern** in Schulen und Ämtern nachgedacht werden, um die Lehrer und Lehrerinnen zu entlasten. Das Thema **Bevölkerungsschutz** sollte in die Unterrichtspläne aufgenommen werden. Junge Leute sollten Räume zum Kennenlernen und Erproben von Demokratie bekommen.

Darüber hinaus wurden mehr Investitionen in die (frühkindliche) Bildung gefordert. Der Lehrberuf und auch andere pädagogische Berufe müssten in Zukunft wieder attraktiver gestaltet werden. Dabei ging es um die Bezahlung des Lehrpersonals im Allgemeinen und die großen **Unterschiede zwischen der Entlohnung** von Lehrkräften an freien sowie an staatlichen Schulen.

Eine **faire Entlohnung** wurde auch in Bezug auf den **Pflegesektor** thematisiert. Die **Löhne** von Berufstätigen im Pflegesektor und von Erziehern **müssten** (auch in der Ausbildung) **steigen**, denn die derzeitige Lohnpolitik verursache Ungerechtigkeiten. Vor allem Personen, die sich auf dem zweiten Bildungsweg oder durch ein parallel zur Arbeit stattfindendes Studium weiterqualifizieren, sollen unkompliziert unterstützt werden, z.B. finanziell oder durch Möglichkeiten der Entlastung in ihren Arbeitsfeldern. Zudem sollte das Modell des ehrenamtlichen Engagements der **„Grünen Herren und Damen im Uniklinikum“** mehr gewürdigt und ausgebaut werden. Beim Rettungswesen müsse auch eine **grenzüberschreitende Rettung und Versorgung** möglich werden (z.B. wenn der Weg in tschechische Klinik kürzer ist als in eine deutsche Klinik). Zudem müsse die Versorgung mit **Menschen mit Herzfehlern** nach dem 18. Lebensjahr verbessert werden.

Außerdem wurde über **Alterseinsamkeit** gesprochen. Eine aktivere und einander helfende Nachbarschaft könne es den älteren Menschen ermöglichen, dort zu alt zu werden, wo sie den Großteil ihres Lebens verbracht hätten. So habe die Stadt Rotterdam ein **Budget für Blumen**, die von Ehrenamtlern einsamen Menschen überbracht werden. Ältere Menschen sollten nicht durch steigende Mieten zum Wegzug aus ihren angestammten Vierteln gedrängt werden. **Seniorenheime oder -wohngemeinschaften sollten dafür stadtteilbezogen** gebaut oder zur Verfügung stehen (auch Mehrgenerationenwohnen). Für eine freundliche Nachbarschaft bedürfe es auch der Mithilfe der jüngeren Generationen. Ein respektvollerer Umgang miteinander und die Vermittlung von Werten könnten so erlernt und gelebt werden.

Die **Verkehrssituation** in Dresden müsse besser werden. Viele Diskussionsteilnehmer wünschten sich eine weitere Verbesserung des ÖPNV, anderen ging es um den Ausbau der Radwege. Wiederum andere setzen sich für möglichst autogerechte Straßen ein. Es zeigte sich, wie schwierig es ist, alle Interessen unter einen Hut zu bekommen. Insbesondere auf den stark befahrenden Straßen, z.B. der Stauffenbergallee und der Königsbrücker Straße, seien die **Qualität der Luft** schlecht und die Staub- und Lärmbelastung zu hoch. Mit einer Stärkung des ÖPNV (z.B. durch tarifzonenübergreifendes Landersticket), einheitliche bauliche Maßnahmen, Einführung von Jobtickets auch bei mittelständischen Unternehmen, günstigere, ggf. sogar kostenlose Tickets könnte dem entgegen gesteuert werden. Zudem wurden **mehr Busse und Straßenbahnen zu Stoßzeiten** (Schulbeginn oder -ende) vorgeschlagen.

Mehr Güter müssten über die Schiene befördert werden Die **Strecke Dresden – Görlitz** müsse elektrifiziert werden. **Die rollende Landstraße** sollte wiederbelebt werden und könnte die angespannte Verkehrssituation auf den Fernstraßen entlasten. Lkw-Fahrer könnten die Zeiten auf der Schiene als Ruhezeiten nutzen und dennoch zeitgleich unterwegs sein.

Beim **Busfernverkehr** wurde zur Entlastung der Innenstadt die **Verlegung des Omnibusbahnhofs aus dem Zentrum** zum Busbahnhof nach Klotzsche, der eine gute Anbindung an

das S-Bahnnetz aufweise, kontrovers diskutiert. Auch wurden Maßnahmen gefordert, um Dresden im **Bahn- und Fernverkehr besser anzubinden und kürzere Fahrtzeiten** zu generieren. Dabei wurde der Bau des Tunnels im Erzgebirge Richtung Prag positiv bewertet.

Die **Radfahrkonzepte** seien ausbaufähig. Mehr Radwege müssten gebaut werden. Radfahrspuren und Fußgängerwege müssen voneinander getrennt werden. Kombinierte Spuren seien nicht sinnvoll, da das Gebot der Rücksichtnahme nicht gelebt werde und sie daher für Gefährdungen beider verkehrsteilnehmenden Gruppen sorgten. Manchen Teilnehmern war die seltene **Ahndung von Ordnungswidrigkeiten** bei sogenannten **„Kampfradlern“** ein Ärgernis; sie fordern mehr Rücksicht gegenüber Kindern und älteren Fußgängern, Aufklärung über Hirnverletzungen bei Radfahrunfällen, am „Blauen Wunder“ eine höhere Kontrolldichte und spürbare Bußgelder u.a.m. Der alte **Promenadenweg** an der alten Stadtmauer bis zum Hasenberg müsse zeitnah Instand gesetzt werden.

Ein weiteres Thema war der **Umgang mit Wut und Rassismus in der Stadtgesellschaft.** Der gesellschaftliche Zusammenhalt im Alltag und in der Arbeitswelt scheine zu schrumpfen und Rassismus salonfähiger zu werden. Für die Zukunft sei wichtig, in den Anstrengungen bei der Integration von Schutzsuchenden nicht nachzulassen. Es brauche auch Zeit und Geduld bei der Arbeit mit Geflüchteten. Vorgeschlagen wurden das Amt einer/eines **Rassismusbeauftragten** der Stadt als Schnittstelle für Opfer, Unternehmen und Interessierte, ein **Einwanderungsgesetz**, **Brücken/Beratungsangebote** für Flüchtlinge sowie ein Ausbau der politischen Bildung. Außerdem solle Dresden **„Willkommenskultur-Hauptstadt“** werden. Behördenprozesse und Formulare müssten zudem so gestaltet werden, dass sie für Geflüchtete verständlich seien. So könnten sie langfristig besser in den Arbeitsmarkt integriert werden und zwar nach dem Prinzip „fördern und fordern“.

Um den **Fachkräftebedarf** zu befriedigen, wurde die verstärkte **Inklusion von Menschen mit Handicap** gefordert**.** Bedingt durch große **bürokratische Hürden** sei es eingeschränkten Menschen meist nicht möglich, ihre Einrichtungen (Behindertenwerkstatt) zu verlassen und in „normalen“ Berufen eingestellt zu werden. **Unternehmen, die verstärkt ausbildeten, sollten bei Ausschreibungen bevorzugt** oder mit Sonderkonditionen gefördert werden.

Das **Ehrenamt** müsse **stärkere Unterstützung** erfahren. Vereine könnten ihrer eigentlichen Tätigkeit kaum nachkommen. Die Mehrarbeit für Projektanträge und -dokumentation sei mittlerweile derart hoch, dass personelle Ressourcen allein hierfür gebunden werden müssen und die inhaltliche Arbeit daher leide. **Antragsverfahren** für unterschiedlichste Fördermöglichkeiten sollten **vereinfacht** und **entbürokratisiert** werden. Ehrenamtliche sollten im Umgang mit der Datenschutzgrundverordnung und den Antragsanforderungen unterstützt werden. Auch benötige es Unterstützung beim Finden von Mietobjekten. Hierzu wären Anlaufstellen mit „Insider“-Informationen für ehrenamtliche Organisationen und Vereine essentiell. Zudem wurde gefordert, **dass alle Ehrenämter** die gleiche Anerkennung erfahren sollten wie das Vorbild der freiwilligen Feuerwehren. Dazu könne die Einführung eines **ÖPNV-Ehrenamtstickets** oder die **Erweiterung des Ehrenamtspasses** nützlich sein. Ehrenamtliche sollen für ihr Engagement sichtbare und praktisch nutzbare Vergünstigungen erhalten. Dies hätte Vorbildcharakter und könnte direkt als Werbung für das Ehrenamt dienen. Eine große Hilfe wäre es auch, wenn **ausgemusterte kommunale oder staatliche Sachwerte (Fahrzeuge, Mobiliar etc.)** vorrangig an ehrenamtliche Organisationen weitergegeben würden. Zudem wurde vorgeschlagen, das **THW ins sächsische Katastrophenschutzgesetz** mit aufzunehmen.

Die **Verzahnung von Zuständigkeiten zwischen den Kommunen und dem Freistaat sei verbesserungsbedürftig.** Das **„Kästchendenken“** müsse aufhören. Zuständigkeiten in der Stadtverwaltung und in Abgrenzung zum Freistaat seinen oft nicht ausreichend abgeklärt. Kommunale Projektträger könnten aufgrund von Inflexibilität der Verwaltung ihrer Arbeit nicht hinreichend nachkommen (z.B. Banksanierung im Großen Garten). Und auch das Miteinander von Verwaltung und Zivilgesellschaft sei ausbaufähig, was von der Stadt aber auch erkannt wurde (Stichwort: Verwaltungsmodernisierung). Um dies zu verbessern, wurde vorgeschlagen, in Dresden einen **Dialog oder ein Werkstattformat zu etablieren**, bei dem zu gleichen Teilen Verwaltung und Zivilgesellschaft zusammenkämen. Dabei sei wichtig, dass

sich die Menschen **auf Augenhöhe** begegneten und nicht aus ihrem Amt oder ihrer Zuständigkeit heraus. So könnten das Verständnis auf beiden Seiten geweckt und gemeinsam nach Lösungen gesucht werden. **Netzwerke** müssten gefördert und **Anlaufstellen** geschaffen sowie **Fördermittelvergaben** vereinfacht werden. Das Problem der schlechten, komplizierten und zuweilen „boshaft-formuliert“ wahrgenommenen Behördenschreiben scheine zuzunehmen. Ein angenehmes und partnerschaftliches Miteinander sehe deutlich anders aus. Behördenschreiben sollten – bei allem Verständnis um rechtliche Präzision – einfach verständlich formuliert sein. Wichtig sei eine **gut ausgebildete Verwaltung**, die bürgerfreundlich, rechtlich präzise, schnell und effizient arbeiten könne. Des Weiteren sollte sie die ihr möglichen **Ermessensspielräume auch nutzen** können.

Hinsichtlich der medial meist verzerrten Berichterstattung gerate Sachsen immer häufiger in ein schlechtes Licht. **Die Medienanstalten** müssten auf die Wertschätzung von Identitäten und Biographien achten. Das **Fehlen von Werten** sei ein Schlüsselproblem dieser Zeit und Gesellschaft, weshalb eine bessere Vermittlung von Werten in der Schule sowie der Familie wichtig sei. Dabei wurde auch auf die Notwendigkeit einer **generationenübergreifenden Wertevermittlung** verwiesen.

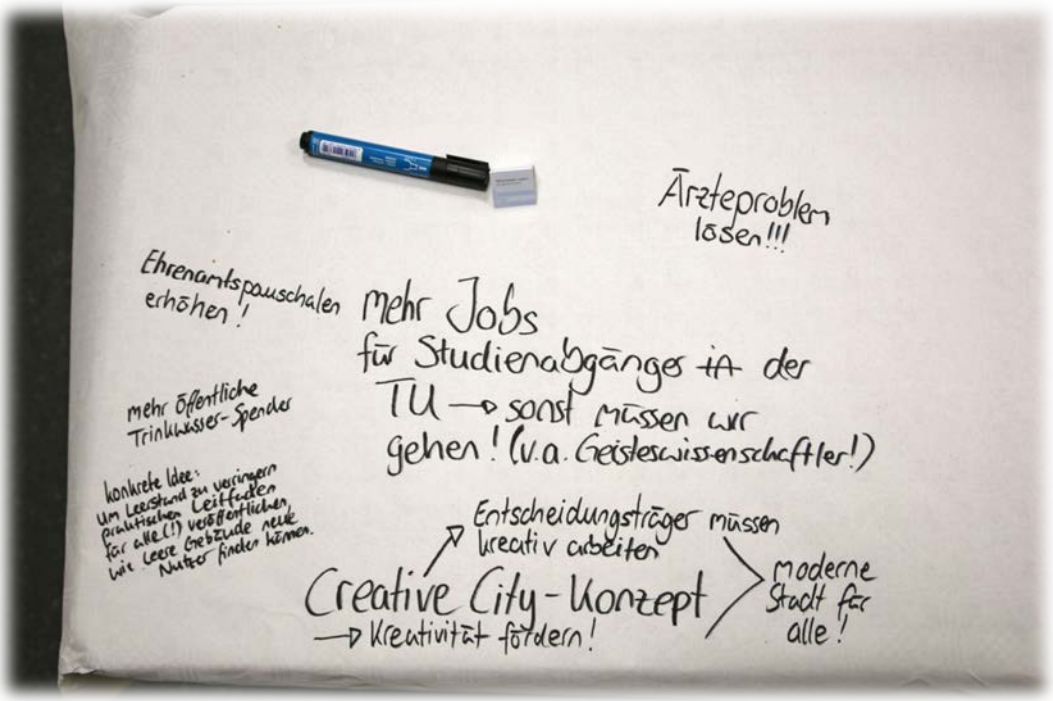
Im Bereich **Sicherheit** wurde eine höhere Polizeipräsenz im Stadtzentrum Dresdens gewünscht. Das achtlose Wegwerfen von Zigaretten werde vom Ordnungsdienst nicht annähernd kontrolliert. Fehlende sichtbare Polizei und Nichtbeachtung von Kleindelikten beeinträchtigten das Sicherheitsgefühl und erhöhten die Furcht vor Kriminalität. Dennoch scheint Dresden kein herausgehobenes und öffentlich wahrnehmbares Sicherheitsproblem zu haben. Die Drogen-Hotspots seinen zwar nicht verschwunden, allerdings haben sie sich vom Hauptbahnhof und der Dresdner Neustadt auf andere Schwerpunkte verlagert. **No-go-Areas** gebe es daher so gut wie keine mehr. Die Polizei reagiere flexibel auf sich ändernde Einsatzlagen, sodass überall dort, wo eine Konzentrierung drohe, auch bestmöglich eingegriffen werden könne. Bei der Polizei in Dresden wurde eine **Stärkung ihrer interkulturellen Kompetenz** gefordert. Die Polizei müsse sichtbarer zeigen, dass sie die Oberhand habe gegenüber allen Tätergruppen. Polizisten müssen dafür sensibilisiert werden, dass unterschiedliche Kulturen variierende Vorstellungen von Autorität mitbrächten. Gefordert wurden **bessere Präventionsangebote** insbesondere in den sozialen Brennpunkten und dabei eine **hohe Kooperation** mit möglichst vielen Praxispartnern.

Die Bürgerinnen und Bürger in Dresden wünschten sich für die Stadt Dresden eine **Verstetigung der Dialoge** anhand von Formaten wie z.B. der Bürgerwerkstatt. Sie forderten bessere Möglichkeiten, mit denen sie sich als Bürgerschaft in städtische Belange einbringen könnten. Ziel soll eine befähigte und mündige Bürgerschaft sein. Um diesen Wunsch umzusetzen, wurde eine **Abteilung für Bürgeranliegen** im Rathaus gefordert.

1.8. Stadt Chemnitz – 16. April 2019

Probleme ansprechen, die Zukunft planen und sich weiter vernetzen – dieses Ziel hatten die rund 90 anwesenden Chemnitzer Gäste im Beruflichen Schulzentrum für Technik I – Industrieschule Chemnitz. Neben den Bürgerinnen und Bürgern waren als Gesprächspartner eingeladen: Oberbürgermeisterin **Barbara Ludwig**, der Bürgermeister für Bildung, Soziales, Jugend, Kultur und Sport, **Ralph Burghart**, der Staatssekretär im sächsischen Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft **Dr. Frank Pfeil** und der Leiter des Polizeireviers Chemnitz-Nordost **Knut Kunze**.

Im Fokus der Diskussionen stand unter anderem der Themenkomplex eines stärkeren Engagements der **Bürgergesellschaft.** Ein Großteil der Bevölkerung, kritisierten die Anwesenden, setzte sich für das Gemeinwohl nicht ein. Andererseits herrsche viel Unwissenheit über die Möglichkeiten des **ehrenamtlichen Engagements** in der Stadt. Weitere diskutierte Themenkomplexe waren **Migration und Integration**, darunter die Einbindung in den Arbeitsmarkt, Bildung und effektiver Spracherwerb, sowie **Innere Sicherheit**. Hier wünschten sich die Diskutierenden mehr Streifenpolizisten zu Fuß. Weitere Themen waren das kritische **Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung**, die **Reputation der Stadt**, der Umgang mit **Rechtsextremismus** und die **Zugverbindung/-anbindung von** Chemnitz nach Leipzig sowie der **ÖPNV** in der Stadt allgemein.



Ein sehr prägnantes Thema der Bürgerwerkstatt war die Forderung nach einem **stärkeren Engagement der Bürgergesellschaft.** Problematisch sei, dass oftmals dieselben Personenkreise ehrenamtlichen Verpflichtungen übernehmen und daher stark belastet seien. Entsprechend brauche es mehr Unterstützungsangebote und Angebote, die das Interesse der Menschen für mehr gesellschaftliches Engagement in der Stadt erhöhten. Erfahrungen mit den eingerichteten **Mikroprojektfonds** seien bislang positiv. Die kleinteilige und vergleichsweise unkomplizierte Förderung der Zivilgesellschaft mit diesem „Mikroprojektefonds“ in Chemnitz solle erhalten bleiben. Auch wurden mehr Gesprächsformate wie z.B. das der Bürgerwerkstatt gewünscht, bei denen die Bürger in den Austausch miteinander kommen und auch unterschiedliche Meinungen kommunizieren könnten.

Beim **Ehrenamt** ging es um bessere Strukturen in der Stadt, die für den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft wichtig seien. Das Förderprogramm „Wir für Sachsen“ sei **zu bürokratisch** (Beispiel: Aufschlüsseln in Einzelposten) und führe zu Finanzierungslücken im Jahr. Es wurde z.B. eine Bildungsfreistellung für das Ehrenamt (5 Tage im Jahr) gefordert, um bessere Fortbildung im Ehrenamt zu ermöglichen. Kleine Vereine würden aufgrund der viel zu langen Bearbeitungszeiten und der Forderung von „seitenlangen“ Berichten Fördergelder kaum beantragen. Gefordert wurden dagegen **Gespräche vor Ort mit der Verwaltung und Beratern für die einzelnen Vereine** sowie eine stärkere Unterstützung allgemein. Um die Zivilgesellschaft zu stützen, müsse man die Vereinslandschaft stärken und übermäßige bürokratische, wie finanzielle Belastungen bestmöglich abwenden. Vereine seien die Netzwerke der Kommunen und daher unverzichtbar für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Menschen, die in Vereinen aktiv seien, stärken ihre Selbstwirksamkeitserfahrung und Eigenverantwortlichkeit. Beide Eigenschaften seien Kernanliegen einer gesunden Gesellschaftsstruktur. Damit Vereine ihr Interesse an einer ehrenamtlichen Tätigkeit kommunizieren können, seien ein **stadtweites Vereinsfest und ein Ehrenamtskongress** (in Kooperation mit der Volkshochschule) notwendig und sinnvoll. Zudem wurde eine **Seniorenbeteiligungssatzung** der Stadt gefordert, damit Senioren besser gemeinsam für ihre Interessen eintreten könnten.

Weiterhin ging es um die **finanzielle Subsidiarität**: Die kommunale Budgetverantwortung sollte weiter gestärkt werden. Die Kommunen sollten eigenverantwortlich die ihnen zustehenden Mittel verwalten, denn so könnten sie alleine und deutlich effizienter über die Investitionsnotwendigkeiten entscheiden. **Bürgerplattformen** seien in Chemnitz bereits implementiert und mit finanziellen Mitteln ausgestattet. Weitere Unterstützung erführen die Bürgerplattformen durch hauptamtliche Strukturen der Stadt. Dennoch sei eine deutlich **höhere Zuweisung an die Kommunen für das bürgerschaftliche Engagement** zur eigenverantwortlichen Mittelverwendung notwendig.

Bemerkenswert war in Chemnitz die **teilweise deutliche Kritik in der Kommunikation** seitens der Verwaltung mit den Bürgerinnen und Bürger. Vereine und Bürger, so die Aussage, fühlten sich oft nur als bloße Bittsteller und von der Verwaltung nicht ernstgenommen. Oftmals würde die Augenhöhe bei der Bewältigung von Herausforderungen fehlen. Daher sei es unbedingt notwendig, dass die **Chemnitzer Stadtverwaltung sich als Dienstleisterin** für die Stadtgesellschaft verstehe und bürgerfreundlicher kommuniziere. Weiterhin ging es um das Thema **Bürgerbeteiligungen**. Viele Einzelgruppen fühlten sich von der Politik unzureichend abgeholt. Ein **Vereinstag** solle eingerichtet werden, bei dem sich Vereine bzw. Ehrenamtliche vorstellen können.

Ein weiteres Thema war der **Umgang mit Rechtextremismus**. Die Plakataktion der rechtsextremen Kleinstpartei „Der III. Weg“ wurde als mahnendes Beispiel genannt. Es gebe Kräfte in Chemnitz, die den demokratischen Verfassungsstaat und unsere gemeinsame Werteordnung offen ablehnten. Die Plakate der Partei waren mit dem Schriftzug „Reserviert für Volksverräter“ an Laternenmasten im Vorfeld der Wahlkampfzeit der anstehenden Kommunalwahl im Stadtgebiet aufgehängt worden. Die Reaktion der Stadt und die anschließende Abhängung dieser volksverhetzenden Plakate hätten nach Meinung einzelner Teilnehmer zu lange gedauert. Engagierte Personenkreise seien durch die offenen Drohungen und die steten Veröffentlichungen **von eigentlich Unsagbarem** eingeschüchtert. Gefordert wurde daher eine **schnellere konzertierte Reaktion** von der Stadtverwaltung, der Polizei, der Justiz und der Zivilgesellschaft im Umgang mit solchen rechtsextremen Aktivitäten. Es sei wichtig, gegen Demokratiefeindlichkeit und Rassismus einzustehen, denn rechtsextreme Ereignisse hätten spürbar zugenommen. Es wurde ein **gemeinsames Narrativ aller Stadtteile** gefordert – „Chemnitz sind wir“ solle als Satz mit Leben gefüllt werden. Dafür solle eine Gesamtstrategie der Stadt und aller zivilgesellschaftlichen Organisationen entwickelt werden; in den Prozess der Erarbeitung seien die **dezentralen Bürgerplattformen** einzuziehen.

Beim Thema **Radverkehr** wurde aus Gründen der Verkehrssicherheit ein kohärenter Ausbau des Radwegenetzes gefordert. Es müssten überjährige Budgets für den längerfristigen Ausbau zur Verfügung stehen und dies durch **Änderung der Förderrichtlinien** ermöglicht werden. Beim **Bahnfernverkehr** fühlten sich die Chemnitzer benachteiligt. Die Stadt ist laut An-

wesenden unzureichend an diesen angeschlossen, besonders ländliche Regionen im Umland sind schwer zu erreichen. Ein Ausbau (Gleisausbau; barrierefreie Bahnhöfe) und eine bessere Taktung der Strecke Chemnitz – Leipzig wurde im Interesse der Pendler konzertiert gewünscht. Die **Autobahn von Leipzig nach Chemnitz** müsse zeitnah fertig gebaut werden, um volle Straßen bestmöglich zu verringern. Beim **ÖPNV** ging es um die Taktung der Bahnen; diese sollten an den Bedarf angepasst und verkürzt werden.

Durch die Bevölkerungsentwicklung sei eine **Aufwertung der Stadt** notwendig, um die Heimat zu erhalten. Die Generation der 40-50-Jährigen sei bedingt durch Abwanderung deutlich gesunken. Es fehle an Attraktivität in der Stadt. Gewünscht wurde eine genauso hohe Lebensqualität wie in anderen ostdeutschen Städten (Leipzig oder Dresden). Attraktivität könne nur durch ein besseres Angebot geschaffen werden, wie beispielsweise bei jüngeren Leuten durch einen **Ausbau der Kneipenszene**. Auch wurde vorgeschlagen, die **TU Chemnitz wieder mehr in der Innenstadt** anzusiedeln, obwohl der Campus gut sei. Außerdem wurde das Marketing für Events kritisiert. Als Beispiel wurde fehlende Werbung für die Basketballmeisterschaft genannt. Wichtig sei, dass die Stadt **verstärkt über soziale Medien werbe.** Bloße Ankündigungen im Amtsblatt seien antiquiert. Eine lebendige Stadt sollte nicht nur auf die Innenstadt reduziert werden, alle Viertel hätten z.Zt. nicht wahrgenommene Ecken, Theater und auch Kneipen. Wichtig sei, dass die **Außenwahrnehmung von Chemnitz besser werde**, um ein positives Bild der Stadt zu schärfen. Beim Thema Städtebau ging um den hohen Leerstand von Geschäften sowie neuen Bauprojekte. Die Stadt müsse sich mehr für den Erhalt der Kultur einsetzen. Auch auf den Markt als „hässliche Steinwüste“ wurde verwiesen. Gewünscht wurde eine **grünere Stadt, besonders auf dem Marktplatz (Aufgabe der Stadtplaner) und Stadtteilfeste.**

Für die **Landwirtschaft und den Umweltschutz** sei es wichtig, dass die Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen und den Artenschutz gemeinsam getragen werden. So müssten die Landwirte und Grundeigentümer z.B. mehr Förderung zur Anlage von Grün- und **Blühstreifen** oder für den **Gewässerschutz** aus den EU-Förderprogrammen erhalten.

Der Chemnitzer **Lehrkräftemangel** bedrohe die städtische Bildungslandschaft, so ein weiteres Monitum. Die Bürgerinnen und Bürger hätten keine Geduld (mehr), da sich die Situation nur langsam verbessere. Die Notwendigkeit einer deutlich erhöhten Lehrkräfteausbildung und -einstellung sei aber bei allen Verantwortungstragenden angekommen. Die eingeführte Verbeamtung führe zu einer Wettbewerbsangleichung zwischen den Bundesländern und auch zu spürbaren Vorteilen bei der Lehrerschaft, jedoch nunmehr auch zu einer verstärkten Konkurrenzverhalten in den Lehrerzimmern zwischen verbeamteten und nicht verbeamteten Lehrern. Neben der Frage der Lehrkräftegewinnung stünden noch weitere wichtige Fragen im Raum: Wie könnten Aufgaben außerhalb des Lehrauftrages den Schulen abgenommen werden, damit sie entlastet seien? Wie können Lehrkräfte noch stärker an ländliche Räume gebunden werden? Dabei wurde diskutiert, ob **Migranten oder EU-Ausländer** die Lücke beim Lehrpersonal füllen könnten. Es gebe hier notwendige Qualitätsanforderungen. Allerdings könnte die im Ausland erlebte Lehrererfahrung z.B. besser anerkannt werde.

Die **Fachärzteversorgung** in der Stadt und in der Region sei sehr schlecht, denn es fehle an Hausärzten. Es müssten Lösungen gefunden werden, wie man den ländlichen Raum stärker bewerben kann, um Nachwuchs zu gewinnen. Dabei wurde auf andere Kommunen verwiesen, die **Ärzten bei der Ansiedlung Wohnungen und Autos zu Verfügung** stellen. Seitens der Pflegeberufe wurde gefordert, dass diese attraktiver gemacht werden müssten. Es müssten **bessere Unterstützungsmöglichkeiten** für Leute geschaffen werden, die Angehörige zu Hause pflegen. Die Pflege müsse entökonomisiert und **Nachbarschaftshilfe gestärkt** werden. Der **Pflegebetrag müsse gedeckelt** werden. Auch könnte eine Veränderung der schulischen Ausbildung helfen.

Ferner ging es um die **Integration von Ausländern**. Berufliche Integration sei erforderlich, besonders für junge Männer. Die **Stadtteilzentren** müssen gestärkt werden. Trotz vieler Angebote und Strukturen zur Unterstützung von Integration würden diese meist nur schlecht genutzt. Vorgeschlagen wurde eine **Quote für ausländische Arbeitskräfte**, um z.B. deren Spracherwerb zu fördern und Berührungsängste abzubauen. Auch müssten Voraussetzun-

gen geschaffen und erhalten werden, damit Zugezogene (Kinder und Erwachsene) die deutsche Sprache (auch außerhalb der Schule) erlernten und ihnen diese gelehrt würde. So wurde z.B. **eine Kinderbetreuung für ausländische Mütter** während der Sprachkurse angeboten, um Zugangsbarrieren abzubauen. **Sprachverweigerern sollten die Leistungen gekürzt** werden. Für ausländische Personen sollten **Praktika in Handwerksbetrieben** ermöglicht werden, um deren Integrationschancen zu steigern und gleichzeitig dem Handwerk Nachwuchs zu vermitteln.

Mit dem Vertreter der Polizei ging es einmal mehr um die **Diskrepanz zwischen subjektiver und objektiver Sicherheit**. Obwohl in Chemnitz die Straftaten zurückgegangen oder auf gleichbleibend niedrigem Niveau sind, fühlen sich viele Menschen unsicher. Um diesem subjektiven Unsicherheitsgefühl entgegenzutreten, gebe es diverse Möglichkeiten: Mehr **Polizeistreifen zu Fuß** seien eine gute Möglichkeit, um Präsenz zu zeigen. Vorgeschlagen wurde eine **aktive Fahrradstaffel**. Fahrradstaffeln seien hochflexibel und könnten kontinuierlich die Innenstadt bestreifen und ein angenehmes, da nicht zu aufdringliches Sicherheitsgefühl vermitteln.

Heterogen diskutiert wurde die **Video-Überwachung von Innenstadtarealen**. Zwar sei es richtig, dass Videoüberwachung bei den Ermittlungen nach erfolgter Straftat helfen. Jedoch müsse man auch die Grundrechte (beispielsweise Demonstrations- und Meinungsfreiheit sowie Persönlichkeitsrechte) wahren. Durch eine ständig laufende Videoaufzeichnung werde dieses Freiheitsrechte beeinträchtigt. Der Polizeivertreter erläuterte, dass es Zugriffe auf die Dateien Dritter nur dann gibt, wenn es zu Straftaten gekommen sei.

Die **Personalentwicklung bei der Polizei** sei in der Vergangenheit ein großes Problem gewesen. Mittlerweile sei „Licht am Ende des Tunnels“ zu sehen. Die sächsische Polizei bekomme insgesamt 1.000 Stellen zusätzlich. Da es viele Reviere und zahlreiche unterschiedliche Kriminalitätsbekämpfungsbereiche gebe, dürfe man aber nicht davon ausgehen, dass es zu einer deutlichen Personalaufstockung aller Revieren komme.

Gewaltprävention habe in der Vereinsarbeit einen immer größeren Stellenwert und sei besonders von kleineren Vereinen kaum leistbar, weil sie sehr teuer ist. Die anwesenden Vertreter der Vereine forderten **mehr Unterstützung durch die Polizei**. Im Rahmen der Prävention sei Vernetzung in der Gesellschaft nötig, also beispielsweise zwischen Vereinen, zwischen Vereinen und Schulen oder zwischen Schulen und der Polizei. Die Polizei könne hier im Rahmen der zur Verfügung stehenden Kapazitäten unterstützend tätig sein. Mehr **Streetworker** sollten eingestellt werden, um den Kontakt auch mit (benachteiligten) Jugendlichen zu stärken und ihnen Hilfestellung z.B. bei Vermittlungen ins Handwerk zu eröffnen.

1.9. Landkreis Zwickau – 7. Mai 2019

An der Bürgerwerkstatt im August Horch Museum in Zwickau nahmen rund 90 Bürgerinnen und Bürger teil. Es waren vier Sachverständige eingeladen: Staatsminister **Oliver Schenk,** der Landrat des Landkreises Zwickau, **Dr. Christoph Scheurer,** die Beigeordnete **Angelika Hölzel** sowie Zwickaus Polizeipräsident **Conny Stiehl.** Ein wichtiges Thema des Diskussionsabends war die Verbesserung von Angeboten des **Öffentlichen Personennahverkehrs**. Gewünscht wurden unter anderem ein verbundübergreifendes Ticketangebot und eine Verbesserung von Takt und Frequenz bestehender Linien. Andere Themenschwerpunkte waren die Stärkung des **Ehrenamts** und der **Bürgerbeteiligung,** der **Transformationsprozess in der Automobilbranche** sowie **Sicherheitsfragen**.

Der **ÖPNV** wurde als zu unattraktiv beschrieben. Er biete daher keine Alternative zur Nutzung des eigenen Pkw, auch wegen der oft komplizierten Bahn- und Busverbindungen aus den ländlichen Gebieten in die Städte. Zur Entlastung der Innenstädte (Feinstaub) wurde vorgeschlagen, dass Autos am Stadtrand geparkt werden könnten. Das **Parkticket solle dann zugleich als Busticket** gelten. Gewünscht wurden **günstigere Ticketpreise** beispielsweise durch ein verbundübergreifendes Sachsenticket sowie eine schnellere Taktung der Busse und Bahnen und allgemein ein Ausbau des Nahverkehrs. Ein verbundübergreifendes Ticket solle den symbolischen Preis von fünf Euro mehr kosten. Für Zeiten außerhalb der Regelfahrpläne wurden **Ruftaxis oder Bürgerbusse** als mögliche Option für ländliche Gebiete genannt. Auch Jugendliche brauchten diese, um soziale und kulturelle Angebote in den Städten nutzen zu können. Weiterhin sollten bestehenden Angebote pragmatischer genutzt und ausgeweitet werde. So wurde auf **Schulbusse** verwiesen, **die auch Senioren mitnehmen** könnten.

Auch mit der Infrastruktur beim **Radverkehr** beschäftigten sich die Anwesenden. Die Bürgerinnen und Bürger wünschten sich, dass beim Bau neuer Straßen grundsätzlich Radwege mitgeplant werden. So könnten attraktiv auch größere Entfernungen von Berufspendlern oder Touristen mit dem Fahrrad zurückgelegt werden. Gefordert wurden ein **Ausbau der Autobahnen** sowie von **allen Querverbindungen**, um die teils weiten Wege im Landkreis schneller zurücklegen zu können. Weiterhin sei wichtig, **Straßenbaumaßnahmen rechtzeitig anzukündigen**. Ein Vorlauf von z.B. 14 Tagen sei gegenwärtig zu gering.

Im großen Konsens wurde darauf verwiesen, dass das **Ehrenamt als Stütze der Gesellschaft** und Verbindung zwischen den Generationen wesentlich sei. Ehrenamtliche Arbeit müsse weiter gestärkt werden und mehr Würdigung erfahren. Das Antrags- und Dokumentationssystem sei zu komplex und umfangreich geworden (Entbürokratisierung notwendig). Gefordert wurde eine **Unterstützung des Ehrenamts durch das Hauptamt**, so dass Ansprechpersonen auf die Belange der Ehrenamtlichen eingehen könnten. Auch in Zwickau wurde von Teilen der Diskutanten ein **Bildungsurlaub** für Sachsen gefordert, denn Weiterbildungen und Lehrgänge (z.B. für Jugendhilfeleiter) seien im Rahmen des Ehrenamtes unerlässlich. Der Bildungsurlaub würde für bürgerschaftliches Engagement eine zusätzliche Wertschätzung bedeuten. Auch in Zwickau solle die Ehrenamtskarte eingeführt werden.

Auch das **Land könne ggf. die Möglichkeiten der Nutzung der Ehrenamtskarte** erweitern oder für sie **verstärkt werben**. Außerdem könne die gewünschte Würdigung bei der Freiwilligen Feuerwehr beispielsweise durch eine **Feuerwehrrente** sowie durch eine **Ehrenamtskarte** erlangt werden. Haftungsrisiken nicht vereinsrechtlich organisierter Ehrenämtler sollten beispielsweise durch **Steuervorteile** (z.B. Aussetzen der Umsatzsteuer) abgegolten werden. Weiterhin wurden eine Art Punktesystem für das Ehrenamt thematisiert. Diese sollte man auf die Rentenansprüche anrechnen können; pro 10 Jahre Ehrenamt sollte es einen **zusätzlichen Rentenpunkt** geben.

Andere sahen Bildungsurlaub, die Ehrenamtskarte oder Rentenpunkte nicht als ausschlaggebend für ehrenamtliches Engagement; sie forderten vielmehr eine wertschätzende Zusammenarbeit mit den Ämtern und Behörden. Um die vielfältige Fördermittellandschaft besser erfassen zu können, wurde eine **Vereinfachung der Struktur** und eine **bessere Übersicht der angebotenen Fördermittelprogramme** gefordert. Eine **Datenbank** könnte hierfür ein gutes Mittel sein. Kulturelle Angebote seien verstärkt im Laufe der Zeit zur ehrenamtlichen Aufgabe geworden. Die Arbeit sollte deshalb besser anerkannt, unterstützt sowie gefördert werden. Die Erhöhung der **Ehrenamts- und die Kommunalpauschale**, über die die Kommunen selbst entscheiden können, habe sich bewährt.

Beim Thema **Jugendhilfe** wurde die konsequente Umsetzung des Jugendhilfeplans angemahnt. Das Personal für bestehenden Projekte müsste trotz erhöhten Finanzbedarfs (siehe Förderrichtlinie) erhalten bleiben und schrittweise an den beschlossenen Jugendhilfeplan angepasst werden. Hierbei wurde ein Abbau der „Zweiklassengesellschaft“ der oft tariflich entlohnten Schulsozialarbeit im Vergleich zu anderen Feldern der Sozialarbeit gefordert. Gefordert wurden auch **Investitionshilfen für Jugendeinrichtungen**, die mittlerweile 25 Jahre und älter seien. Auch für den **Bundesligabehindertensport** (Bsp.: BSC-Rollers) sollte mehr Unterstützung erfolgen. Die Zusammenarbeit zwischen Jugendamt und Schulen sollte verbessert ausgebaut werden.

Im Bereich der **Schule und Bildung** wurde Soziale Bildung als Schulfach oder als wesentliches Element schulischer Vermittlung gewünscht. Auch Spanisch solle wegen seiner weltweiten Nutzbarkeit als Unterrichtsfach angeboten werden. **Wertevermittlung** sei auch Aufgabe der Schule. Insbesondere der Wert der kulturellen Bildung solle besser anerkannt werden. So seien z.B. Schulchöre wichtige Teile der kulturellen Bildung. **Schulsozialarbeiter** sollten die Aufgabe haben, die gesellschaftlichen Grundregeln des Zusammenlebens und die allgemein anerkannten Werte bei den Schülern weiter zu festigen. Gegenwärtig liege das Augenmerk in der Lehrerausbildung auf fachlichen Aspekten. Allerdings sei die Vermittlung und Förderung der Pädagogik als „Herzens- und Persönlichkeitsbildung“ auch wichtig. **Musikschulen** sollten zur Absicherung ihrer Arbeit im schulischen Kontext (z.B. bei Ganztagsangeboten) durch Fördermittel unterstützt werden.

Um markante Bauwerke (z.B. Kloster) und Traditionen auch im **ländlichen Raum** zu wahren, wurde bei **denkmalgeschützten Objekten** und bei archivwürdigen historischen Gegenständen (z.B. Uniformen, Dokumenten, Artefakten) mehr Unterstützung und ggf. auch Eingreifen durch den Landkreis oder die betroffenen Gemeinden gewünscht. Damit der Landkreis auch in den kommenden Jahren attraktiv bleibe, sei ein schnellerer **Breitbandausbau** der Art nötig, dass sich auch **Start-Ups** und **Unternehmen** in der Region ansiedeln könnten. Die Telekom als Netzanbieter solle in die Pflicht genommen werden, diesen Ausbau deutlich voranzutreiben.

Weiterhin ging es um die Erhöhung der Aufwandsentschädigung für **Ortsvorsteher und Ortschaftsräte**. Nach der jüngsten Gesetzesänderung habe man in einer Kommune des Landkreises den Ortschaftsrat deswegen abgeschafft, um Kosten einzusparen. Um Ortschaftsräte und Ortsvorsteher zu erhalten, wurde eine finanzielle Unterstützung für Kommunen von Landesseite vorgeschlagen.

Alle Anwesenden waren sich einig, dass die Gesellschaft zukünftig umdenken müsse. Besonders der **ländliche Raum müsse stärker gefördert** werden, ansonsten verliert dieser an Anziehungskraft und die Städte gerieten noch weiter unter Druck, z.B. hinsichtlich steigender Mieten auf Grund des Zuzugs.

Beim Thema **Elektromobilität** wurde besonders seitens der Mitarbeiter von Volkswagen eine Vorreiterrolle Zwickaus (Image des Landkreises als Vorreiter des Wandels) gewünscht. Für den einschneidenden Transformationsprozess vom Verbrennungsmotor zum E-Auto brauche es eine vernetzte Strategie und Marketing auch im Landkreis. Für die Mitarbeiter von VW wurden **Umschulungen** gefordert. Für den Transformationsprozess wurde **finanzielle Unterstützung seitens des Bundes gefordert**, um notwendige Investitionen leisten zu können. Dabei wurde auf ähnliche Hilfen beim **Strukturwandel der Braunkohle in der Lausitz** verwiesen. Es sei auch Aufgabe der Kommune, darauf hinzuwirken, dass alle **Arbeitgeber Ladeplätze für Elektroautos** anbieten. Denn wer keine Garagen mit Elektroanschluss besitze, können sonst nicht laden.

Wichtig sei auch das Thema **Energiewende**. Von mehreren Teilnehmen wurde kritisch hinterfragt, welche Konzepte und Technologien es nach der dem Ausstieg aus der Braunkohle gebe. Ein Teilnehmer verwies hierzu auf das Förderprojekt ZED (Zwickauer Energiewende demonstrieren) im Stadtteil Marienthal. Dieses sollte als **Vorbild** für den ganzen Landkreis genommen werden. Zudem wurde auf die Ansiedlung des DLR-Instituts für CO2-arme Industrieprozesse an den Standorten Cottbus und Zittau/Görlitz verwiesen.

Der hohe **Fachkräftebedarf** mache sich besonders im Bereich der Altenpflegepflege und -betreuung durch die Alterung der Gesellschaft bemerkbar. Die Attraktivität sozialer Berufe müsse erheblich gesteigert werden, sei es durch **angemessene Bezahlung** oder durch eine **Veränderung bei der Ausbildung.** Diese sollten laut der Anwesenden ähnlich der dualen Ausbildung aufgebaut sein und durch entsprechende Einrichtungen begleitet werden, so dass eine Bindung entstehen kann und ausgebildete Menschen nicht abwandern. Soziale Berufe sollten bereits **in Schulklassen vorgestellt** werden, um auf die Möglichkeiten jenseits des Studiums zu verweisen.

Die Teilnehmenden äußerten Bedenken vor den **Wahlen** und die damit zusammenhängende Zukunft der Kinder aufgrund des Erstarkens von Populismus, Extremismus und Ausländerfeindlichkeit. Um diesen Trend entgegenzuwirken, sei die Gesellschaft als Ganzes gefordert. Vorgeschlagen wurden **Workshops vor den Wahlen,** bei denen die Ehrenamtlichen mit anderen Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kämen, um den Stellenwert von Wahlen und vernünftigen Wahlentscheidungen zu verdeutlichen.

Bei der inneren Sicherheit lag ein Schwerpunkt auf der **Drogenkriminalität**. Besonders Crystal Meth stelle ein massives Problem für die Jugend dar. Von der Polizei wurde **Verfolgungsdruck sowie hartes Durchgreifen und Strafen** gewünscht. Weiterhin bedürfe es einer sinnvolleren Prävention und besserer Koordination zwischen verschiedenen Akteuren. Der Jugendhilfe komme hier eine wichtige Bedeutung zu. Es brauche dazu **ausreichend Personal und Streetworker.** Das **Drogenkabinett der Zwickauer Polizei** solle wiedereingeführt werden für eine bessere Aufklärung über Auswirkungen des Drogenkonsums. Besonders an Orten, an denen Drogengeschäfte stattfinden, sollte die Polizei präsenter sein. Auch der Umgang mit **Alkohol** wurde thematisiert. Zu viel alkoholtrinkende Menschen in der Öffentlichkeit erschweren die Werteerziehung und Vorbildfunktion. Wichtig sei, dass die Eltern ihrer Vorbildfunktion für die Kinder nachkommen. Der **Crimmitschauer Alkohol-Parcour** wurde als best-practice-Modell gelobt.

Die Anwesenden wünschten sich einen **Ausbau der Polizeidienststellen**, um Vertrauen durch Beziehungen vor Ort zu stärken. Außerdem solle die **Polizeipräsenz** ausgebaut werden. Polizei und Staat müssten vor Ort erfahrbar und in der Fläche präsent sein. Um Fake-News einzudämmen und mehr Transparenz und Aufklärung zu leisten, wurde eine verstärkte Kommunikation seitens der Polizei über das Internet und die **Social-Media-Kanäle** gewünscht. Damit junge Leute eine Ausbildung bei der Polizei begönnen, müsse die Arbeit der Polizei wieder attraktiver werden. Bürger und Polizisten sollten im Umgang miteinander den

erforderlichen gegenseitigen Respekt walten lassen. Erreicht werden könne dies durch regelmäßiger stattfindende Gespräche untereinander. **Gesprächsmöglichkeiten** müssten unbürokratisch geschaffen werden, damit möglichst wenige Hürden zu überspringen seien.

Thematisiert wurden auch die hohen **Kosten bei Sportveranstaltungen** und **politischen Demonstrationen** (1. Mai).

Weiterhin ging es um die **Nachhaltigkeit der Bürgerwerkstatt**. Die Anwesenden erhofften sich eine **Nachfolgeveranstaltung** und **weiteres Interesse der Politik auch nach den Wahlen.** Die Politik müsse die Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und dies auch deutlich zeigen.

1.10. Landkreis Leipzig – 8. Mai 2019

Die zehnte Veranstaltung der Veranstaltungsreihe „Miteinander Reden! – Bürgerwerkstatt“ fand in Borna statt. Gekommen waren rund 80 Bürgerinnen und Bürger. Unter den Anwesenden waren auch zehn Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Borna „Am Breiten Teich“. Sie brachten sich engagiert in die Diskussion darüber ein, was ein gutes Leben im Landkreis für sie ausmacht. Dabei kamen sie mit vier Sachverständigen ins Gespräch: der sächsischen Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, **Petra Köpping**, dem Landrat des Landkreises Leipzig, **Henry Graichen**, dem 1. Beigeordneten, **Gerald Lehne**, der 2. Beigeordneten, **Ines Lüpfert**, sowie dem Polizeipräsidenten **Torsten Schultze**.

Hauptanliegen der Bürgerwerkstatt im Landkreis Leipzig war die nachhaltige Stärkung des **Ehrenamts.** Ferner waren die Themenbereiche **(Nah)verkehr**, **Gemeinwohl** und **Prävention** den Teilnehmern besonders wichtig. Gerade in ländlichen Ortschaften, wurde darüber hinaus argumentiert, sei die Ansiedlung von Kleinstunternehmungen für die Ortsentwicklung notwendig und müsse besonders gefördert werden. Betont wurde auch der notwendige dezentrale Ausbau öffentlicher Personennahverkehrsangebote.

Beim Thema **Ehrenamt** wurde auf den hohen Altersdurchschnitt der Engagierten verwiesen und die großen Probleme bei der Nachwuchsgewinnung. Bei gleichbleibendem Trend müssten wahrscheinlich viele Vereine in den nächsten Jahren aufgeben. Entsprechend dürften Vereine nicht mit zusätzlichem **Bürokratieaufwand** belastet werden. Insbesondere dann, wenn Kommunen ihre freiwilligen Leistungen (z.B. Betrieb von Schwimmbädern) in die Verantwortung von ehrenamtlichen Trägervereinen übergeben, sollte die Kommunalverwaltung die Arbeit nicht durch bürokratische Hürden erschweren. Darüber hinaus wurden finanzielle Unterstützung sowie Unterstützung durch Hauptamtliche gefordert. Die **Aufwandsentschädigung** für Ehrenamtliche solle erhöht werden, um insbesondere Jugendliche für den Einsatz zu begeistern. Dabei wurde auch auf steuerliche Anreize und Absetzmöglichkeiten für Ehrenamtliche verwiesen. Außerdem wurden **Freistellungsmodelle** für ehrenamtlich Tätige gewünscht, damit sie für die Begleitung der Jugendlichen (z.B. von Freizeitfahrten) nicht ihren Urlaub aufwenden müssten. Man solle auch prüfen, ob es möglich sei, im Landkreis zentral sogenannte **Fördermittellotsen** zu implementieren, die Vereine und Ehrenamtliche bei der Fördermittelbeantragung beraten. Kritisiert wurden außerdem zu **kurze Laufzeiten bei der Förderung von Ehrenamtsprojekten**. Vereinsmitglieder wünschten sich eine verlässliche Förderdauer über einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren.

Zudem sprachen sich die Anwesenden für **mehr Kooperation** zwischen den Vereinen und Austausch in den jeweiligen Fachbereichen aus. Eine bessere Verknüpfung und Koordination untereinander könne über ein **virtuelles Netzwerk** erfolgen. Dabei wurde als **best-practice-Beispiel** auf die **Freiwilligenzentrale der Diakonie** verwiesen, in der Freiwillige und andere Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren wollen, mit einem entsprechenden Bedarfsträger in Kontakt kommen. Für den Leipziger Süden gebe es eine **Online-Ehrenamtscommunity**, die zukünftig noch mehr genutzt werden müsste. Positiv seien auch

die **Mikrofondsprojekte des Landkreises**, bei denen man bis zu 5.000 EUR unkompliziert beantragen könne.

Das **Format der Bürgerwerkstätten** könne zu einer neuen Ehrenamtskultur beitragen, wenn es **auf Landkreisebene themenbezogen angeboten** werde und so die Kommunikation mit dem Ehrenamt langfristig aufrechterhalte und verbessere. Ebenso sei es denkbar, dass kleinere ehrenamtliche **Vereine mit anderen Vereinen fusionierten** oder kooperierten, um so eine hauptamtliche Struktur etablieren zu können. Auch wurde auf die Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen verwiesen. Das **Jugendparlament** in Borna sei zwar ein geeignetes Instrument, um erste Verbindungen zwischen Jugendlichen und der Kommunalverwaltung/-politik herzustellen, allerdings habe man nicht den Eindruck, wirkliche Mitspracherechte zu haben.

Verbesserungsbedürftig seien der **ÖPNV** und dessen unregelmäßige Taktung, besonders am Wochenende. Im Dorf lebenden Familien sei es ohne eigenes Auto kaum noch möglich, die Wege zum Arbeitgeber zurückzulegen. Eine Lösung könnten **Bestell- und Bedarfsbusse** sein sowie **Fahrgemeinschaften** aus den kleinen Dörfern in die nächstgrößeren Städte. Diese könnten durch neue Technologien, wie Apps, organisiert werden. Außerdem wurde **kleinere Busse** vorgeschlagen, denn viele Busse seien außerhalb der Stoßzeiten kaum besetzt. Ein gutes **best-practice-Projekt** sei **„Muldental in Fahrt**". Die Senioren forderten **behinderten- und seniorengerechte Busstationen** auch für ländliche Regionen und die anwesenden Schüler wünschten sich **Freiwilligentickets für Freiwilligendienstleistend (FSJler)** und nicht nur für Azubis und Schülerinnen und Schüler.

Sorge bereiteten vielen Anwesenden die **Infrastruktur und Lebensqualität in ländlichen Regionen.** In vielen ländlichen Ortschaften seien Einrichtungen für den täglichen Bedarf nicht mehr vorhanden. Es gebe oft keine Betreiber, die „die Kneipe im Dorf" übernähmen. Es brauche daher den **ermäßigten Umsatzsteuersatz (7%)** nicht nur für Beherbergungs-, sondern auch für gastronomische Betriebe. Sachverständige wiesen in der Sache auf das **Konzept der „multiplen Häuser"** hin. Solche Häuser würden durch mehrere Anbieter genutzt, beispielsweise tageweise durch **Ärzte, Fleischereien, Kneipen und Bäckereien**. Außerdem sollte das „Halten von Jugendlichen in der Region" ein **Kernanliegen der Politik** vor Ort sein. Entsprechende Maßnahmen, z.B. mehrjährige Unterstützung von Kinos auf dem Land, seien prioritär zu unterstützen. Ein von Jugendlichen verwalteter und **gut erreichbarer Jugendclub** sei für Jugendliche sinnvoll und würde das Angebot im Landkreis verbessern. Darüber hinaus sollten **Kleinkunstschaffende**, die dezentral auch in kleineren Orten geeignete Angebote anbieten, einfacher **finanziell unterstützt** werden. So könne man kulturelle Angebote und andere attraktive Freizeitangebote schaffen, die Abwanderung verhindern und die Zentrierung auf Leipzig vermindern oder verhindern. Wichtig sei auch schnelles Internet (Breitbandausbau).

In anderen Diskussionsforen äußerten Teilnehmende oft die Wahrnehmung, dass bei der Bevölkerung in der Region nur geklagt werde („wir jammern und jammern"). Es entstehe nach außen ein nicht belegbares negatives Bild, wodurch die Gefahr entstehe, dass potenzielle Zuzügler wohl eher abgeschreckt als eingeladen würden, sich anzusiedeln. **Die Region solle sich daher besser nach außen darstellen.** Die Frage nach einem **weltoffenen Sachsen** wurde mehrmals in den Raum gestellt. Problematisch sei, dass die Fachkräfte aus dem Ausland bei einem schlechten Image wohl nicht nach Sachsen kommen wollten. Es seien mehr Initiativen notwendig, um die Kulturen zusammenzuführen: Allerdings könne ein Programm allein nichts erreichen. Es bedürfe mehr **Mithilfe der Aktiven**. Außerdem bedürfe es einer **besseren Vernetzung** der für die Ausländer **zuständigen Behörden und Ämter**.

Beim Thema **Fachkräftemangel** ging es unter anderem um den Lehrerberuf. Gewünscht wurde eine bessere **Aus- und Fortbildung aller Lehrer und Erzieher im Fach Ethik**, um die Wertevermittlung und Diskussionskultur zu stärken. Außerdem fehle Nachwuchs in der Altenpflege, auf Entbindungsstationen und in anderen sozialen Berufsfeldern. Dadurch entstehe eine Spiralwirkung: Immer weniger junge Menschen wollen einen derart arbeitsintensiven Beruf ausüben. Gefordert wurden eine bessere **Qualität der Ausbildung sowie eine bessere Bezahlung**. Auch verwiesen die Anwesenden auf die hohen Standards bei Bewer-

bungen; bei großen Firmen blieben Stellen oft unbesetzt oder es würden Abiturienten aus anderen Bundesländern mit besseren Abschlussnoten bevorzugt genommen. Um die Schüler besser auf das Berufsleben vorzubereiten, wurden die Einführung eines **berufsvorbereitenden Jahres** und **praxisorientierte Berufsberatung** an den Schulen sowie eine **bessere Finanzierung des freiwilligen sozialen Jahres** vorgeschlagen.

Beim Thema **Inklusion und Unterstützung von Menschen mit Behinderung wurde betont, dass** im Landkreis die Betreuungseinrichtungen für Menschen mit Behinderung verbessert werden müssten. Oft seien die Unterbringung, Betreuung oder die Realisierung von notwendigen Bauvorhaben durch unterschiedliche Verantwortlichkeiten unnötig kompliziert und erschwert worden. Ebenso sei die Kommunikation der Bundesländer untereinander bei der Vereinheitlichung von Standards (Festlegung von Kostensätzen und Regularien) verbesserungsbedürftig. **Hier sei es notwendig, die Abstimmung mitteldeutscher Länder in ihren KSV'en zu stärken.**

Mit dem Vertreter der Polizei ging es um die **Präsenz der Polizei** und den **aktuellen Stellenausbau**. Der „Rückzug vom Land" der vergangenen Jahre mit den damit einhergehenden längeren Wegen zum Einsatzort wurde als negativ empfunden. Die Stadtverwaltungen reagierten z.B. nicht auf Antisemitismus und Ausländerhass. Gefordert wurden eine **Stärkung der** Ordnungsdienste der **Stadtverwaltungen** sowie ein Ausbau der Polizeipräsenz, besonders in kleineren Ortschaften. Die bestehende **Diskrepanz zwischen gefühlter Sicherheit und faktischen Problemlagen** liege insbesondere an den durch die **sozialen Medien verbreiteten Falschmeldungen und Gerüchten** zu angeblichen kriminellen Vorfällen. **Die Bevölkerung solle sich stärker auf offizielle, geprüfte Angaben der Polizei verlassen.** Es sei nötig, wieder ehrlicher, unaufgeregter und faktenbasiert miteinander zu diskutieren.

Weiterhin wurde verstärkt **Präventionsarbeit beim Umgang mit Drogen** und im Hinblick auf die fehlende Wertevermittlung gewünscht**.** Dabei könnten **Schulsozialarbeiter** mit entsprechender Ausbildung auch **in den Grundschulen** eine Schlüsselrolle spielen. Entsprechende Angebote müssten sich etablieren, denn Demokratie müsse erst erlernt werden. Schulen sollten besser ausstattet sein, eine bessere Debattenkultur etablieren, mehr Wertevermittlung und mehr Respekt vermitteln. Gerade die **Wertekultur** habe gesamtgesellschaftlich sehr gelitten.

Viele Teilnehmer erklärten, Formate wie die der **Bürgerwerkstätten** hätten eher und häufiger stattfinden müssen. In den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung seien die Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung mannigfaltig gewesen. Das habe sich im Laufe der Jahre geändert. Der **unmittelbare Zugang zu den Ministerien** müsse für Verbände wieder unkompliziert möglich werden. Die Verwaltung solle sich aber auf allen Ebenen wieder stärker für ihre Bürger öffnen. Man könnte dazu z.B. den **Ausbau und die Etablierung von (fachlichen) Beiräten** forcieren. Ebenso müssten **Bürgerkontaktstellen als Ansprechstellen** etabliert und durch **kompetente Personen** besetzt werden. Besonders intensiv wurde im Zusammenhang mit **Bürgerbeteiligung** der Zugang zu solchen Formaten thematisiert. Bürger, die sich bereits „abgehängt" fühlten, glaubten oft nicht an die Wirksamkeit solcher Prozesse. Wichtig aber sei, dass sich die Bevölkerung an der Gestaltung des Landkreises beteiligen könne. Menschen müssten dazu aus der „Opferrolle" geholt und in Beteiligungsprozessen eingebunden werden. Dazu sollten **Best-Practice-Beispiele für Beteiligung** öffentlich sichtbar gemacht und besser kommuniziert werden. Auch auf Landkreisebene sollte es Diskussionsrunden über die Entwicklungsschwerpunkte geben.

1.11. Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge – 16. Mai 2019

Bei der elften Bürgerwerkstatt in Pirna kamen rund 75 Bürgerinnen und Bürger der Einladung nach, über Zukunftsperspektiven für den Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge bis zum Jahr 2030 zu diskutieren. Als Sachverständige und Gesprächspartner waren in das Berufliche Schulzentrum für Technik und Wirtschaft Pirna eingeladen: Der Landrat **Michael Geisler**, die Beigeordnete für Gesundheit, Soziales und Ordnung, **Kati Hille**, der Amtschef im Sächsischen Staatsministerium des Innern **Thomas Rechentin** sowie der Leiter der Polizeidirektion Dresden, **Jörg Kubiessa,** und der Leiter des Pirnaer Polizeireviers, **Candy Sommer**.

Diskussionsschwerpunkte in der Bürgerwerkstatt waren der **Öffentliche Personennahverkehr**, die **Infrastrukturentwicklung**, der **Radwegebau**, die **Stärkung des Ehrenamts** und der **Bürokratieabbau**.

Eines der wichtigsten Themen bei der Bürgerwerkstatt war der **ÖPNV**. Hier wünschten sich viele allgemein niedrigere Preise, eine höhere Flexibilität, eine kürzere Taktung der Fahrzeiten sowie eine bessere **Anbindung an den ländlichen Raum**. Besonders junge Familien seien mit dem Auto deutlich günstiger unterwegs als mit dem ÖPNV. Als weitestgehender Vorschlag wurde ein kostenloser ÖPNV für alle Bürger in die Diskussion eingebracht. Das sei auch gut für den Klimaschutz. Von anderer Seite wurde darauf verwiesen, dass dann dafür das Geld an anderen Stellen weggenommen werden müsse und man keinen Einfluss mehr auf die Qualität habe. Der ÖPNV sei bereits stark subventioniert.

Beim **Neubau der Bahntrasse Dresden – Prag** wurde der Bau eines Tunnels unter Berücksichtigung auch der Variante der **Bürgerinitiative** gefordert; eine oberirdische Trassenführung wurde allgemein abgelehnt. Die Region solle nicht durch Lärm und Dreck belastet werden. Während sich die Schüler mehr Beachtung ihrer Belange bei der Planung des ÖPNV wünschten, verwies die ältere Generation auf häufig nicht barrierefreie Bushaltestellen, bei denen Nachrüstungen gefordert wurden. Auch wenn der ÖPNV an den bestehenden Hauptachsen im Landkreis gut ausgebaut (S-Bahn-Netz, Busnetz Altkreis) und gut an die Landeshauptstadt Dresden angebunden sei, fehle es noch an einem Zusammenwachsen des

ÖPNV innerhalb des Landkreises. Es wurde ein **Ausbau** des ÖPNV gefordert, bei dem auch nach 17.00 Uhr die Busse die ländlichen Regionen regelmäßiger anfahren sollten. Das sei insbesondere für Jugendliche wichtig.

Beim Thema **Infrastruktur** ging es besonders um das Fahrrad als umweltfreundliche Alternative zum Auto. Die Radinfrastruktur müsse unbedingt ausgebaut werden. Viele Wege würden nicht mit dem Rad passiert werden können, weil das Fahren auf den Straßen zu unsicher sei. Es brauche hier mehr nur die Kennzeichnung von Strecken als **Radwege**.

Die **ländlichen Regionen** müssten gestärkt werden, um der Sogwirkung der großen Städte etwas entgegensetzen zu können. Der ländliche Raum müsse besonders für junge Leute attraktiver werden. Es bedürfe eines Ausgleichs zwischen reicheren und ärmeren Landkreisen sowie mehr Ansiedlung von Industrie. Eine Verbesserung der Außenkommunikation sei notwendig. Die Medien hätten die Region viel zu lange in ein schlechtes Licht dargestellt. Deshalb bedürfe es eines entsprechenden **Marketingkonzepts**. Es sei nötig, das Wachstum „im Speckgürtel der Großstadt Dresden" geordnet zu steuern. Grundsätzlich profitiere jedoch der Landkreis von der Nähe zur Landeshauptstadt: Das gelte für die Bevölkerungsentwicklung sowie die Ansiedlung von Unternehmen, darunter von kleineren mittelständischen Betrieben. Zur **Förderung des Tourismus** könne ein **Landkreisticket** entwickelt werden, mit dem touristische Sehenswürdigkeiten ähnlich dem Vorbild der Stadt Wien mit einer Gültigkeitsdauer von einem Jahr besucht werden könnten. Oder es könnten in Anlehnung an ein **„Hop-on, hop-off-System"** Sehenswürdigkeiten wie Bastei, Museen oder die Uhrenindustrie in Glashütte angefahren werden.

Ein weiteres wichtiges Thema war der geplante **Gewerbe- und Industriepark Oberelbe** als ein Großprojekt, bei dem mehr als 3.000 Arbeitsplätze entstehen sollen. Auf der einen Seite forderten Bürger mehr Industrieansiedlungen, die für den weiteren wirtschaftlichen Aufschwung notwendig sei. Andererseits fühlten Bürger sich aber „bei der Planung des Industrieparks vergessen" und bedauerten den Verlust landwirtschaftlicher Nutzflächen. Sie verwiesen zudem auf ungenutzte vorhandene Gewerbeflächen entlang der Bahntrasse Pirna – Heidenau. Handwerksbetriebe befürchteten bei der Umsetzung des Projekts den Verlust von Arbeitskräften, die von der Industrie abgeworben werden könnten. Dies könnte lokale Handwerksbetriebe systematisch schwächen.

Die **Vereinsarbeit** im Landkreis müsse erhalten werden. Insbesondere die Kinder- und Jugendarbeit benötige weiterhin Unterstützung, um attraktive Angebote bieten zu können. Hierfür müsse zwischen den Ehrenamtlichen und den Kommunen besser kommuniziert werden. **Runde Tische** könnten bei der Koordination helfen, um Bedarfe und Ziele zu definieren.

Daneben müssten sich die Vereine auch um eine bessere regionale **Vernetzung** untereinander bemühen. Dabei wurde vorgeschlagen, mit regionaler Unterstützung eine Art „Ehrenamtsmesse" zu organisieren sowie eine Homepage mit allen registrierten Vereinen einzurichten. Weiterhin wünschten sich die Vereine eine **Entbürokratisierung.** Der Aufwand müsse deutlich sinken. Um die Arbeit der Ehrenamtlichen zu vereinfachen, sollen Abrechnungen von Aufwandspauschalen für Ehrenamtliche vereinheitlicht werden. Außerdem wurde vorgeschlagen, eine „Vereinslandkarte"/einen **„Kompetenzatlas"** zu erstellen, in dem – beispielsweise auf einer Landkarte – die einzelnen Vereine im Landkreis und der Region mit ihren Kompetenzen, Bereichen und Angeboten (z.B. für Schulen) zusammengeführt werden. Dies ermögliche den Vereinen die Vernetzung untereinander und würde zudem bestehende Angebote überblicksartig bündeln.

Um den Aufwand der Ehrenamtlichen zu entlohnen und das Ehrenamt attraktiver zu machen, wurden entsprechende Anreize gefordert. Gegenwertig trage die ältere Generation die ehrenamtlichen Strukturen des Landkreises. Es sei wichtig, Jugendliche stärker als Nachwuchs zu gewinnen. Hierbei wurde über Bonussysteme und Ehrenamtskarten, aber auch über **steuerliche Vorteile** für ehrenamtliches Engagement gesprochen. Auch **Unternehmen** sollten sich an der **Ehrenamtskarte** beteiligen. Sie müssten dazu angesprochen und aktiviert werden. Ehrenamtliche hätten das Gefühl, oftmals bloße Bittsteller im Zusammenspiel mit

Verwaltungseinheiten zu sein. Man werde bei Fragen belächelt und nicht professionell beraten. Hier wurde professionellere Unterstützung eingefordert.

Um das Abgleiten von Jugendlichen in das **rechtsextreme Spektrum** zu verhindern, sei mehr Unterstützung der Vereine in der Region durch die Kommune und die Landesregierung nötig. Konkret sollten mehr Freizeitangebote, die Jugendliche anziehen, geschaffen werden. Die Strukturen der **Jugendhilfe** verlören sich in der Region Sächsische Schweiz, denn es fehle an Kapazitäten. Umso wichtiger sei die Arbeit von Vereinen mit Jugendlichen. Diese müsse stärker unterstützt werden. In den Jugendvereinen würden hauptamtliche Stellen (z.B. in der Verwaltung) gebraucht sowie mehr **Streetworker-Stellen**. Hier brauche es ein **Netzwerk**, in dem Kommunen, die Polizei, Vereinen und andere Institutionen die Ideen und Projekte entwickelten und umsetzten. Auch das Präventionsnetzwerk Pirna könnte ausgebaut werden. Vorgeschlagen wurde eine zentrale Anlaufstelle, an die sich Jugendliche bei jeglicher Art von Problemen wenden könnten. Zudem wurde eine **Bürgerwerkstatt** mit und für **Jugendliche** vorgeschlagen.

Weiterhin forderten die Teilnehmenden eine höhere **Ausgabentransparenz** bei den kommunalen Haushalten**.** Viele Haushaltskassen seien leer und Haushaltssperren verhängt. Demgegenüber seien viele Investitionen vor Ort nicht richtig erklärt und nachvollziehbar. Die finanziellen Mittel hätten nach Auffassung von Bürgern anders sinnvoller eingesetzt werden können. Die Steuergelder in der Region müssten verstärkt wieder sichtbarer und für die Menschen nachvollziehbarer eingesetzt werden. Gewünscht wurde ein größeres **Mitspracherecht** der Bürgerschaft. Dem Subsidiaritätsprinzip entsprechend sollten Gemeinden oder zumindest der Landkreis durch mehr Verantwortungsübernahme gestärkt werden. **Kommunale oder lokale Globalbudgets** würden die Verantwortung der Gemeinden oder des Landkreises sowie das kommunale Gemeinwesen nachhaltig stärken. Entsprechend sei die Einführung bzw. Beibehaltung von kommunaler Budgets zur eigenverantwortlichen Mittelverwendung notwendig.

Weiterhin wurde über **Formate** debattiert, mit denen die „Nicht-Engagierten“ besser erreicht werden könnten. Dazu seien zunächst eine Kooperation verschiedener Vereine sowie die Initiative der Menschen im Landkreis notwendig, die sich mit der Thematik befassen müssten. Außerdem wurde die Beibehaltung der finanziellen Förderung durch den Freistaat für ehrenamtliches Engagement und Vereine gewünscht. Um die teils sehr niedrige Wahlbeteiligung zu erhöhen, wurde die Einführung einer Wahlpflicht vorgeschlagen, wobei die festzusetzenden Bußgelder bei Verstößen wiederum den Vereinen zu Gute kommen könnten.

Im **Bildungssystem** ging es um die Verbesserung der Lehrqualität an Schulen. Die Zahl an Ausfallstunden müsse minimiert werden. Vereinzelt wurde ein Werteverfall in den Schulen beklagt. Dem wurde entgegengehalten, dass nicht nur die Schule die Aufgabe habe, Werte zu vermitteln, sondern dass dies genauso ein gesamtgesellschaftlicher und auch ein Elternauftrag sei. Dabei sei es wichtig, die Zusammenarbeit von Schulen und Vereinen zu verbessern.

Außerdem ging es um die Essensversorgung an den Schulen. Wichtig sei ein gutes Mittagessen. Die Kosten für eine regelmäßige Mittagsversorgung müsse für Familien tragbar bzw. kostenlos sein.

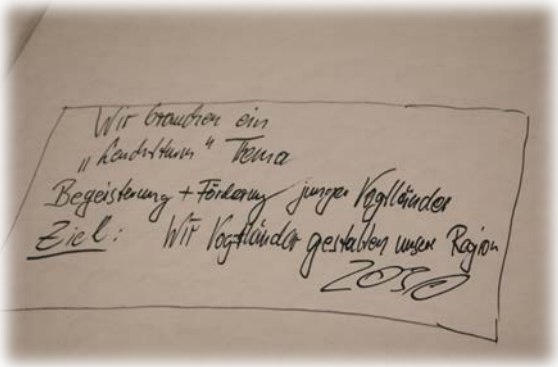
Die **Glyphosat-Nutzung sei** gesundheitsschädlich. Entsprechend müsse – sofern die gesetzlichen Vorschriften dies zuließen – auch im Landkreis die Nutzung dieses Mittels überdacht und ggf. untersagt werden. Wichtig seien der regionale **Naturschutz** und der Erhalt wichtiger Biotope im Landkreis. Die globalen Klimaveränderungen sorgten, so die Aussage, bereits in der Gegenwart für lokale Probleme. Auch das Insektensterben müsse mit deutlichen Maßnahmen verhindert werden. **Der Natur- und Umweltschutz** solle im Landkreis eine größere und bedeutendere Rolle spielen als bisher. Böden sollten entsiegelt und begrünt, die Natur vor wirtschaftlichen Interessen geschützt und in der Landwirtschaft ungespritzter Anbau betrieben werden. Für Umweltverschmutzung seien weitaus höhere Bußgelder als bisher notwendig.

Die Zusammenarbeit mit der **Polizei** im Landkreis wurde von den Teilnehmern gelobt. Sie müsse aufrecht erhalten bleiben. Die Bürger sprachen sich für mehr **Präventionsarbeit** und eine stärker **sichtbare Polizeipräsenz** aus. Die Polizei solle gezielt Stellen zur Präventionsarbeit schaffen. Bei Verstößen gegen Rechtsvorschriften im Stadion solle die Überwachungssoftware intensiver genutzt werden, um Straftäter zu identifizieren. Bei den **Grenzkontrollen** wurden die großen Fortschritte der gemeinsamen Fahndungsgruppen von Landes- und Bundespolizei gelobt. Gemeinsame Ermittlungsgruppen mit Tschechien und Polen trügen zur besseren und intensiveren Zusammenarbeit bei. Das Entdeckungsrisiko von Tätern sei, so die Polizei, vor allem im Grenzbereich besonders hoch.

Darüber hinaus ging es um den **Verkauf von Alkohol und Tabak** an Minderjährige. Hier sei ein deutlicheres Eingreifen der Polizei vor Ort wünschenswert. Besonders im Umgang mit **Drogen** wurde eine gezieltere Vernetzung zwischen Jugendvereinen und der Polizei zur Schaffung gemeinsamer – eventuell auch außerschulischer – **Präventionsangebote** gefordert. Dies sei auch eine Aufgabe des **Innenministeriums**. Auch landkreisübergreifend müsse man ich um die jungen Leute kümmern und sie vor Drogen schützen.

1.12. Vogtlandkreis – 4. Juni 2019

Bei der vorletzten Bürgerwerkstatt des Veranstaltungsformats „Miteinander reden! – Bürgerwerkstatt“ kamen knapp 40 Bürgerinnen und Bürger der Einladung nach, um über Zukunftsperspektiven für den Vogtlandkreis zu diskutieren. Als Sachverständige und Gesprächspartner waren in die Berufsakademie Sachsen – Staatliche Studienakademie Plauen eingeladen: der Landrat **Rolf Keil**, Beigeordneter **Dr. Uwe Drechsel**, der Amtschef der Sächsischen Staatskanzlei **Thomas Popp** sowie Polizeipräsident **Conny Stiehl**.



In der Bürgerwerkstatt im Vogtlandkreis spielten drei Themen eine wesentliche Rolle: Es wurde aus verschiedenen Perspektiven darüber diskutiert, wie **Jugendliche** erfolgreich und nachhaltig **in der Region gehalten** werden können. Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern machte die Abwanderung vor allem von jungen Leuten aus der Region Sorge, was dazu führe, dass Lehrstellen unbesetzt blieben und Fachkräfte zunehmend fehlten. Daneben wurde auch bei dieser Veranstaltung das **Ehrenamt** breit beleuchtet. Es ging ganz wesentlich um die Frage, wie die **Wertschätzung** für das Ehrenamt erhöht werden könne und ehrenamtliche Strukturen im Landkreis gestärkt werden könnten. Vor allem kleine, ehrenamtlich getragene Vereine bräuchten Unterstützungsangebote. Als dritter Schwerpunkt wurde über den **Umgang mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien und Organisationen** diskutiert. Allen voran wurden die Aktivitäten der Partei „Der III. Weg“ (Plakatierungen, Demonstrationen) von den Teilnehmenden sehr kritisch betrachtet.
Intensiv wurde über die **Zukunft des ländlichen Raums** diskutiert. Wichtig sei es, dafür Sorge zu tragen, dass die Jugend in der Region bleibe. Dazu bedürfe es mehr Industrieansiedlungen und einer besseren Bezahlung sowie einer stärkeren Berücksichtigung der Interessen von Jugendlichen. Positiv sei, dass gegenwärtig die Zahl der Unternehmen ansteige, die Arbeitnehmer suchten. Einige Teilnehmende forderten eine **kürzere Ausbildungszeit** beim Beruf des **Heilerziehungspflegers**. Fünf Jahre seien deutlich zu lange. Zudem sollten Erzieher allgemein eine faire Vergütung bekommen. Den Unternehmen wurde empfohlen, ihre Ausbildungsangebote zu verbessern. Außerdem bräuchten die Unternehmensführungen mehr Innovationsbereitschaft und Offenheit für neue Ideen. Diese wurde von vielen Teilnehmenden als rückständig empfunden. Beispielsweise würden einige Unternehmen Bachelor-Studierende als „billige“ Aushilfen eingesetzt. Vorgeschlagen wurde eine **Weiterbildung für Führungskräfte** bezüglich der Innovationsförderung im eigenen Unternehmen, damit neue qualifizierte Fachkräfte mit ihrem Wissensstand ernst genommen werden. Außerdem wurde die **Verstetigung der Förderung für junge Unternehmen** und **Start-up-Unternehmen** vom Freistaat gewünscht, die gerade junge und gut ausgebildete Menschen anziehen. Und auch die Schulen müssten schon frühzeitig mit einbezogen werden. Bereits in den unteren Jahrgangsstufen sollte **vermehrt für handwerkliche Berufe geworben** werden.

Ein wesentlicher Standortvorteil sei die Erhaltung der Berufsschulstruktur und **Stärkung der Berufsakademien** im ländlichen Raum. Um den Fachkräftebedarf zu sichern, brauche es junge Leute; dies könnten auch Ausländer und integrationswillige Migranten sein. Deshalb wurde auch der Frage nachgegangen, wie Einwanderung erleichtert werden könne, und es wurde ein modernes **Einwanderungsgesetz** gefordert. Problematisch sei auch, dass die

Löhne zu niedrig seien, so dass Abwanderung in andere Bundesländer nachvollziehbar sei. Deshalb wurden von den Unternehmen **höhere Löhne, Gratifikationen und Sozialleistungen** gefordert. Die Unternehmen könnten **auch außerberuflich**, z.B. bei der Freizeitgestaltung, die **Arbeitnehmer unterstützen** und so an sich binden. Weiterhin müssten die niedrigen Lebenshaltungskosten auf dem Land als Vorteil betont werden.

Zur Erhaltung eines lebenswerten ländlichen Raums sei eine hinreichende **Infrastruktur** notwendig. Dazu zähle zwingend die **medizinische und pflegerische Versorgung der Region.** Notwendig sei weiterhin der langfristige **Erhalt der Kulturlandschaft** (Theater Plauen-Zwickau). Die großen Städte seien gegenwärtig nur mit dem Auto erreichbar, dabei wären die Distanzen problemlos mit dem Fahrrad zu meistern. Es wurde gefordert, dass **neue Fahrradwege geschaffen und vorhandene ausgebaut** werden. Weiterhin wurde ein Ausbau der **Car-Sharing-Strukturen** vorgeschlagen. **Gewerbegebiete** sollten auch an den **ÖPNV** angeschlossen werden. Der Nahverkehr mit der Bahn sei in den letzten Jahren leider stark zurückgefahren worden. **Bürgerbusse** von Ehrenamtlichen seien gut, können aber nur geringfügig die Situation verbessern.

Um **Rechtsextremismus** einzudämmen, müssten die Kinder und Jugendliche in ihren Räumen „abgeholt" und ernstgenommen werden. Vereinsvorsitzende sollten mehr in politische Bildung investieren und **Fortbildungslehrgänge** besuchen. Lehrlingsräte bestätigten, dass es unter den Jugendlichen durchaus ein Bedürfnis nach mehr Engagement und Beteiligung gebe. Wichtig sei, dass sich die jungen Erwachsenen vermehrt in politische Prozesse einbringen könnten. Dies könnte z.B. durch **Auszubildenden- und Jugendräte** gelingen. Zudem beschäftige der **Aufmarsch der rechtsextremistischen Partei „Der III. Weg" am 1. Mai das Vogtland.** Die Stadt Plauen sei seitdem dauerhaft in den öffentlichen Medien präsent und Thema von Satiresendungen gewesen. Die Teilnehmenden fragten sich, wie die Stadt Plauen zukünftig mit solchen Aufmärschen umgehen werde. Kritikwürdig sei insbesondere, dass dem „III. Weg" erlaubt wurde, vor dem Landratsamt aufzumarschieren. Dessen Vertreter erläuterten ausführlich die Rechtslage; aufgrund des Schutzes der Meinungs- und Versammlungsfreiheit seien per Gerichtsentscheiden Versuche der Verwaltung, solche Demonstrationen einzudämmen, unterbunden worden. In der Diskussion darüber wurde von vielen festgestellt, dass sich die **Zivilgesellschaft zum Gegenprotest** zusammenschließen solle. Weiterhin sei der Umgang der Medien mit Ostdeutschland ein Problem, denn nicht nur Plauen bekam in der Vergangenheit den Stempel als „Dunkeldeutschland" aufgedrückt. Meist werde nur über das Negative berichtet. Zur **Eindämmung von Extremismus** wurden eine entsprechende Aufklärung im Rahmen der Bildungsarbeit, eine **Verstärkung der Jugendarbeit** sowie eine **Erleichterung von Unternehmensansiedlungen** gefordert. Außerdem sei es wichtig, dass mehr Mittel und **Stellen für Sozialarbeiter** geschaffen werden, um politische Bildung zu verstärken.

Gewünscht wurde zudem die **Fortentwicklung eines Konzepts zur Tourismusförderung,** denn die Region müsse auch für Touristen attraktiver werden. Deshalb wurden ein Ausbau der Radinfrastruktur beispielsweise um die Göltzschtalbrücke gefordert sowie Wohnmobilstellplätze und **neue Wanderwege**. Um den Individualtourismus attraktiver zu gestalten, wurde an die Implementierung einer **App gedacht, die Orte für Freizeitsport sicht- und suchbar** macht. Ein Beispiel wäre eine **Angel-App** mit allen Orten, wo Angeln möglich ist und Zufahrtwege eingezeichnet sind. Weiterhin wurde eine Online-Plattform für **„Bed-and-Breakfast"-**Angebote und **Landgasthöfe** gefordert. Auf diese Weise könnten kleine Pensionen (beispielsweise ältere Paare mit freien Kinderzimmern) bei Bekanntmachung ihrer Zimmer unterstützt werden. Außerdem wurde gefordert, das **freie Zelten** zu erlauben.

Gesprochen wurde auch über die anstehende **Landtagswahl in Sachsen**. Manche Gesprächsteilnehmer erwarteten eine schwierige Koalitionsbildung nach der Wahl. Vielfach gebe es das Gefühl, Politik und Bürger hätten sich in den letzten Jahren zunehmend voneinander entfernt und Bürger fühlen sich nicht verstanden bzw. nicht ernstgenommen. Hier wurde festgestellt, dass **Politiker stärker Position beziehen** und **besser ihre Pläne und Entscheidungen erklären müssen**. Dabei sei auch zu prüfen, wie **Bürgerinnen und Bürger besser an Entscheidungsfindungen beteiligt** werden könnten.

Auch in Plauen spielten Probleme der Nachwuchsgewinnung und Bürokratielast im **Ehrenamt** eine wesentliche Rolle. Um Jugendliche anzusprechen, könne eine **Ehrenamtskarte** helfen, die Vergünstigungen und Rabatte auch **im Kino** oder **im Schwimmbad** ermögliche. Diese Ehrenamtsmitgliedskarte solle landkreisübergreifend **in ganz Sachsen gelten**, um die Wertschätzung zu steigern. Außerdem müsse es ehrenamtlichen Vereinen und Projekten möglich sein, sich **in den lokalen Medien** bekannt zu machen und um Nachwuchs zu werben. Zudem sei die **Komplexität der Fördermittelanträge** zu hoch (Anträge zu aufwendig; Formulare zu unübersichtlich und für den Laien unverständlich). Wichtige Informationen stünden oft verklausuliert in einem Halbsatz versteckt im Text. Um dem entgegenzuwirken, wurde eine **Infobroschüre** gewünscht, in der die wichtigsten Informationen für das Stellen von Förderanträgen für Vereine gebündelt niedergeschrieben sind. Auch dauere die **Auszahlung von Fördermitteln** teilweise zu lange (bis zu zwei Jahre); dabei seien die Vereine auf eine pünktliche Auszahlung des Geldes angewiesen. Außerdem wurden eine **Aufstockung der Ehrenamtspauschale**, ein Anspruch auf **Bildungsurlaub** und das Ansammeln von **Rentenpunkten** für ehrenamtlich geleistete Tätigkeit vorgeschlagen. Wichtig sei auch eine **Online-Plattform** zur Vernetzung untereinander, um über andere Vereine informiert zu werden und sich gegenseitig zu helfen. Hauptamtliche Mitarbeiter als **„Ehrenamtskoordinatoren“** könnten im Landratsamt helfen, Fragen zum Ehrenamt zu beantworten.

Außerdem wurde über die **Ausstattung von Kindertagesstätten** diskutiert. Der Betreuungsschlüssel in Kitas sei im Vergleich zu anderen Bundesländern niedrig, wobei man hier andere Rahmenbedingungen habe. Um die pädagogische Qualität zu verbessern, wurde eine **Verringerung der Kinder pro Erzieher** in einer Kindergruppe gewünscht. Problematisch sei aber der fortschreitende Fachkräftebedarf. Schon das Akquirieren neuer Erzieher sei schwierig. Ohne diese könne der Personalschlüssel erst gar nicht verbessert werden. Wolle man dies erreichen, bedürfte es zunächst **deutlicher Gehaltssteigerungen,** die allerdings auch jemand bezahlen müsse. Kitas und Schulen bräuchten zudem mehr finanzielle Mittel für Ausstattung und Raumgestaltung.

Mit dem Vertreter der Polizei sprachen die Gäste über die **allgemeine Situation in der Polizeidirektion Zwickau sowie über die Bekämpfung der Drogenkriminalität**. Wichtig sei, eine **grenzüberschreitende Ermittlungsgruppe** mit Karlsbad in der Tschechischen Republik zu bilden, um die Drogenherstellung und –verbreitung zu bekämpfen. Weiterhin sei die **Drogenprävention** besonders wichtig. Hierzu solle die Polizei mehr Personal einstellen. Auch wenn durch die Bürgerpolizisten die Polizeipräsenz in den letzten Jahren ausgebaut werden konnte, sei die Diskrepanz zwischen objektiver und subjektiver Sicherheit auch gegenwärtig ein gesellschaftliches Thema im Landkreis.

1.13. Landkreis Meißen – 5. Juni 2019

Probleme ansprechen, die Zukunft planen und sich weiter vernetzen – dieses Ziel hatten auch die rund 40 anwesenden Gäste aus dem Landkreis Meißen bei der 13. Bürgerwerkstatt. Neben den Bürgerinnen und Bürgern waren als Gesprächspartner in das Gymnasium Franziskaneum Meißen eingeladen: der Landrat **Arndt Steinbach**, die Sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst **Dr. Eva-Maria Stange**, Polizeipräsident **Jörg Kubiessa**, Polizeirevierleiter **Hanjo Protze** und **Rainer Zugehör**, Prokurist der Elblandkliniken.

Neben den Themen Mobilität und Infrastruktur ging es bei der Bürgerwerkstatt im Landkreis Meißen ganz wesentlich um die Unterstützung **ehrenamtlicher Strukturen**, um die **Beteiligung von Jugendlichen und um Entbürokratisierung**. Ein besonderer Themenschwerpunkt lag beim **Öffentlichen Personennahverkehr** im Landkreis. Im Bereich der Polizeiarbeit wurde eine Steigerung der **Angebote an Schulen** in Bereichen der Drogenprävention und der Mediennutzung angemahnt. Hier müsse man an zentralen Stellen Ansprechpersonen für Präventionsarbeit schaffen.

Beim Thema **Infrastruktur** wurde über Unfälle im Straßenverkehr gesprochen. Zur Unfallprävention wurden breitere Gehwege sowie Fahrradstraßen gefordert. In der Meißener Innenstadt wünschten sich die Teilnehmenden eine Aufteilung nach Fortbewegungsmitteln; beispielsweise eine Autostraße, eine **Fahrradstraße** und eine Fußgängerzone. Bislang seien die Radwege in Meißen zum Teil nicht miteinander verbunden. Hier wurden ein zusammenhängendes Radwegnetz sowie **Fahrradabstellmöglichkeiten am Bahnhof Meißen** angeregt. Ebenso ging es um die Fahrradmitnahme in Zügen. Generell beklagten die Teilnehmenden die unregelmäßige **Taktung des ÖPNV**. Gegenwärtig sei es kaum möglich, den ÖPNV auch abends zu nutzen; ohne Auto gehe es vielerorts nicht. Ein **Rufbus** oder **Plusbus** könne Abhilfe schaffen. Um die Nutzung des ÖPNV attraktiver zu machen, müsse das **Ticketsystem günstiger gestaltet** werden, beispielsweise durch Subventionen. Die Teilnehmenden erörterten verschiedene Varianten der Tarifgestaltung zwischen Flatrate-Optionen und Kilometerabrechnung. Im Gegenzug sei es wichtig, die Nutzung des Pkw sowie Fliegen teurer werden zu lassen. Um zukünftig umweltfreundlicher unterwegs sein zu können, wurde außerdem eine **bessere Infrastruktur für E-Autos und E-Busse** vorgeschlagen. Besonders E-Busse wurden als lärmfreie Alternative für die Innenstädte benannt.

Zum **Ehrenamt** wurde eine Vielzahl von Themen besprochen. Viele Menschen wollten sich nicht mehr in Vereinen engagieren, da diese Arbeit mit zu viel Verantwortung einhergehe. Vor allem kleine Vereine wünschten sich zukünftig eine bessere Unterstützung. Um vorhandene Strukturen nutzen zu können, wurde **eine bessere Vernetzung der Vereine und Organisationen mit der Verwaltung** gefordert. Wichtig sei eine **Beratung zu Fördermöglichkeiten sowie Unterstützung von Hauptamtlichen**. Weiterhin sei die Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf schwierig. Die Arbeitnehmer wünschten sich von den Arbeitgebern **Bildungsurlaub**. Nur so könne das Ehrenamt eine gewisse Wertschätzung erhalten; dabei ging es weniger um finanzielle Kompensation, sondern um gesellschaftliche Anerkennung. Außerdem beschäftigt die **Entbürokratisierung** die Teilnehmenden. Steuererklärungen für Vereine, die nur Einnahmen durch Mitglieder haben, seien laut Teilnehmenden unnötig und sollten abgeschafft werden. Die vielen **Dokumentationspflichten** gemäß den neueren Gesetzen (Datenschutzgrundverordnung, Mindestlohn, Verpackungsverordnung) sollten verringert werden. Als Vorschlag hierbei wurden **Gesetze gefordert, bei denen Übergangsfristen (z. B. für Dokumentationspflichten fünf Jahre)** enthalten seien.

Um das Angebot der anderen Vereine besser kennenzulernen und sich gegenseitig helfen zu können, wurden **Online-Vernetzungsmöglichkeiten** für das Ehrenamt sowie eine **Ehrenamtsbroschüre** oder einer **Reaktivierung der Ehrenamtszentrale** angeregt. Dabei diskutierten die Teilnehmenden, ob digitale oder analoge Lösung besser umzusetzen seien und wessen Aufgabe diese Umsetzung seien könnte. Hier wurde auf die **Abteilung Marketing** im Landratsamt verwiesen. Ein **Ehrenamtsstammtisch** mit festen Terminen und Themenabenden (z.B. zur Datenschutzgrundverordnung oder zu Steuerfragen) könnte auch ohne Beteiligung von Politik und Verwaltung geschaffen werden, um sich besser austauschen zu können. Die vergünstigten Angebote auf der Ehrenamtskarte seien nicht attraktiv genug, weshalb gefordert wurde, dass die **Ehrenamtskarte einmal jährlich als Ticket für den ÖPNV in ganz Sachsen** genutzt werden könne. Städte und Gemeinden sollten außerdem Formen verbindlicher Bürgerbeteiligung etablieren.

Ferner ging es um spezialisierte **Krankenhäuser in einzelnen Städten und um den Fachkräftebedarf.** Es gebe in den Krankenhäusern der Region starke Probleme, freie Stellen zu besetzen. Junge Leute wollten nicht in Pflegeberufe. Arztpraxen, besonders im ländlichen Raum, fänden häufig keine Nachfolger. Die Teilnehmenden schlugen vor, dass die vom Landkreis betriebenen Krankenhäuser in kleineren Städten und **Orten Außenstellen betreiben** könnten, in denen Fachärzte praktizieren. Hingegen äußerte der Landrat eine alternative Vision für 2030: Die Patienten müssten die Möglichkeit haben, im Falle eines Arztbesuches bei den Verkehrsbetrieben ein **autonom fahrendes Sammeltaxi** zu bestellen, um zum nächsten Bahnhof zu gelangen. Von dort könnten sie in spezialisierte Zentren in den größeren Städten des Landkreises fahren. Die Teilnehmenden verwiesen aber auf die Notwendigkeit medizinischen Fachpersonals auch in den ländlichen Regionen. Es wurden **finanzielle Unterstützung bei der Eröffnung von Praxen, Mietnachlässe oder geteiltes Verwaltungs- und Hilfspersonal** in Versorgungszentren vorgeschlagen, um die Versorgung zu gewährleisten. Um den Fachkräftebedarf zu decken, müssten die Gehälter steigen. Eine Erhöhung würde auch die Attraktivität des Wohnorts bei jungen Menschen steigern. Hierbei wurde auf die fehlenden Tarifverträge für Auszubildende verwiesen.

Beim Thema **Bildung** ging es darum, Schulschließungen möglichst zu vermeiden. Auch auf dem Land sollte es mehr als nur eine Grundschule geben. Eventuell ließen sich **auch zwei Klassenstufen zum gemeinsamen Lernen** zusammenziehen, um Standorte weitestgehend zu erhalten. Die Verantwortung dafür liege bei der Landesregierung.

Besonders beim Thema von **Rechtsextremismus** solle sich die Landesregierung weiter klar positionieren, aktiv agieren sowie die Grenzen von Meinungsfreiheit benennen. Es fehle bereits in der Schule an Kompetenzen in Bezug auf Meinungsfreiheit und Grenzen bei den Lehrkräften. Wichtig sei es, dass die **Sozialarbeit im ländlichen Raum** gestärkt werde.

Der Landkreis müsse attraktiver werden. Für den Zuzug auch Rückkehrwilliger seien Arbeitsplätze sowie Freizeitgestaltung entscheidende Faktoren. Besonders für die Jugend müsse es mehr Angebote geben. Meißen brauche einen **Jugend- oder Nachtclub**. Freizeit-

angebote gebe es überwiegend im Bereich Sport. Wünschenswert sei es, dass das **soziokulturelle Zentrum** wieder verstärkt Aufmerksamkeit bekomme. Vorschlag: Kommunen sollten ehemalige Industrieanlagen für Jugendclubs, Kreativwirtschaft u. ä. nutzen. Dafür gebe es Landesförderungen (über die Kulturstiftungen). Das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst biete Beratung für Kommunen an.

Nach Aussage junger Teilnehmer fühlt sich die Jugend von einem Großteil des Stadtrats nicht ernstgenommen. Sie stießen aber auch mit ihren Versuchen, Gleichaltrige für verschiedene gemeinsame Aktivitäten zu mobilisieren, an Grenzen. Sie wünschten sich eine leichtzugängige Förderung in Höhe von 500€ für Jugendliche und auch für Vereine. Solch ein **Kleinprojektefonds** kann laut Staatsministerin Dr. Stange in jedem Kulturraum durch den Stadtrat eingerichtet werden. Weiterhin sollten Jugendliche mehr eingebunden werden. Dafür brauche es Vorschriften für eine **verbindliche Partizipation für Kinder und Jugendliche**. Bereits Kinder und Jugendliche sollten das Recht haben, Anfragen zu stellen, die beantwortet werden müssten. Das **Wahlalter** sollte für Kommunalwahlen auf 16 Jahre gesenkt werden.

Diskutiert wurde auch über **Umweltfragen**, so die Versiegelung von Flächen sowie die Umweltbildung in Meißen. Mehr Begrünung könne zum Erhalt der Artenvielfalt auf brachliegenden Flächen beitragen. Weiterhin solle ein nachhaltiges Umweltschutzkonzept für die Stadt Meißen entwickelt werden. Außerdem sollten **Stadtbäume mehr geschützt** und bei Baumaßnahmen (Stichwort: Baumschutzsatzung) berücksichtigt werden. Auch der Tierschutz müsse eine höhere Priorität erfahren.

Für die **Zusammenarbeit mit der Verwaltung wurden kürzere Antwortzeiten und Entbürokratisierung** gefordert. Außerdem wurde die **Einrichtung von Ämtern im ländlichen Raum** (oder zumindest die Einrichtung von regelmäßigen Sprechzeiten in Außenstellen) gefordert. Gemeinsam wurde durch die Teilnehmenden über die Möglichkeit der elektronischen Unterschrift und damit die Möglichkeit für ein **„elektronisches Amt von Zuhause“** diskutiert.

Mit den Vertretern der Polizei ging es unter anderem um die **Sicherheit im Straßenverkehr**. Kritisiert wurde das zum Teil wenig konsequente Vorgehen der Polizei gegen Regelverstöße, beispielsweise das Überqueren von roten Ampeln. Weiterhin ging es um **Präventionsangebote** an Schulen. Dieses müsse ausgebaut werden. Hierbei wurde insbesondere auf die Themen Medienkompetenz, Drogen und Alkohol verwiesen. Die Polizei stufte diese Tätigkeit als wichtig ein, allerdings sollte diese Arbeit in Kooperation mit den Lehrkräften stattfinden, damit diese ihr Wissen regelmäßig weitergeben können. Vorgeschlagen wurde, dass **Prominente oder ehemalige Betroffene als Referenten in Workshops** auftreten, um die Glaubwürdigkeit zu stärken. Wichtig sei auch, dass die **Schulen oder Elternräte** der Polizei den erhöhten Bedarf an Präventionsarbeit melden. Die Polizei benannte die Schwierigkeiten beim Umgang mit sozialen Medien. Falschmeldungen verbreiteten sich rasant und stiften eine erhöhte Unsicherheit. Bürger forderten, die Zahl der **Personalstellen und der Reviere** und Standorte zu erhöhen. Wichtig sei auch die **Demokratiebildung in der Aus- und Weiterbildung der Polizei.** Es müssten die „charakterlichen Eigenschaften“ von Polizeianwärtern geprüft werden, auch um das Image der Polizei zu verbessern. Weiterhin wünschten sich die Anwesenden, dass die **Social-Media-Kanäle der Polizei ausgebaut** werden. Im Bereich von **Cyberkriminalität** brauche es dringend **Fortbildungen**. Bislang fühlen sich die Bürger in diesem Bereich noch unzureichend beraten.

2. Mitwirkende der Bürgerwerkstatt

2.1. Experten

Prof. Dr. Astrid **Lorenz**,
Heinz **Eggert**,
Sebastian **Reißig**,
Bernd **Stracke**.

2.2. Funktionssachverständige

Dr. Lothar **Beier**, 1. Beigeordneter des Landkreises Mittelsachsen,
Stefan **Brangs**, Staatssekretär im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr,
Ralph **Burghart**, Bürgermeister der Stadt Chemnitz,
Matthias **Damm**, Landrat des Landkreises Mittelsachsen,
René **Demmler**, Stv. Leiter der Polizeidirektion Dresden,
Dr. Uwe **Drechsel**, Beigeordneter des Vogtlandkreises,
Martin **Dulig**, Sächsischer Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr,
Kai **Emanuel**, Landrat des Landkreises Nordsachsen,
Prof. Dr. Thomas **Fabian**, Bürgermeister der Stadt Leipzig,
Michael **Geisler**, Landrat des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge,
Sebastian **Gemkow**, Sächsischer Staatsminister der Justiz,
Henry **Graichen**, Landrat des Landkreises Leipzig,
Michael **Harig**, Landrat des Landkreises Bautzen,
Klaus **Hecht**, Polizeidirektion Görlitz,
Dirk **Hilbert**, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden,
Kati **Hille**, Beigeordnete des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge,
Jörg **Höllmüller**, 2. Beigeordneter des Landkreises Mittelsachsen,
Angelika **Hölzel**, Beigeordnete des Landkreises Zwickau,
Burkhard **Jung**, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig,
Rolf **Keil**, Landrat des Vogtlandkreises,
Petra **Köpping**, Sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration,
Jörg **Kubiessa**, Leiter der Polizeidirektion Dresden,
Knut **Kunze**, Leiter des Polizeireviers Chemnitz-Nordost,
Dr. Peter **Lames**, Beigeordneter der Landeshauptstadt Dresden,
Bernd **Lange**, Landrat des Landkreises Görlitz,
Gerald **Lehne**, 1. Beigeordneter des Landkreises Leipzig,
Barbara **Ludwig**, Oberbürgermeisterin der Stadt Chemnitz,
Ines **Lüpfert**, 2. Beigeordnete des Landkreises Leipzig,
Rico **Ott**, Abteilungsleiter im Landratsamt Erzgebirgskreis,
Manfred **Pethran**, Kreisbrandmeister des Landkreises Bautzen,
Sonja **Penzel**, Leiterin der Polizeidirektion Chemnitz,
Dr. Frank **Pfeil**, Staatssekretär im Sächsischen Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft,
Thomas **Popp**, Amtschef in der Sächsischen Staatskanzlei,
Hanjo **Protze**, Leiter des Polizeireviers Meißen,
Thomas **Rechentin**, Amtschef im Sächsischen Staatsministerium des Innern,
Dr. Eckhard **Rexroth**, 1. Beigeordneter des Landkreises Nordsachsen,
Prof. Dr. Günther **Schneider**, Staatssekretär im Sächsischen Staatsministerium des Innern,
Oliver **Schenk**, Sächsischer Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei,
Dr. Christoph **Scheurer**, Landrat des Landkreises Zwickau,
Torsten **Schultze**, Leiter der Polizeidirektion Leipzig,
Thomas **Schmidt**, Sächsischer Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft,

Candy **Sommer**, Leiter des Polizeireviers Pirna,
Dr. Eva-Maria **Stange**, Sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst,
Andreas **Stark**, Beigeordneter des Erzgebirgskreises,
Arndt **Steinbach**, Landrat des Landkreises Meißen,
Conny **Stiehl**, Leiter der Polizeidirektion Zwickau,
Frank **Vogel**, Landrat des Erzgebirgskreises,
Martina **Weber**, 2. Beigeordnete des Landkreises Görlitz,
Udo **Witschas**, 1. Beigeordneter des Landkreises Bautzen,
Heike **Zettwitz**, Dezernentin im Landratsamt Görlitz,
Rainer **Zugehör**, Prokurist der Elblandkliniken Stiftung & Co. KG.

2.3. Moderatorinnen und Moderatoren

Dr. Cathleen **Bochmann-Kirst**,
Julia **Brandenburg**,
Friedemann **Brause**,
Markus **Mehnert**,
Elisa **Moser**,
Jana **Nonne**,
Clara **Perras**,
Sören **Rogoll**
Julia **Schindler**,
Theresa **Schramm**,
Arthur **Schulte**,
Petra **Schweizer-Strobel**,
Thea **Stapelfeld**,
Andreas **Tietze**,
Oliver von **Gregory**.

2.4. Dokumentation

Nina **Scholz**

2.5. Evaluation

TU Dresden

2.6. Team Sächsische Staatskanzlei

Susanne **Limbach**
Rico **Nakoinz**
Burghard **Rech**
Kerstin **Vollmer**

2.7. Partner

Maxi **Einenkel**
Richard **Kunz**
Paul **Künzel**
Romy **Matthes**
Julia **Wallitschek**
(alle Heimrich & Hannot GmbH)

Herausgeber:
Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1, 01097 Dresden
Redaktion:
Sächsische Staatskanzlei, Referat LS 2
Gestaltung und Satz:
Sächsische Staatskanzlei
Druck:
Sächsisches Staatsministerium der Finanzen
Redaktionsschluss:
Juni 2019
Auflage:
300
Bezug:
Diese Druckschrift kann kostenfrei bezogen werden bei:
Zentraler Broschürenversand der Sächsischen Staatsregierung
Hammerweg 30, 01127 Dresden
Telefon: +49 351 21036-71 oder -72
Telefax: +49 351 21036-81
E-Mail: publikationen@sachsen.de
www.publikationen.sachsen.de

Verteilerhinweis
Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von politischen Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung

Finanzierungshinweis
Die Broschüre „Miteinander reden! – Bürgerwerkstatt“ wird finanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.